Fragen der Freiheit

I–II/2006
Heft 273/4

Ordoliberalismus und Freiwirtschaft

Das Wort »Ordnung« wird in einem doppelten Sinne gebraucht. Unter »Wirtschaftsordnung« verstehen wir eine konkrete, positiv gegebene Tatsache. Sie ist die Gesamtheit der realisierten Formen, in denen in concreto jeweils der alltägliche Wirtschaftsprozeß abläuft …

»Ordnung« hat aber noch einen anderen Sinn: als Ordnung, die dem Wesen des Menschen und der Sache entspricht; das heißt Ordnung, in der Maß und Gleichgewicht bestehen. Schon die antike Philosophie vollzog diese Fassung des Ordnungsbegriffs. Sie suchte in der Mannigfaltigkeit der Dinge den verborgenen, architektonischen Gestaltungsplan der Welt...

Vor allem zu Zeiten versagender oder ungerechter positiver Ordnungen gewinnt diese Idee der Wesensordnung oder der Naturordnung oder des Ordo regelmäßig eine große Kraft. Die Absurdität der konkreten Zustände gibt den Anstoß dazu. *Die* Ordnung wird gesucht, welche – anders als die gegebenen Ordnungen – der Vernunft oder der Natur des Menschen und der Dinge entspricht.

Die Wettbewerbsordnung verwirklicht sich nicht von selbst. Sie ist in diesem Sinne keine natürliche Ordnung, kein ordre naturel. Es genügt nicht, gewisse Prinzipien des Rechts zu verwirklichen und im übrigen die Entwicklung der Wirtschaftsordnung sich selbst zu überlassen.

Aber in einem anderen Sinne ist sie eine natürliche Ordnung oder Ordo. Sie bringt nämlich die starken Tendenzen zur Wirkung, die auch in der industriellen Wirtschaft zur vollständigen Konkurrenz drängen. Indem die Wirtschaftspolitik diese Tendenzen als Ordnungsformen wirksam macht, tut sie das, was der Natur der Sache und des Menschen entspricht.

Walter Eucken

* * * * * *

Die Wirtschaftsordnung, von der hier die Rede ist, kann nur insofern eine natürliche genannt werden, als sie der Natur des Menschen angepaßt ist. Es handelt sich also nicht um eine Ordnung, die sich etwa von selbst, als Naturprodukt einstellt. Eine solche Ordnung gibt es überhaupt nicht, denn immer ist die Ordnung, die wir uns geben, eine Tat, und zwar eine bewußte und gewollte Tat.

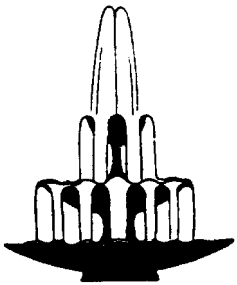
Silvio Gesell

FRAGEN DER FREIHEIT

– Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft –

Folge 273/4

I–II/2006



seit 1957

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.
Badstraße 35, D-73087 Bad Boll, Telefon (0 71 64) 35 73
Internet: www.sffo.de

Inhaltsverzeichnis

Seite

Fritz Andres
Freiwirtschaft und Ordo-Liberalismus IV

Ernst Winkler
Freiheit? – Die zentrale Frage im politischen Ringen um eine gerechte Sozialordnung

I. Notwendige Vorbemerkungen
1. Der Titel 1
2. „Soziale Marktwirtschaft" 4
3. Ihre ideengeschichtlichen Ursprünge 5
4. Das freiwirtschaftliche Ideengut 7
5. Aus der Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung . . 9

II. Geschichtliche Entwicklung der Freiwirtschaftsbewegung 10
1. Vorgeschichte 10
2. Entwicklung 1912 – 1933 14
3. Unter Hitlers Herrschaft 23

III. Neu gegründeter Freiwirtschaftsbund und Neuordnung Deutschlands 27
1. Neubeginn (Freiwirtschaftsbund) 28
2. Freiwirtschaftsbewegung in Deutschland 32
2.1 Interzonale Koordination 32
2.2 Freiwirtschaftsbund in der amerikanischen und der französischen Besatzungszone 34
3. Übergeordnete und abhängige Organisationen
3.1 Internationale Freiwirtschaftliche Union 37
3.2 Vom Freiwirtschaftsbund gegründete Organisationen 40
4. Politische Aktionen für die Neuordnung Deutschlands
4.1 Werbung in Wort und Schrift 42
4.2 Eingaben und Denkschriften 45
4.3 Weitere Initiativen 50
4.4 Diskussionen und Verhandlungen 52

IV. Ringen um die Vollendung der „Sozialen Marktwirtschaft“ 56
1. Zweckbündnis mit den Neoliberalen 57
2. Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft 60
2.1 Zielsetzung der Aktionsgemeinschaft 60
2.2 Erste Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft . . 64
2.3 Zweite Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft . 68
3. Nach Lautenbachs Tod 74
3.1 Kursänderung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft 74
3.2 25 Jahre Soziale Marktwirtschaft 77
3.3 Ende des Freiwirtschaftsbundes 81

V. Otto Lautenbach – Persönlichkeit und Werk 82
1. Persönliche Würdigung 83
2. Auszüge aus Reden und Schriften 89
2.1 Über Freiheit und Bindung (1937) 90
2.2 Die Welt am Kreuzweg (1937) 92
2.3 Zielprogramm des Freiwirtschaftsbundes (1942) 93
2.4 Manifest der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit (1948) 94
2.5 Freiwirtschaftliche Politik im gewandelten Kapitalismus (1951) 97
2.6 Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft (1951) 99
2.7 Geldwertstabilität und Kapitalmarktreform (1952). 108
2.8 Die politische Verwirklichung (1952) 112
2.9 Die Ziele der ASM (1953) 116

Fritz Andres
Nachwort. 124

Fundstellen der Mottos 123

Freiwirtschaft und Ordo-Liberalismus

Fritz Andres

In dieser Schrift wird von zwei Ideenströmen berichtet, die, in ihrem Ursprung und ersten Verlauf voneinander getrennt, in einer für die deutsche Geschichte entscheidenden Phase, nämlich der der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland, zueinanderfanden – und sich dabei doch nicht zu der Wirkungsmacht steigerten , die in ihrer ideellen Zusammengehörigkeit veranlagt war.

Die beiden Strömungen: die auf Silvio Gesell zurückgehende Geld- und Bodenreformbewegung, in dieser Schrift meist „Freiwirtschaft" genannt, und der auf Walter Eucken, Franz Böhm und andere zurückgehende Ordoliberalismus, der die gedankliche Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft lieferte und zu jener Zeit (und auch in dieser Schrift) oft „Neoliberalismus" genannt wurde – eine Bezeichnung, deren weitere Verwendung unzweckmäßig geworden ist, nachdem heute unter „Neoliberalismus" so ziemlich das glatte Gegenteil dessen verstanden wird, was die Ordoliberalen als ihren Weg angesehen hatten.

Beide Strömungen verfolgten das gleiche Ziel: die Errichtung einer von privater Macht und Ausbeutung befreiten Gesellschaftsordnung. Sie näherten sich ihm zwar auf unterschiedlichen Wegen: die Ordoliberalen durch die Errichtung und Pflege der Wettbewerbsordnung, die Freiwirtschaft durch eine Reform der Geld- und Bodenordnung. Aber diese Wege ergänzten sich bestens. Das wurde in der Nachkriegszeit auf beiden Seiten, wenn auch mit unterschiedlicher Deutlichkeit, erkannt. Daher schloß sich ein maßgeblicher Teil der Vertreter beider Strömungen zu einem politischen und propagandistischen Zweck- und Aktionsbündnis, der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) zusammen mit dem Ziel, gemeinsam auf die Gestaltung der noch jungen Bundesrepublik, insbesondere auf die anstehenden wirtschaftspolitischen Entscheidungen, Einfluß zu nehmen.

Die treibende Kraft dabei war Otto Lautenbach, der auf freiwirtschaftlicher Seite maßgebende Akteur. Er wurde der erste Vorsitzende und Geschäftsführer der ASM. Doch Lautenbach starb 1954. Mit seinem Tod endete sehr bald der freiwirtschaftliche Einfluß in der ASM – und damit die Chance, die Idee des Ordoliberalismus mit der der Geld- und Bodenreform substanziell zu verbinden. So kam der freiwirtschaftliche Beitrag zu einer macht- und ausbeutungsfreien Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht zum Zuge und die Soziale Marktwirtschaft blieb letztlich eine – wenn auch gebändigte – kapitalistische Wirtschaft. Die Chance für eine Marktwirtschaft *ohne* Kapitalismus (und ohne Feudalismus) ging vorüber.

Der „Berichterstatter", Dr. Ernst Winkler, war Mitglied des Gründungsvorstands der ASM und in den entscheidenden Jahren in der gemeinsamen Initiative einer der wichtigsten Mitwirkenden. Seinen im Jahr 1980 verfaßten Bericht hat er Otto Lautenbach gewidmet.

Die Seitennummerierung dieses Heftes entspricht von Seite 1–123 der ursprünglichen Veröffentlichung.

FREIHEIT ODER ?

Notizen über die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung
und ihren Beitrag zur „Sozialen Marktwirtschaft“

Eine Denkschrift für Otto Lautenbach

I. NOTWENDIGE VORBEMERKUNGEN

1. DER TITEL

Der Titel dieser Schrift erinnert an eine aktuelle Kampfparole aus der jüngsten innenpolitischen Auseinandersetzung unserer Bundesrepublik. In der Tat soll er auch eine Kampfparole sein – allerdings nur eine halbe, dafür aber ehrliche Parole, die den Leser nicht durch eine irreführende Alternative zu manipulieren versucht. Sie fordert zunächst die Entscheidung nicht *gegen*, sondern *für* eine bestimmte Zielsetzung, die vorerst freilich nur recht allgemein und unbestimmt mit dem viel mißbrauchten Wort „Freiheit“ umschrieben wird. Dagegen stellt sie es dem kritischen Nachdenken und eigenständigen Urteilen des Lesers anheim, gegen welche weltanschauliche, politische und wirtschaftliche Zielsetzung er sich mit dieser seiner Entscheidung wenden will oder muß.

Versuchen wir es doch einmal mit der Antithese:

Freiheit oder Kapitalismus!

Ist das nicht eine schiefe Gegenüberstellung zweier, für unsere Gesellschaft grundlegender Begriffe, die im Bewußtsein der meisten Menschen durch ein (vielleicht nicht ausdrücklich bejahtes, aber als selbstverständlich empfundenes) „und“ verbunden sind?

So wenigstens denken jene Menschen, die von dieser Parole besonders betroffen sind, ohne sich doch betroffen zu fühlen, und die eine starke, als „rechts“ eingestufte Gruppe – beiläufig

etwa die Hälfte – der politisch polarisierten Bevölkerung unserer Bundesrepublik ausmachen. Sie nämlich folgen statt dessen mit teils gutem, teils weniger gutem Gewisssen jener anderen, akut und brisant gewordenen Kampfparole:

„Freiheit oder Sozialismus“

Dabei glauben sie sich für ein hohes Ideal zu entscheiden mit einem Slogan, durch den die andere, als „links“ eingestufte Hälfte unseres Volkes nicht nur betroffen ist, sondern sich selbst tief getroffen und schmerzlich verletzt fühlt. Hat nicht gerade der *Sozialismus* – nicht etwa der nationale, sondern der völkerverbindende Sozialismus – sich stets und leidenschaftlich für die Freiheit eingesetzt: für die *Emanzipation* des Menschen; für sein Recht auf *Selbstbestimmung* oder wenigstens Mitbestimmung über die Gestaltung seines persönlichen Lebens gegenüber den Machtansprüchen des Staates und des Arbeitgebers; für die Befreiung des Menschen aus Not und Armut; für seine Befreiung von Selbstentfremdung, von Ausbeutung und Unterdrückung?

Aber für diesen seinen Kampf gegen anscheinend übermächtige gesellschaftliche Gruppen sucht er die starke Hilfe des Staates, selbstredend eines demokratischen Staates. Von einer „Demokratie“ erhofft er sich die Lösung aller drängenden gesellschaftlichen Probleme: *„Demokratisierung“* der Politik, der Wirtschaft, der Unternehmen, der Arbeit, der Schule, der Kultur, der Familie – kurz: „Demokratisierung“, also Politisierung aller gesellschaftlichen Bezüge bis hinein in die innersten Lebensbereiche. Das Ende dieser Entwicklung kann nicht eine freiheitliche, sondern nur eine totale Demokratie sein, deren wichtigste Aufgabe die soziale Sicherung aller ihrer Bürger ist. Durch demokratische Willensbildung über demokratische Institutionen, Verbände und Parteien wird der Staat legitimiert und beauftragt, die „zu große Freiheit“ der Marktwirtschaft und der wirtschaftlich Mächtigen einzuschränken: zum einen durch Wirtschaftssteuerung bis hin zu mannigfachen Formen von Planwirtschaft oder wirtschaftlichem Dirigismus, zum andern durch fürsorgliche Betreuung des angeblich emanzipierten, also eigentlich selbstverant-

wortlichen Menschen bis hin zum allmächtigen Wohlfahrtsstaat mit perfekter Daseins-, Vor- und Fürsorge.

Ist das Freiheit? Muß einem so verstandenen Sozialismus nicht mit aller Schärfe die Forderung der Freiheit entgegengesetzt werden? Aber was ist nun diese geforderte Freiheit? *Freiheit des Unternehmers* bis an die äußersten vom Antimonopolgesetz kaum noch zu wahrenden Grenzen? *Freiheit des Kapitaleigners* zu möglichst „attraktiver" Kapitalanlage, günstigsten Falles in Rüstungsaktien, ungünstigsten Falles mit Investitions-Verweigerung in Erwartung einer „attraktiveren" Anlagemöglichkeit? Freiheit der Werbung mit Aufwendung irrsinniger unproduktiver Finanzmittel, die ja in den Verkaufspreisen wieder reichlich hereingeholt werden können? Freiheit des Produzenten, immer neue, immer überflüssigere, kurzlebige und profitträchtige Produkte herzustellen, für deren Absatz dann eine aufdringliche und betrügerische Werbung zu sorgen hat? *Freiheit des Konsumenten,* nach Maßgabe seiner neu geweckten, stimulierten, suggerierten und manipulierten „Bedürfnisse" aus diesem reichen Warenkorb nach Belieben und Gutdünken auszuwählen? Freiheit unserer so freiheitlichen Gesellschaft zur rücksichtslosen Ausbeutung der letzten Rohstoff- und Energie-Reserven unseres Planeten Erde, zur Verschmutzung und Vergiftung des letzten Gewässers, des letzten Landschaftsgebietes und Luftraumes zwecks Aufrechterhaltung dieses Widersinnes bis zur Katastrophe? Mit einem einzigen Wort: Freiheit für den Kapitalismus auf Kosten der Freiheit des *Menschen?*

Wer in unserer Bundesrepublik *„Freiheit"* sagt, meint im rechten Lager mit dem Brustton der Überzeugung: *„Kapitalismus"* und im linken Lager mit etwas leiserer Stimme: *„Sozialismus"*– auf wessen Freiheits-Beteuerung ist da noch Verlaß?

2. „SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT“

Aber haben wir nun nicht dem rechten Lager bitter unrecht getan? Selbstverständlich meint dieses Lager doch die *„freie Marktwirtschaft“* als notwendige Voraussetzung einer freien Gesellschaft, also auch einer freiheitlichen Demokratie. Freilich beruht (unsere!) freie Marktwirtschaft auf dem Kapitalismus, der zugegebenermaßen einige Schönheitsfehler, aber doch auch ganz entscheidende Vorzüge hat: eine fast unbegrenzte Produktions- und Leistungskraft, die alle Planwirtschaften – insbesondere in den kommunistischen Staaten – weit in den Schatten stellt und damit, sehr im Widerspruch zur marxistischen Verelendungstheorie, einen wachsenden Wohlstand für alle, nicht zuletzt für den Arbeiter schafft.

Und überdies: Haben wir diese Marktwirtschaft nicht in einen fast perfekten Sozialstaat weich eingebettet? Hat Deutschland nicht die Patentlösung einer Marktwirtschaft entwickelt, nämlich die *„Soziale Marktwirtschaft“?*

Trotzdem will der Kampf um diese unsere Wirtschaftsordnung nicht enden. Er scheint im Gegenteil immer heftiger, kritischer und gefährlicher zu werden. Aber er wird mit schiefen Fronten geführt. Unsere Wirtschaftsordnung wird nämlich von ihren Gegnern immer heftiger angegriffen, *weil* sie kapitalistisch ist; denn das ist das große Übel. Und sie wird von ihren Befürwortern immer verbissener verteidigt, *obwohl* sie kapitalistisch ist; denn das ist das kleinere Übel, der leider unverzichtbare Preis für die Freiheit.

Das wahrhaft Erstaunliche aber ist, daß niemandem – weder den Gegnern noch den Befürwortern – die einfache Frage in den Sinn kommt, ob eine freie Marktwirtschaft notwendig kapitalistisch sein muß. Oder ob nicht umgekehrt eine kapitalistische Marktwirtschaft – genau insoweit, als sie kapitalistisch ist – eben dadurch wenigstens teilweise unfrei ist. Ob es nicht doch eine wahrhaft freie Marktwirtschaft geben kann, nämlich *frei von kapitalistischer wie von sozialistischer Vermachtung,* frei von *privaten Wirtschaftsmonopolen* wie von *staatlichem Dirigismus.* Und ob solche wahrhaft freie Marktwirtschaft gerade deshalb und nur deshalb eine

soziale Marktwirtschaft ist, dabei zugleich leistungsfähiger als unser derzeitiges Wirtschaftssystem und zwar leistungsfähig im Dienst einer sinnvollen Funktion der Wirtschaft.

Diese Frage soll durch die folgenden Ausführungen geklärt werden, und zwar nicht mit den Mitteln einer Wirtschaftstheorie – auch das wäre möglich –, sondern in verständlicher und praxisnaher Weise durch den Bericht über den politischen Kampf, der in der Stunde Null unserer Bundesrepublik um eben diese Wirtschaftsordnung geführt wurde – leider wegen eines tragischen Schicksalsschlages nur mit halbem Erfolg.

Das nur halb erfreuliche Ergebnis dieses halben Erfolges ist in unserer Bundesrepublik das als „Soziale Marktwirtschaft" etikettierte Wirtschaftssystem: eine kapitalistische Marktwirtschaft mit sozialstaatlicher Tarnung, Entstellung und Verfälschung.

3. DIE IDEENGESCHICHTLICHEN URSPRÜNGE DER „SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT"

Die „Soziale Marktwirtschaft" in unserer Bundesrepublik hat zwei ideengeschichtliche Quellen.

Die eine ist die *„neoliberale"*[1] *Wirtschaftstheorie*, wie sie zur Unterscheidung von der „alten" liberalen, also von der „klassischen" Wirtschaftstheorie genannt wird. Ihre Begründer und Vertreter nennen sich selbst lieber und treffender *„ordoliberal"*[1]; denn im Gegensatz zum klassischen Wirtschaftsmodell (etwa eines Adam Smith), das fälschlicher Weise auf der Grundlage eines ungehemmt freien wirtschaftlichen Kräftespieles („Laissez-faire") die automatische Entstehung einer gesamtgesellschaftlichen Wohlstands-Ordnung zu begründen glaubte, setzt das von *Walter Eucken* entwickelte „ordoliberale" Wirtschaftsmodell eine ausdrücklich geforderte Rechts-Rahmenordnung voraus, welche die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft und in ihr die Verwirklichung gewisser sozialer Prinzipien garantiert.

1) „neo" (griechisch) = „neu"; „ordo" (lateinisch) = „Ordnung"

Die andere, wesentlich ältere – damals bereits rund fünfzig Jahre alte – Quelle ist das auf den „genialen Außenseiter“ *Silvio Gesell* zurückgehende *„freiwirtschaftliche“ Ideengut,* verkörpert in einem wissenschaftlich nicht ausgearbeiteten[1)], also mit der offiziellen Nationalökonomie nicht auf deren Ebene konkurrenzfähigen, aber grundsätzlich wesentlich konsequenteren Modell, das Gesell mit seiner „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ entworfen hat. Gemeint ist damit eine der „Natur des Menschen“ angepaßte, dem Menschen dienliche und zur freien Entfaltung verhelfende Ordnungsform, die in sich selbst ohne von außen aufgezwungene Herrschaftsform funktionsfähig ist. Dabei wird der Mensch – im Gegensatz zur klassischen Hypothese des rein ökonomischen Menschen („homo oeconomicus“) und zur sozialistischen Fiktion eines „neuen Menschen“ – genau *so* genommen, wie er ist, mit allen seien leiblichen, aber auch seelischen und geistigen Bedürfnissen und – nicht zuletzt – mit seiner Freiheitsliebe.

Diese beiden wesensverwandten und doch wieder wesentlich verschiedenen Ideenströmungen trafen sich in ihren maßgebenden Vertretern – auf der einen Seite so bedeutende Neoliberale wie *Franz Böhm* und *Alexander Rüstow*, auf der anderen Seite vor allem *Otto Lautenbach* – zu einer sehr fruchtbaren persönlichen, aber leider viel zu kurz dauernden Begegnung in der Stunde Null unserer Bundesrepublik, die zu einer geschichtlichen Sternstunde hätte werden können. Doch darüber möge sich der interessierte, vielleicht (hoffentlich!) sogar engagierte Leser an Hand der folgenden Aufzeichnungen ein eigenes Urteil bilden.

Leider wird heute in der Diskussion über unsere faktische „Soziale Marktwirtschaft“ das hinter ihr stehende neoliberale Modell in der Reinheit und Geschlossenheit des theoretischen Konzeptes aus der Erinnerung verdrängt, sei es nun aus Unwissenheit oder aus schlechtem Gewissen, während die andere, damals so lebenskräftige, nämlich die freiwirtschaftliche Quelle in völlige Vergessenheit versank zum schweren Schaden der Idee und vor allem der Wirklichkeit.

1) Einen ersten Versuch wissenschaftlicher Ausarbeitung unternahm der Verfasser mit seiner „Theorie der Natürlichen Wirtschaftsordnung“ (1952 Heidelberg – Ziegelhausen).

4. DAS FREIWIRTSCHAFTLICHE IDEENGUT

Das freiwirtschaftliche Ideengut kann so wenig wie das ordoliberale Wirtschaftsmodell im vorliegenden engen Rahmen inhaltlich, etwa gar theoretisch entwickelt werden; beide werden durch die folgenden Ausführungen anschaulich und praxisnah soweit hervortreten, als es für das Verständnis der tiefer liegenden, real bedeutsamen Zusammenhänge nötig ist.

Zur Erleichterung der Orientierung sei vorbereitend nur kurz auf die drei grundlegenden Prinzipien des freiwirtschaftlichen Modells („Natürliche Wirtschaftsordnung") hingewiesen: möglichst vollständiger *Leistungswettbewerb;* eine funktionsfähige Ordnung stabiler *Währung* und neutralen Geldes; ein soziales *Bodenrecht.*

Das zweite der drei aufgezählten Prinzipien ist in der heutigen Wirtschaftswissenschaft wieder hoffähig geworden unter dem globalen, aber ungenauen und irreführenden Stichwort des „neuen *Monetarismus*". Die alte Form des Monetarismus wurde als „Quantitätstheorie des Geldes" vor allem vom amerikanischen Nationalökonomen *Irving Fisher* entwickelt, der sich selbst als „bescheidenen Schüler Silvio Gesells" bezeichnete. Aber die von *John Maynard Keynes* vollbrachte wirtschaftstheoretische „Revolution" (in der Bezeichnung von *Milton Friedman*) ersetzte die in der Praxis gescheiterte Geldpolitik durch eine Fiskalpolitik, speziell Konjunkturpolitik mit den Mitteln staatlicher Intervention (zum Beispiel „deficit spending", das heißt, Konjunkturspritze aus Steuergeldern, allgemein: staatliche Ausgaben- und Steuerpolitik). Dieses Verfahren wurde von seinen Nachfolgern zu einem weit gefächerten Instrumentarium zwecks Stützung des äußerst störanfälligen Kapitalismus ausgearbeitet, während Keynes selbst in eingehender Würdigung Gesells („Ich glaube, daß die Zukunft vom Geist Gesells mehr lernen wird als von dem von Marx") dessen Zielsetzung einer Überwindung des Kapitalismus („Der Zins soll ersäuft werden in einem Meer von Kapital") grundsätzlich für wünschenswert hält („sanfter Tod des funktionslosen Investors"). Als jedoch auch dieses, lange Zeit als wissenschaftliches Dogma betrachtete System des „Keynesianismus" in der Anwen-

dung gegen die Wirtschaftskrisen immer deutlicher versagte, kam mit Milton Friedman durch „Gegenrevolution“ wiederum der Monetarismus zum Zug, aber nun in der eindeutigen Hilfsfunktion für den gefährdeten Kapitalismus und mit der typisch kapitalistischen Zielsetzung: „Wohlstandsbildung“ zwecks künftig erhöhten Einkommens durch finanzielle Vorsorge („überfließende Kassen“) bei gegenwärtigem Konsumverzicht. Als volkswirtschaftliche Voraussetzung hierfür wird die „optimale“ Geldsteuerung über Geldnachfrage und Geldangebot (seitens der Banken, insbesondere der Bundesnotenbank) mit monetaristischen Begriffsbildungen untersucht, aber weit entfernt von Gesells Vorschlag einer Geldreform. Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein (die etwas abzukürzen der Verfasser mit seinen schwachen Kräften sich bemüht), bis die offizielle Wissenschaft den grundsätzlichen Vorsprung der Gesell’schen Ideen sowohl vor Keynes wie vor Friedman erkennt – vielleicht aber auch ohne ausdrückliche Anerkennung sich stillschweigend aneignet.

Um jedes Mißverständnis auszuschließen, sei nochmals betont: *„Überwindung des Kapitalismus“* bedeutet selbstverständlich nicht eine Abwertung des *volkswirtschaftlich notwendigen Kapitals,* sondern im Gegenteil *Beseitigung seiner auf Knappheit beruhenden Monopolstellung,* indem das durch Leistung und durch Konsumverzicht zu schaffende Geld- und Produktiv-Kapital bis zur Sättigungsgrenze vermehrt wird. Dagegen muß die Monopolstellung des nicht vermehrbaren „Kapitals“ Grund und Boden durch eine geeignete Rechtsordnung (*„soziales Bodenrecht“*) neutralisiert werden. Die Folge ist, daß nur Kapital-Neubildung eine Leistungsprämie in Form einer vorübergehend erhöhten Kapitalrendite einbringt, während das leistungslose Einkommen aus Kapitaleigentum in den beiden Formen der Realkapitalrendite und des Geldkapitalzinses durch ungehemmten Wettbewerb bis auf eine geringe, weit unter der Keynes’schen „Liquiditätsprämie“ (etwa 2,5 %) liegende Höhe herabgedrückt wird.

5. AUS DER GESCHICHTE DER FREIWIRTSCHAFTSBEWEGUNG

Die vorliegende Schrift wendet sich an zwei Gruppen von Lesern: Der Anhänger der Freiwirtschaftsidee, der wegen allzu langsamer und zeitweise stagnierender Weiterentwicklung Anwandlungen von Resignation erfährt, kann durch die im Überblick aus einer gewissen Distanz betrachtete geschichtliche Entwicklung neue Selbstsicherheit, Mut zur Weiterarbeit und Hoffnung auf die Zukunft gewinnen. Der allgemein gesellschafts- und wirtschaftspolitisch interessierte Leser, der durch die Wirtschaftsentwicklung in unserem Land und durch die sich verschärfenden Wirtschaftsprobleme berunruhigt ist, möge die rein freiwirtschaftlichen Darstellungen (Teil II und Abschnitte III. 1 – 3) getrost überschlagen und wird dann (in III.4, IV und V.2) manchen, über die freiwirtschaftliche Thematik hinausgehenden, recht aufschlußreichen Einblick in die zeitgeschichtlichen Bedingungen der ersten Nachkriegsjahre nehmen können. Vor allem aber wird er überrascht feststellen, daß die vor dreißig Jahren aus freiwirtschaftlichem Denken gefundenen Lösungen noch heute gültig sind, während jene Probleme, deren vorgeschlagene Lösungen damals versäumt oder zurückgewiesen wurden, sich bis heute erhalten und noch beträchtlich verschärft haben.

Dazu kommen freilich auch neue, heute besonders dringliche und bedrängende Probleme, die damals noch kaum ins Blickfeld gerieten, insbesondere die bereits erwähnte Umwelt- und Ressourcen-Problematik. Auch sie sind, wie genauere Überlegungen lehren, zumindest in ihrer Zuspitzung durch die kapitalistische Wirtschaft, insbesondere durch den kapitalistischen Wachstumszwang der Wirtschaft bedingt. Daher ergeben sich für ihre Lösung grundsätzlich günstigere Voraussetzungen in einer wahrhaft freien (also nicht-kapitalistischen) Marktwirtschaft mit einem sich selbst regulierenden „organischen Wachstum“, bestehend in einem vielfältigen Neben- und Nacheinander einzelner, durch nicht-kapitalistische Antriebe und Widerstände, durch Nutzen und Schaden gesteuerter und jeweils bis zur Sättigungsgrenze verlaufender Wachs-

tumsprozesse in den verschiedenen Bereichen und Branchen der Wirtschaft.

II. GESCHICHTLICHE ENTWICKLUNG DER FREIWIRTSCHAFTSBEWEGUNG

1. VORGESCHICHTE

Leicht bei einander wohnen die Gedanken;
Doch hart im Raume stoßen sich die Sachen.
Schiller, Wallensteins Tod

Dieser Ausspruch charakterisiert eine schmerzliche Alltagserfahrung jedes Menschen, aber darüber hinaus im großen Maßstab weltgeschichtlicher Entwicklung jene besonders unruhigen Phasen, wenn ein neuer Gedanke, der die Welt bewegen kann oder zu bewegen glaubt, in die harte geschichtliche Wirklichkeit eintritt und aus wildbewegten verworrenen Anfängen, wenn es gut geht, einen langen, oft schmerzlichen und verschlungenen Weg zur Verwirklichung antritt. Das zeigten die ersten Jahrhunderte des Christentums, als sich in leidenschaftlichen Kämpfen gegen apokalyptische, gnostische und sonstige sektiererische Richtungen die „wahre Lehre“ mühsam durchsetzen mußte. Das zeigten die ersten Jahrzehnte der sozialistischen Bewegung und später der kommunistischen Revolution, als sich in beiden Fällen (leider!) die intolerante und gewalttätige Richtung – Marx in diffamierenden geistigen Auseinandersetzungen, Lenin in grausam blutigen Kämpfen – zum Schaden der weiteren weltgeschichtlichen Entwicklung durchsetzte. Ob die turbulenten geistigen und innenpolitischen Strömungen der Neuen Linken, der Alternativen und der Umweltschützer von heute zur Neugestaltung der Zukunft fähig sind als Ideen, die die Welt bewegen können oder nur zu bewegen glauben, kann erst die künftige geschichtliche Entwicklung lehren.

So darf sich auch niemand wundern über die turbulenten Anfänge der Freiwirtschaftsbewegung, als der geniale Außenseiter, der als Prophet und Meister verehrte Silvio Gesell (7.3.1862–11.3.1930) seine neue Idee der *„Natürlichen Wirtschaftsordnung“*

und der hierauf fußenden, ganz neuen Gesellschaftsordnung in einer realitätsnah anschaulichen Vision und in einer herzerfrischend plastischen und mitreißenden Sprache verkündete und so die ersten begeisterten Schüler, Jünger und Anhänger um sich scharte. Aber wie bei jeder mitreißenden Bewegung fühlten sich nicht nur die eigenständigen, selbständig denkenden Geister angezogen, sondern auch die eigenbrötlerischen, von eigenartigen fixen Ideen umgetriebenen Menschen, die hier eine günstige Chance zur Durchsetzung ihrer oft skurrilen Absichten witterten. So schwoll die Bewegung rasch an; zu den besonnenen, in wirtschaftlichen Kategorien klar denkenden Menschen gesellte sich bald ein bunter Haufen von Lebensreformern, Vegetariern, Sonnenanbetern, Verehrern der Nacktkultur oder der freien Liebe, also von Sonderlingen aller Art. So entstand die Gefahr – und sie konnte nie endgültig gebannt werden –, daß im Innern die ursprünglich reine und klare Idee sich verdunkeln und nach außen die vielschichtige Bewegung ein verzerrtes, abschätzig beurteiltes Bild bieten konnte.

Daher ist es ein vergleichsweise wohlwollendes Urteil, wenn eine geschichtliche Betrachtung (*Günter Bartsch,* vergleiche die nachfolgend aufgeführte Quelle Q_4) die Freiwirtschaftsbewegung als Teil der vielfältigen sozialen Strömungen unter dem Begriff der „Anarcho-Liberalen“ rubriziert. Dieser Name charakterisiert durchaus ihre nach außen auffälligste Zielsetzung: Abbau des Staates und höchstmögliche Freiheit des Einzelmenschen. Dabei darf man sich allerdings nicht vom gegenwärtigen Mißbrauch der Worte: „Anarchie“ und: „Anarchist“ täuschen lassen, sondern muß ihren ursprünglichen, nämlich wörtlich gemeinten Sinn ernst nehmen: „Anarchie“ bedeutet „Herrschaftsfreiheit“ (gelegentlich ersetzt durch das emotional unbelastete Wort: „Akratie“ = „Machtfreiheit“), aber keinesfalls „anarchische“ im Sinn von „chaotische“ Unordnung, sondern die erstrebte und als möglich geglaubte „natürliche“ Ordnung eines friedlich kooperativen Zusammenlebens der Menschen in einer Gesellschaft.

Es ist kein Zufall, sondern Ausdruck eines fast notwendigen inneren Zusammenhanges, daß dieser Begriff „Anarcho-Liberale“

auch deren geschichtliche Entwicklung zumindest in ihrem Anfang charakterisiert: ein verwirrender, also „anarchisch“ anmutender Wechsel der Entstehung, Auflösung und Neubildung von Teilgruppen, der Trennung und immer wieder aufs neue versuchten Zusammenschlüsse von Gruppen extrem „liberaler“, daher auch selbständig und eigenwillig denkender Menschen trotz aller oft hingebungsvoller Gläubigkeit an die freilich meist verschieden interpretierten Worte ihres „Meisters“ Silvio Gesell. Schon die Wahl verschiedener Namensbezeichnungen, die im Grunde nur die beiden zusammengehörigen Aspekte der „natürlichen Ordnung“ und der „freien Wirtschaftsordnung“ betonten, bedeutete eine Kampfansage: Hier „Physiokraten“[1)], dort „Freiwirte“ oder „Freiwirtschaftler“[2)]. Wenn in immer neuen Richtungskämpfen von 1913 bis 1921 aus zahlreichen, sich teilweise ablösenden Organisationen eine Einheitsorganisation unter dem Namen *„Freiwirtschaftsbund FFF“* gebildet wurde, so brach dieser unter der inneren Spannung nicht bereinigter Gegensätze sogleich wieder in zwei sich heftig bekämpfende und gegenseitig den Namen absprechende Freiwirtschaftsbünde auseinander. So ging das bis zum Verbot aller freiwirtschaftlichen Organisationen und Tätigkeiten im „Dritten Reich“, und sogleich nach der Katastrophe des zweiten Weltkrieges erstand aufs neue die erstaunlich lebenskräftige Bewegung mit Fortsetzung des alten Spieles in geringfügig abgewandelten Formen.

1) „Physiokratie“ bedeutet wörtlich „Naturherrschaft“, das heißt „Herrschaft der natürlichen Gesetze“ anstelle der Staatsherrschaft und der staatlichen Gesetze, ist also eine spezielle Form der Akratie. Der Name hat allerdings eine noch ältere Tradition; mit ihm bezeichnete Quesnay (1694–1774) seine Lehre, daß allein Grund und Boden die Quelle des Nationalreichtums sei.

2) Die ursprünglichere Bezeichnung „Freiwirt“ wurde später immer mehr durch die sprachlich richtigere Bezeichnung „Freiwirtschaftler“ verdrängt; damit ist allerdings auch eine kleine Akzentverschiebung verbunden in Richtung auf die Bedeutung: Vertreter der Freiwirtschaftslehre vorwiegend in ihrem wirtschaftstheoretischen Aspekt.

Trotzdem trifft die genannte negative Charakterisierung nur *eine* Seite des äußeren Erscheinungsbildes. Der eigentliche und positive Wesenszug wird programmatisch-deklamatorisch wie in einem heiligen Schrein in der Zauberformel „FFF“ bewahrt: *„Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld“*. Damit sind inhaltlich die beiden tragenden Säulen und geschichtlich die beiden Ursprünge „FF“ der „Freiwirtschaft (F)“ gekennzeichnet.

Das erste F („Freiland“) hat seinen Ursprung im Gedanken der *Bodenreform*, den *Adolf Damaschke* nach einigen Vorläufern (seit 1871: *Dr. Theodor Stamm, Michael Flürscheim*) durch den 1898 gegründeten „Bund deutscher Bodenreformer“ allgemein bekannt machte und *Dr. Theophil Christen* theoretisch vertiefte. Das zweite F („Freigeld“) ergab sich zunächst als Seitenzweig der Bodenreformbewegung; denn Michael Flürscheim erkannte schon 1895 die Notwendigkeit der Ergänzung durch eine Währungsreform, die er unter dem Namen „elastische“ oder „wissenschaftliche Währung“ auf die „rohe Quantitätstheorie“ des Geldes gründete und die wiederum Theopil Christen unter dem Namen „absolute Währung“ im Sinn einer Indexwährung theoretisch unterbaute.

Ungefähr gleichzeitig und unabhängig machte der deutsche Kaufmann *Silvo Gesell* (der damals vorübergehend in Argentinien lebte, 1900 nach der Schweiz und 1911 nach Deutschland zurückkehrte) die noch weiterreichende Entdeckung der „bereinigten Quantitätstheorie“ des Geldes; er forderte nämlich für sein „Reformgeld“ (von *Paulus Klüpfel* später „Freigeld“ genannt) die Trennung des Tauschmittels vom Verschatzungsmittel durch eine geeignete Technik, die neben der Geldmenge auch deren Umlaufgeschwindigkeit zu regulieren erlaubt. Gesell erkannte *Geldreform und Bodenreform* als die beiden notwendigen, sich gegenseitig ergänzenden Voraussetzungen einer freien und sozial gerechten Wirtschaftsordnung und formulierte diese Zusammenhänge in mehreren Schriften, zum Beispiel 1906: „Die Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag durch die Geld- und Bodenreform“. In sachlichem Zusammenhang damit begründete er eine eigene *Zinstheorie* durch Einführung des (etwas problematischen)

Begriffes „Urzins“, zum Beispiel in der Schrift: „Die neue Lehre von Geld und Zins“ 1911.

Langsam gewann er in der Schweiz und in Deutschland einen kleinen Kreis von Anhängern und Mitarbeitern, insbesondere *Georg Blumenthal* (1906) und Dr. Theophil Christen (1915). Gemeinsam mit Blumenthal gründete er 1912 die Zeitschrift: „*Der Physiokrat*“, die sich vorwiegend an die Arbeiter wandte, um sie vom „marxistischen Irrwahn“ zu befreien. Aus den so gewonnenen Anfängen ging 1913 die „*Physiokratische Vereinigung*“ hervor, und damit begann die wechselvolle Geschichte der freiwirtschaftlichen Bewegung.

2. ENTWICKLUNG 1912 – 1933

Für die kurzgefaßte Darstellung der geschichtlichen Entwicklung in diesem und dem folgenden Abschnitt (II. 2 und 3) war der Verfasser auf wenige und zum Teil lückenhafte Quellen aus dem zum großen Teil vergriffenen freiwirtschaftlichen Schrifttum angewiesen, nämlich die folgenden:

Q_1: Hugo Luczak, Geschichtliches zur FFF-Bewegung in Deutschland; wissenschaftliche Schriftenreihe der Freiwirtschaftlichen Zeitung Nummer 12, 1931

Q_2: „Freiwirtschaft FFF“, 6. Jahrgang, 1924 (Sammelband); insbesondere Bericht über den Bundestag vom 10./11.5.1924 im Anhang zu Heft 10 (im Sammelband zwischen Seite 296 und 297); bezüglich dieser Zeitschrift selbst vergleiche auch den kurzen Bericht von Hans Timm: Fünf Jahre „Freiwirtschaft“ in Heft 7 (April 1924), Seite 189

Q_3: „Schule der Freiheit“, Jahrgang 1 – 10, 1933 – 1943, (Otto Lautenbach)[1)]

1) Leider verfügt der Verfasser nur über die ersten fünf Jahrgänge vollständig (Sammelbände der Jahrgänge 1, 2, 5) oder fast vollständig (Jahrgänge 3 und 4), während er im übrigen nur drei Hefte insgesamt (aus den Jahrgängen 8 und 10) besitzt.

Eine nicht-freiwirtschaftliche Quelle mit Teilinformationen zu Abschnitt III und sehr dürftigen Angaben zu Abschnitt II ist:

Q_4: Günter Bartsch, Anarchismus in Deutschland, Band 1: 1945 – 1965; (Fackelträger-Verlag Hannover 1972). Die Freiwirtschaft wird als „Anarcho-Liberalismus“ besprochen auf den Seiten 18 – 20 (Vorgeschichte seit 1915), 80 – 93 (Entwicklung 1945 – 1947), 206 – 218 (Entwicklung 1948 – 1959), 295 – 297 (in einem Gesamtüberblick).

Der bequemen und raschen Information über die vielfältig verschlungene Entwicklungsgeschichte dient die nachfolgende Tabelle. Sie gibt eine Übersicht über die zeitliche Abfolge und die Zusammenhänge der verschiedenen Organisationen und ihrer Publikationsorgane, deren Unterscheidung und richtige Einordnung durch die wechselnden und doch zum Teil sehr ähnlichen Namen besonders erschwert wird.

Übersicht 1912 – 1931

Phase	Nr.	Organisation	Publikationsorgan
I	[1]	Physiokratische Vereinigung (1913 Berlin und Hamburg)	Der Physiokrat[1)] (1912) (Silvio Gesell, Georg Blumenthal)
	[2]	Freiland-Freigeld-Bund (1915) (in Berlin-Steglitz, gegründet von Paulus Klüpfel)	(Eingabe an die Weimarer Nationalversammlung: Vorschlag der „absoluten Währung“)
	[3]	Bund für Freiwirtschaft (1915) (auf völkischer Grundlage)	Deutsche Freiwirtschaft (1919) (Helmut Haacke und Ernst Hunkel)[2)]
II	[4]	Deutscher Freiland-Freigeld-Bund (1919 in Mitteldeutschland)	Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld (1920) (Umbenennung von [3])[3)]
	[5]	Physiokratischer Landesverband Westfalen	
	[6]	Freiwirtschaftsbund Deutschlands	
III	[7]	Freiwirtschaftsbund FFF (Einheitsorganisation durch Zusammenschluß am 22.5.1921)	Freiwirtschaft[4)] (vergleiche [4]) FZ: Freiwirtschaftliche Zeitung[5)]; Freiwirtschaftliche Presse[6)]; später: Neue Welt
	[8]	Physiokratischer Kampfbund (1924); Später: Fysiokratischer Kampfbund FFF	Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld[7)]; Der neue Kurs[8)]; Letzte Politik[9)]
	[9]	Freiwirtschaftliche Partei (1931)	

1) bis 9) siehe Fußnoten und Anmerkungen auf Seite 17

Fußnoten und Anmerkungen zur Übersicht Seite 16

1) 1915 durch Kriegszensur verboten; nochmals ab Mai 1919 nur für kurze Zeit erschienen.

2) Mitarbeiter Dr. Theophil Christen, Otto Maaß, Otto Weißbach.

3) Herausgeber: Otto Maaß und R. Hoffmann.

4) Übernahme 1923; Schriftleiter Hans Timm.

5) Schriftleiter Otto Lautenbach; wissenschaftliche Beilage: Freiwirtschaftsliches Archiv (Oktober 1925 bis September 1930); dann: Wissenschaftliche Schriftenreihe der Freiwirtschaftlichen Zeitung (ab November 1930). – Daneben erschienen vorübergehend weitere Wochenschriften wie: Der neue Kurs und: Das freie Volk.

6) Herausgeber: Albert Leckebusch, Schriftleiter: Kurt Becker; 1933 umbenannt in: Drei-Firn-Post (Hans de Sand); Anfang 1934 verboten.

7) Herausgeber: Hans Timm.

8) Wochenzeitschrift.

9) Monatszeitschrift.

Die Organisation [4] entstand aus der Vereinigung von [2] und [3]; ferner [5] als Fortsetzung von [1], schließlich [6] als Vereinigung von [1] und [2] in Hamburg unter Leitung von Fritz Bartels.

Schon ein flüchtiger Blick über die in dieser Übersicht auftauchenden Namen läßt hinter allen, im einzelnen noch auftretenden Divergenzen den grundlegenden Gegensatz zwischen den beiden Lagern der „Physiokraten“ und der „Freiwirte“ erkennen. Die immer aufs neue zwischen ihnen aufbrechende Auseinandersetzung vollzieht sich in drei Phasen.

Die *Phase I* ist durch die grundlegenden Schriften Silvio Gesells, insbesondere durch das in erster Auflage 1915 erschienene Hauptwerk *„Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“ (NWO)* sowie durch seine unmittelbare, zuweilen als „diktatorisch“ empfundene Führung bestimmt. Die „Freiwirte“ [2] vertreten in Wissenschaft, Auflklärung und Propaganda – vorwiegend in Kreisen des Mittelstandes – die Idee der „Freiwirtschaft“ im Sinn der NWO. Die „Physiokraten“ [1] kämpfen mit politischer Aktivität – vor allem im Kreis des Proletariats – für die (wörtlich übersetzt:) „Herrschaft der Natur“, das heißt eine natürliche Gesellschaftsordnung an Stelle der Herrschaft des Staates. Durch ihre radikal aufs Ganze gehende Haltung ziehen sie sich von den Freiwirten [2] den Vorwurf zu, problematische Weltanschauungsfragen mit der reinen Wirtschaftslehre zu vermengen, können sich aber mit gleichem Recht auf die NWO berufen. Dies bestätigte Silvio Gesell auch persönlich in seiner Bemerkung gegenüber Georg Blumenthal[1)]: „Physiokratie ist mehr als Freiwirtschaft, und sie kommt erst, wenn die Freiwirtschaft verwirklicht ist.“

Zu diesen beiden, in den Organisationen [1] und [2] vertretenen Lagern kommt noch die völkische Variante [3], die bezüglich „Freiland“ den von Gesell ausdrücklich hervorgehobenen internationalen Gedanken verletzt und daher seine Mitarbeit für ihr Publikationsorgan nicht gewinnen kann.

Die *Phase II* wird durch die, nunmehr für alle Freiwirte und Physiokraten authentische Neufassung der NWO mit der dritten Auflage 1919 sowie durch Gesells Scheitern als „Volksbeauftragter der Räteregierung Bayerns für das Finanzwesen“ in der Zeit

1) zitiert von Bartels auf dem Bundestag 1924, vergleiche diesbezüglichen Bericht von Q_2 (Seite 8 im Anhang zu Heft 10).

vom achten bis vierzehnten April 1919 eingeleitet. Seitdem hat Gesell als „Bürgerschreck, Revolutionär, Utopist und Anarchist“ an Publikumswirksamkeit verloren und hat auch für die eigenen Anhänger nur noch maßgebende Bedeutung als unbestreitbare Wissenschafts- und Lehr-Autorität, nicht mehr als Politiker. Dafür werfen sich nun seine Anhänger mit erhöhter Energie auf das politische Feld, und zwar jede der beiden Gruppen „Freiwirte“ und „Physiokraten“ in den beiden neuen Organisationsformen [4] beziehungsweise [5] nach je ihrer eigenen Methode auf der Grundlage detailliert formulierter Ziel- und Weg-Programme. Die Umbenennung der freiwirtschaftlichen Zeitschrift im Oktober 1920 (vergleiche [4]) dokumentiert das Abrücken von der völkischen Idee. Daneben hat sich in Hamburg noch eine Organisation [6] durch Vereinigung der beiden örtlichen Gruppen von Physiokraten [1] und Freiwirten [2] gebildet.

Die *Phase III* bringt zunächst den Zusammenschluß aller zu diesem Zeitpunkt bestehenden freiwirtschaftlichen Organisationen zur Einheitsorganisation [7] am 22.5.1921 in Kassel. Dieser „Freiwirtschaftsbund FFF“ erhält durch die Integration der Physiokraten zum ersten eine erhöhte politische Aktivität; die Diskussion „Bund oder Partei?“ wurde zugunsten eines politisch aktiven Bundes entschieden mit freilich unbefriedigendem Erfolg. Zum zweiten gewinnt sein vorwiegend wirtschaftstheoretisch und wirtschaftspolitisch orientiertes Programm nun auch einen weltanschaulichen Einschlag, und zwar im Abschnitt: „Innenpolitik’’, Punkt 4. Dieser forderte nämlich: „Freiheit in allen Kulturfragen: Schule, Fachbildung, Heilkunde, Kirche, Wissenschaft, Kunst, Ehe und so weiter sind vom Staat und dessen Einflüssen zu lösen.“

An diesem Punkt aber entzündete sich wiederum der noch nicht bereinigte Streit zwischen den beiden Lagern. Am heftigsten, zum Teil sogar mit erbitterten persönlichen Angriffen tobte die Auseinandersetzung über das Wort „Ehe“ in diesem Programmpunkt 4; kontroverse Anträge und vorwurfsvolle Behauptungen geheimer Manipulation rangen um Streichung oder Wiedereinsetzen dieses Wortes. Die Bedeutung dieser Frage erhöhte sich durch die Ver-

bindung mit Programmpunkt 6b: „Zivilrecht: völlige Gleichberechtigung der Frau“ und mit Programmpunkt 3: „Freiland; das heißt Verpachtung des zurückgekauften Bodens und restlose Auszahlung der Pachtgelder an die Mütter nach der Zahl ihrer noch nicht 16 Jahre alten Kinder“, also auch faktisch völlige Selbständigkeit der Frau durch ihre wirtschaftliche Sicherstellung. Die Diskussion erbrachte die unversöhnliche Aufsplitterung der Bundestags-Teilnehmer nach den drei unverträglichen Haltungen:[1)] offenes Eintreten für „freie Liebe“ – überzeugtes Festhalten an der traditionellen bürgerlichen Ehe – Verheimlichung der Tragweite dieses Programmpunktes aus „Konjunkturpolitik“, das heißt aus taktischen Gründen der Propaganda und der Wählerstimmen. Der um seine Entscheidung befragte Meister goß ungewollt noch Öl ins Freuer; denn er vertrat selbst zwar entschieden den ersten dieser drei Standpunkte, tröstete aber die besorgten Vertreter des dritten Standpunktes mit dem Hinweis auf die mögliche Gewinnung katholischer Wählerstimmen für die Aufhebung der erst vierzig Jahre bestehenden staatlichen, zugunsten der christlichen Eheschließung; auf diese Weise geriet er selbst in die schillernde Position eines „Konjunkturpolitikers“. Dieser Streit erhielt durch die bevorstehenden Wahlen seine besondere Brisanz; es ging um die Alternative, ob eine Wahlbeteiligung den „Freiwirten“ zum Gewinn von möglichst vielen Wählern und Mitgliedern verhelfen oder aber den „Physiokraten“ die Gelegenheit zu kompromißloser Darstellung ihres radikalen Programms bieten solle.

Hinter diesen politisch aktuellen Gegensätzen verblaßten die bisherigen, ziemlich akademischen Streitigkeiten beispielsweise über die technische Durchführung von Bodenreform und „Mutterrente“, über die Frage, ob Ido oder Esperanto als internationale „Freiwirtschaftssprache“ an Stelle des „freiwirtschaftsfeindlichen

1) vgl. hierzu die allgemein charakterisierenden Bemerkungen zu Beginn des Abschnittes II,1.

Monopols der amtlichen deutschen Hochsprache“ einzuführen sei, und über ähnliche Probleme, die als Streit um des Kaisers Bart immer wieder die Gemüter erhitzten. Dagegen erwies sich der Streit um die verbale Definition der freiwirtschaftlichen Grundbegriffe, in den sich Gesell kraft seines Lehramtes „ex cathedra“ persönlich einschaltete, als durchaus relevant, da sich diese Definitionen zur NWO verhielten wie die kirchlichen Dogmen zur Bibel – vor allem in der praktischen Konsequenz, daß jeder der streitenden Parteien sich durch das scholastische Verfahren des wörtlichen Zitierens die unangreifbare Position der Legitimität und Rechtgläubigkeit zu verschaffen suchte.

Alle diese kaum verkleisterten, aber unversöhnlichen Gegensätze zersprengten die eben erst gebildete Einheitsorganisation in einen gemäßigten und einen radikalen Freiwirtschaftsbund, die sich gegenseitig das Recht auf diesen Namen absprachen, bis der letztere sich 1924 als „Physiokratischer Kampfbund“ [8] entschieden abhob. Er entwickelte seine neue „revolutionäre Taktik“ der „direkten Aktionen“ von Demonstration und Flugblatt-Aktion über Streik, „Geldstreik“ (!) und Generalstreik bis zur Möglichkeit einer vorübergehenden Diktatur zwecks gewaltsamer Einführung oder staatlicher Verordnung der Freiwirtschaft. Auch der „gemäßigte Freiwirtschaftsbund“ entfaltete neben der gewohnten Taktik von Aufklärung und Propaganda auch eigene politische Aktivitäten durch „genossenschaftliche Selbsthilfe der Arbeit“, gewerkschaftlichen Kampf für den vollen Arbeitsertrag, mit einer „Indexbank“ für Sparen und Leihen bei gleichbleibender Kaufkraft und in einem „Freilandhort“ mit dem theoretisch zugesagten Anspruch der Mütter auf die Grundrente. Eine dritte Gruppe schließlich wählte den politisch-parlamentarischen Weg durch Gründung einer „Vokspartei der Mitte“ 1929, die dann in der 1931 gegründeten „Freiwirtschaftlichen Partei Deutschlands, Partei für krisenfreie Volkswirtschaft“ [9] aufging.

Unter den Selbsthilfe-Aktionen erreichten jene den größten Erfolg, die Gesells Vorschlag eines Geldes mit Umlaufsicherung in einem lokalen Bereich realisierten: die Wära-Aktion 1930/31 zur

Ingangsetzung eines stillgelegten Bergwerkes in Schwanenkirchen (Bayerischer Wald); etwas später beginnend, aber länger dauernd (nämlich bis zum Verbot wegen „Verstoßes gegen das Währungsgesetz“) die Aktion der Gemeinde Wörgl (Tirol). Die Gemeinde gab „Arbeits-Bestätigungs-Scheine“ (voll gedeckt durch gesetzliche Zahlungsmittel bei der Raiffeisenkasse) als örtliche, unter Umlaufsicherung gestellte Zahlungsmittel heraus, die flott und reibungslos kursierten. Sie brachten eine fühlbare Wirtschaftsbelebung, ein Auftauen der Steuerrückstände und auf diese Weise sogar eine unerwartete Verbesserung der Gemeindefinanzen. Dieser Vorgang erregte beträchtliches Aufsehen und fand zahlreiche (zum Teil freilich fehlerhafte und daher weniger erfolgreiche) Nachahmungen in Österreich (Liesen, Schwaz, Hall, Linz und St. Pölten) und später auch weltweit (in Frankreich, Estland, Kanada, Australien und Japan). Die Gemeinde Wörgl wurde als „Insel im Krisenmeer“ von Studienkommissionen aus dem Ausland besucht; Professor Irving Fisher wurde dadurch zur Beschäftigung mit Gesells Theorie veranlaßt.

In jedem der drei genannten Lager entwickelten sich einige besonders aktive Ortsgruppen unter der Leitung tüchtiger Organisatoren und Propagandisten. Dabei ist es für das damalige, leider zum Teil auch noch für das heutige politische Leben kennzeichnend, daß alle Auseinandersetzungen nach innen wie nach außen sich fast ausschließlich im Rahmen von Männerbünden abspielten; das gilt sogar für die freiwirtschaftliche Bewegung trotz ihres programmatischen Eintretens für die rechtliche, wirtschaftliche und geistige (wie es hieß: „moralische“) Gleichberechtigung und volle Selbständigkeit der Frau. Wenn etwa auf den Bundestagen fünfzig bis sechzig Diskussionsteilnehmer über Programm und Politik stritten (die führenden Männer waren Bartels, Beckmann, Bender, Georg Blumenthal, Diehl, Haacke, Luczak, Schumann, Timm, Uhlemayer, Weißleder), so befanden sich unter ihnen vielleicht vier Frauen; ähnlich war das Verhältnis bei den Autoren von Aufsätzen und Schriften. Aber wie in der sozialistisch-kommunistischen Bewegung spielten dafür die wenigen Frauen eine überragende Rolle,

nämlich *Berta Heimberg* als engagierte und kampfeslustige Hüterin der „reinen Lehre“ und *Hanna Blumenthal* durch maßgebende Mitgestaltung der geistigen Grundlagen und programmatischen Richtlinien der Bewegung.

Wenn sich für den geschichtlichen Rückblick auf Grund des schriftlichen Quellenmaterials das laute Treiben der Organisationen im Ringen um ihre „Richtlinienkompetenz“ in den Vordergrund drängt, so sollte die stille, selbstlose und aufopfernde Tätigkeit der vielen Freiwirte an der Basis und in den Ortsgruppen nicht vergessen werden, weil sie vermutlich eine tiefergehende und nachhaltigere Wirkung für die freiwirtschaftliche Idee erzielte. Einigen besonders aktiven Ortsgruppen gelang es, die Aufmerksamkeit einer breiteren Öffentlichkeit zu wecken; sie verdanken dies der Leitung durch besonders fähige Organisatoren und erfolgreiche Redner wie *Hans Timm, Dr. Paul Heinrich Diehl, Otto Lautenbach* (Schüler von Paul H. Diehl) und anderen, die neben ungezählten kleinen Gruppen-Abenden auch einige aufsehenerregende Großversammlungen veranstalteten und sich vorübergehend dem Ziel: Auslösung einer Massenbewegung, unmittelbar nahe glaubten.

Unabhängig von jeder freiwirtschaftlichen Organisation sammelte *Werner Zimmermann* durch seine zahlreichen weltanschaulichen und freiwirtschaftlichen Schriften (zum Beispiel „Sozialismus in Freiheit“ 1919) und in weltweiten Vortragsreisen eine eigene Gruppe von Anhängern und Jüngern um die Idee einer Lebensreform, die unter dem Leitwort „Akratie“ statt „Zerstörungsanarchismus“ stand und in großem Spannungsbogen von Vegetarismus über Freiwirtschaft bis zu meditativer Versenkung reichte.

3. UNTER HITLERS HERRSCHAFT

Mit Beginn des „Dritten Reiches“ wurden freiwirtschaftliche Organisationen und Tätigkeiten verboten, führende Freiwirte mit Hausdurchsuchungen und Schriften-Beschlagnahme überwacht, verfolgt und durch das Konzentrationslager bedroht, so zum Beispiel *Dr. Paul Heinrich Diehl,* der wegen seiner Schrift „Wohin

führt uns der Nationalsozialismus?“ (1931) mit knapper Not dem Konzentrationslager und dem Tod entging.[1)]

Trotzdem hielten viele Freiwirte in der Stille die persönliche Fühlung aufrecht. Darüber hinaus schuf *Otto Lautenbach* einen überdauernden Kristallisationskern durch die Monatszeitschrift *„Schule der Freiheit“*, die in zehn Jahrgängen von 1933 bis 1943 erschien. Es erscheint erstaunlich, daß in einer für die Freiwirtschaft bedrohlichen und für viele Freiwirte lebensbedrohlichen Zeit eine Zeitschrift mit offenkundig freiwirtschaftlicher Zielsetzung zehn Jahre lang, abgesehen von einem kurzfristigen Verbot 26.7.–13.8.1935, unbehelligt erscheinen konnte. Daher ist es verständlich, aber ganz und gar unberechtigt, daß der Herausgeber, der selbst den Löwenanteil der Inhalte teils mit der offenen Signierung OL, teils mit verschiedenen Decknamen lieferte, dafür nach dem Zusammenbruch nicht nur Vorwürfe hinnehmen, sondern von persönlichen Gegnern, die seinen Weg freiwirtschaftlicher Politik heftig ablehnten, sogar Anfeindungen und Verleumdungen erdulden mußte. Die Wahrheit ist, daß die „Verbeugungen vor dem Regime“, die man ihm im Nachhinein vorwarf, erstens in sehr genauer und geschickter Berechnung gerade so tief ausfielen, wie zur Fortsetzung des Werkes unbedingt nötig war, zweitens trotz teilweiser, für die Wissenden durchsichtiger Tarnung der wahren Meinung keine zynische Unehrlichkeit darstellten, die sich nur durch den guten Zweck hätte rechtfertigen müssen. Vielmehr lag eine zusätzliche Rechtfertigung im Rest eines guten Glaubens, der im Anfangsstadium des Naziregimes immerhin verständlich war, auch wenn er dann durch die weitere geschichtliche Entwicklung schauerlich widerlegt wurde.

Der teils literarisch-kulturelle, teils wirtschaftspolitische Inhalt der „Schule der Freiheit“ steht durchgehend unter dem Motto „Freiheit“, hinter dem der Eingeweihte unschwer das freiwirtschaftliche Ideengut erkennt. Der politische Teil (Aufsätze und

1) vgl. nachfolgend Seite 31 (Fußnote 3).

„Zeitspiegel“) befaßt sich mit jeweils aktuellen politischen Fragen in der Weise, daß der für den gewöhnlichen Zeitungsleser unerkennbare wirtschaftspolitische Hintergrund mit seinen treibenden oder bestimmenden Kräften sichtbar und wenn möglich ein gangbarer Weg in Richtung auf das Fernziel „Freiheit“ im unausgesprochenen Sinn der Freiwirtschaft erkennbar wird. Das Ergebnis ist also eine unaufdringliche, für jeden Leser wirksame, aber nur für den eingeweihten Leser wahrnehmbare Unterweisung und Werbung genau in dem Sinn, wie der Name „Schule der Freiheit“ offen bekundet. Die entscheidenden Reden führender Männer der Partei und der Regierung werden in der Regel durch kommentarlose Zitate in der Rubrik „Der Angler am Redestrom“ berücksichtigt mit der stereotypen Vorbemerkung: „Wie immer an dieser Stelle drücken wir mit diesen zitierten Reden keine eigene Meinung aus. OL“ Soweit aber ein kommentierender Aufsatz zu besonderen Anlässen wie nationalen Gedenktagen, wichtigen innen- und außenpolitischen Entscheidungen unerläßlich war, zogen die „Verbeugungen gegenüber dem Regime“ meist nur die Konsequenz aus gewissen politischen Richtlinien des „Freiwirtschaftsbundes FFF“ und insbesondere des „Physiokratischen Kampfbundes“, der ja sogar eine vorübergehende staatliche Diktatur als möglichen oder gar erstrebenswerten Weg zur Einführung der Freiwirtschaft einkalkulierte.

In der Tat schien ja das Parteiprogramm manche Anknüpfungspunkte zu geben, die einem gutgläubigen Freiwirt einleuchten mochten und einem mutig-listigen Freiwirtschaftler wie Otto Lautenbach gute Tarnungsdienste leisten konnten. Das gilt vor allem für die von Gottfried Feder in das Programm eingeführten Punkte1): Befreiung aus zinspflichtiger Verschuldung (Punkt 1), Geldbeschaffung durch zinslose Staatskassenscheine (Punkt 3), Einführung einer festen Währung (Punkt 5), eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform (Punkt 17).

1) Vgl. Paul Heinrich Diehl, „Wohin führt uns der Nationalsozialismus?”, auszugsweise in „Aufstieg oder Untergang“, Abschnitt II.3 (herausgegeben von Ernst Winkler).

In den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft sprach Otto Lautenbach sogar mit erstaunlicher Offenheit seine Gedanken aus bis zum Zeitpunkt seiner Verwarnung durch ein zeitweises Verbot der Zeitschrift. Er stellte fest, daß „die machtpolitischen Voraussetzungen zur bewußten Gestaltung unserer Lebenswelt gegeben“ sind, und fragte besorgt, ob „die neuen Herren sie auch richtig anwenden werden“. (1. Jahrgang, S. 65).[1] – „Die nationale Revolution hat sich in den Kampf zur Brechung der Zinsknechtschaft begeben, um die deutsche Arbeit frei zu machen von den goldenen Ketten internationaler Bankiers“. (S. 48). – „Hier bietet Silvio Gesells Werk in Freigeldwährung das Mittel, um die Programmforderung der nationalen Revolution nach Brechung der Zinsknechtschaft zu verwirklichen.“ (S. 10). – „Das andere ist, daß sich die nationale Revolution eindeutig gegen das volksfremde römische Bodenrecht wendet, das den größten Teil des Volkes heimat- und vaterlandslos gemacht hat. Man wird hier zurückgreifen müssen auf das alte germanische Bodenrecht, das den Boden nur zum Lehen gab, und wird dieses nach modernen Erfordernissen ausbauen.“ (S. 48). – „Im Reichserbhofgesetz hat der Nationalsozialismus den ersten Schritt getan, um in diesem Sinn zu einem deutschen Sozialismus zu kommen“ (S. 337).

In Wahrheit war es nicht die legale oder durch scheinbare Legalität getarnte Annäherung an das Naziregime, sondern die illegale, mit Lebensgefahr gewagte Aktivität, die den sofortigen Neubeginn der freiwirtschaftlichen Tätigkeit nach dem Zusammenbruch ermöglichte. Neben dem von einzelnen Freiwirten aufrecht erhaltenen persönlichen Kontakt hat Lautenbachs weitschauende Initiative frühzeitig die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen. Mit Rückgriff auf die Tagung auf der Comburg August 1932, wo nach guter Vorbereitung die programmatischen, organisatorischen und pressemäßigen Grundlagen für die Freiwirtschaftsbewegung in vielen grundsätzlichen Referaten erarbeitet wurden, entwarf Otto Lautenbach unter Mitwirkung sechs weiterer Gesinnungsfreunde *(Dr. Paul Heinrich Diehl, Dr. Franz Hochstetter, Wilhelm Bäurle,*

1) Die Seiten-Angaben beziehen sich auf den Sammelband des ersten Jahrgangs.

Walter Hoch, Paul Jansohn, Karl Walker) ein Grundsatz-Programm, das Pfingsten 1943 gemeinsam unterschrieben wurde.

Ferner entwickelte er 1944 in ebenso illegaler Zusammenarbeit mit Dr. Franz Hochstetter und Karl Walker ein *„Sofort-Programm* zur wirtschaftlichen und finanziellen Überwindung der Kriegsfolgen“, das sogleich nach Kriegsende im Jahr 1947 freiwirtschaftliche Denkschriften als fundierte Antworten auf die drängenden Zeitnöte ermöglichte (vgl. III. 4.2).

In der Präambel des Pfingst-Programms 1943 stehen die für jede freiwirtschaftliche Arbeit verpflichtenden Sätze:

„Wir bauen die freie Welt von Morgen ohne Vorrechte, in der jeder einzelne Mensch, gleichgültig woher er kommt, an den Platz für Leben und Wirken gelangt, der seinen angeborenen und im Lebenskampf erworbenen Fähigkeiten und den damit vollbrachten Leistungen entspricht.

Wir schaffen ... die unerläßliche Voraussetzung für die von der äußeren Welt ungehemmte Entwicklung freier, selbstverantwortlicher Menschen, für das natürliche Wachstum einer Gemeinschaft unter ihnen, für die Gestaltung einer natürlichen Gesellschaftsordnung, die dem Leben freier Menschen und ihrer Gemeinschaft nach innen und außen dient.“ (Vgl. auch V.2.3)

III. DER NEU GEGRÜNDETE FREIWIRTSCHAFTSBUND UND DIE NEUORDNUNG DEUTSCHLANDS

Die Fortsetzung des Berichtes über die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung muß sich nun – abgesehen von einzelnen Ausblicken (so in III.2.1 und 3.1) – im wesentlichen auf den süddeutschen Raum (Freiwirtschaftsbund) beschränken, weil sie nur in dieser Beschränkung erstens dem Verfasser näher, nämlich aus eigenem aktiven Erleben bekannt ist und zweitens dem Thema, nämlich Beitrag zur „Sozialen Marktwirtschaft“ gerecht wird.

1. NEUBEGINN (FREIWIRTSCHAFTSBUND)

Nach zwölfjährigem Verbot konnten die Freiwirte in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands sich wieder zu offener Aussprache über Erfahrungen, Zielsetzung und mögliche neue Wege zusammenfinden; aber für öffentliche Tätigkeit in Wort und Schrift und für organisatorischen Zusammenschluß waren sie auf die Genehmigung der Militärregierung der jeweils zuständigen Besatzungsmacht angewiesen und hatten mit ihren Lizenz-Anträgen meist eine lange Geduldprobe zu bestehen.

Ohne Formalitäten und Aufschub erhielten die politisch Verfolgten eine solche Lizenz. Zu ihnen gehörte der aus dem Konzentrationslager befreite Verleger *Rudolf Zitzmann* (Lauf bei Nürnberg), in dessen Verlag vor 1933 verschiedene freiwirtschaftliche Schriften (zum Beispiel Diehl: „Wohin führt uns der Nationalsozialismus?“) und Zeitschriften (zum Beispiel „Die Neue Welt“) sowie die ersten drei Jahrgänge der „Schule der Freiheit“ erschienen waren. So konnte er bereits im Mai 1946 die erste Nummer der neu gegründeten Monatsschrift „*Die Gefährten*“ unter der Redaktion von Richard Batz, später Karl Walker in Zusammenarbeit mit Johanna Führer, Dr. Franz Hochstetter, Arthur Rapp und vielen anderen[1)] freiwirtschaftliches Gedankengut sowohl in weltanschaulichen Zusammenhängen wie in aktuellen politischen Bezügen darbieten und weiter entwickeln. Auch die Reihe seiner freiwirtschaftlichen Bücher setzte der Rudolf-Zitzmann-Verlag fort, insbesondere die Herausgabe zahlreicher grundlegender Werke von Karl Walker einschließlich der von ihm bearbeiteten 9. Auflage (1949) der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ von Silvio Gesell.

1) darunter für einige Monate Dr. Ernst Winkler unter dem Pseudonym Karl Jung

Der *organisatorische Wiederaufbau der Freiwirtschaftsbewegung* war dagegen durch die Zonengrenzen und die Lizenzpraxis der Besatzungsmächte in entscheidender und verhängnisvoller Weise behindert. Zuerst erkämpften sich einige besonders aktive Ortsgruppen die Genehmigung zu lokal begrenzten Zusammenschlüssen in verschiedenen organisatorischen Formen, so bereits im Herbst 1945 in Bremen der „Menschheitsbund", sodann im Dezember 1945 mehrere Ortsgruppen in Baden-Württemberg, zum Beispiel in Stuttgart als Bund (Otto Schiefer), in Eßlingen als Partei (Dr. Finckh), des weiteren in Köln die nur kurz dauernde „Deutsche Friedenspartei" (Peter Scheer, Wolfgang Reifenberger), vor allem aber in Essen die von Peter Thielen gegründete, besonders erfolgreiche „*Radikalsoziale Freiheitspartei*". Die RSF war, wie schon ihr Name vermuten läßt, eine Neuauflage des alten „Physiokratischen Kampfbundes" (vgl. II.2) in Partei-Form und erzielte in einer dichten Folge von Versammlungen sehr großen Zulauf mit Ansätzen einer werdenden Massenpartei.

Im Laufe des Jahres 1946 bildeten sich aus diesen Anfängen größere Organisationen auf Landesebene, aber grundsätzlich eingeengt auf die jeweilige Besatzungszone. Für die *USA-Zone* ergriff *Otto Lautenbach* die Initiative durch ein Rundschreiben vom 20.12.1945 an die Freunde der „Schule der Freiheit" und durch Einberufung einer Zonentagung nach Ludwigsburg am 7.4.1946, zu der 69 Delegierte aus 32 Ortsgruppen in verschiedenen Teilen der amerikanischen Zone sowie Gäste aus der französischen und der britischen Zone erschienen. Diese Tagung bestimmte zur Gründung des Freiwirtschaftsbundes einen vorbereitenden Ausschuß, bestehend (in alphabetischer Reihenfolge) aus Dr. Paul Heinrich Diehl, Walter Hoch, Paul Jansohn, Otto Lautenbach und Otto Schiefer. Sodann legte Lautenbach den Entwurf eines Bundesprogramms vor, das im wesentlichen ein Auszug aus dem Pfingstprogramm 1943 war, und den Entwurf einer Satzung, die mit Rücksicht auf die Entwicklungen in den beiden anderen Besatzungszonen so abgefaßt wurde, daß sie eine spätere Vereinigung in der Freiwirtschaftsbewegung möglichst erleichtern sollte.

Die Delegiertenversammlung nahm beide Entwürfe als vorläufige Arbeitsgrundlage an und wählte die Mitglieder des vorbereitenden Ausschusses als vorläufigen Bundesvorstand.

Am 3.7.1946 genehmigte die amerikanische Militärregierung den *Freiwirtschaftsbund* (FWB; Geschäftsstelle Ludwigsburg-Eglosheim), und zwar zunächst als Landesverband Baden-Württemberg. Der im September abgehaltene Bundestag bestätigte Programm und Satzung nach eingehender Klarstellung, warum der Weg des politischen Bundes und nicht der Partei gewählt wurde. Dafür faßte ein Referat von Dr. P.H. Diehl nochmals die Gründe zusammen (Rundbrief III/46 des FWB), die bereits Dr. Uhlemayr für die Comburger Tagung 1932 erarbeitet hatte (vgl. II.3; Rundbrief V/47). Lautenbach betonte den realpolitischen Charakter des Bundesprogramms, das unter den veränderten wirtschaftspolitischen Bedingungen von heute realisiert werden kann und sich ebenso klar von den oft utopischen Programmen der früheren Freiwirtschaftsbewegung unterscheidet wie vom Programm einer rein wissenschaftlichen Vereinigung. Die weiteren Referate erläuterten, wie die programmatischen Grundsätze in der bundespolitischen Arbeit wirksam werden sollen durch geeignete Organisationsformen (Walter Hoch) im Rahmen der Satzung (Paul Jansohn) und nach geeigneten taktischen Richtlinien (Dr. Ernst Winkler).

Sodann wählte der Bundestag einen siebengliedrigen Bundesvorstand (außer den meisten Mitgliedern des vorbereitenden Ausschusses unter anderem auch Hanna Blumenthal), den Landesverbands-Vorstand für Württemberg-Baden und die Mitglieder der sechs Kommissionen für Programm, für Satzungsfragen und Organisationsaufbau, für wirtschaftswissenschaftliche und soziologische Forschung, für Presse und Werbung, für Gewerkschafts- und Parteiarbeit, für praktische freiwirtschaftliche Arbeit. Außerdem wurde ein Bundesrat gebildet, bestehend aus den Mitgliedern der Kommissionen.

Der Bundestag gedachte aller Freunde, die in Konzentrationslagern, durch Verfolgungen und Todesurteile dem nationalsozialistischen Terror zum Opfer gefallen waren, insbesondere Frau

Langer-Berneis, Dr. Julius Wertheimer[1)], Erich Krüger, Charlotte und Peter Bender, Leo Schneider[2)] und Dr. B. Uhlemayr. Frau *Berta Heimberg*, ehemals Geschäftsführer des damaligen Freiwirtschaftsbundes und während der Nazi-Zeit als Emigrantin in London lebend, sandte „an die Kampffreunde in der amerikanischen Zone Deutschlands“ ihre „tiefbewegten Glückwünsche. Möge der Tagung der Erfolg beschieden sein, den das große Werk Gesells verdient. . . . Für mich, die Jüdin, war die Hitlerzeit furchtbar, für Euch, die Aufrechten, war sie gewiß oft nicht weniger schwer. . . . Dem Bund zum Neubeginn ein herzliches Glück-auf!“ Dr. Paul Heinrich Diehl würdigte die mutige Leistung vieler Freiwirte „während der vergangenen zwölf Jahre“ und bemerkte: „Ich selbst kann sagen, daß ich mein Leben nur einem Zufall verdanke und dem tapferen Verhalten eines Bundesfreundes, der heute in unserer Mitte weilt. Ich halte es für meine besondere Pflicht, Bundesfreund Vogler für diese mutige Tat[3)] meinen Dank auszusprechen.“

Auf dem Bundestag sprach auch *Werner Zimmermann* mit einem Bericht über seine Arbeit in Deutschland und über die Fortschritte des freiwirtschaftlichen Gedankens in der Schweiz und in den angelsächsischen Ländern.

---

1) Über seinen Tod wird erzählt: Als ein SS-Kommando in seine Wohnung zwecks Verhaftung eindrang, trat ihnen der groß gewachsene bärenstarke Mann aus seinem Arbeitszimmer, in dem er ein sofort wirkendes Gift genommen hatte, entgegen und warf den vordersten SS-Mann mit einer gewaltigen Ohrfeige zu Boden, bevor er selbst tot umsank.

2) wegen aktiver Zugehörigkeit zum Rolandbund zunächst ins Konzentrationslager eingeliefert und dann wegen „Defaitismus“ hingerichtet.

3) Er hat als Registratur- oder Polizei-Beamter zufällig einen über Dr. Paul Diehl angelegten Akt entdeckt, dessen Fazit lautete: „Diehl ist ein gefährlicher Staatsfeind und muß aufs schwerste bestraft werden.“ Diesen Akt hat er heimlich verbrannt und darnach zwecks Tarnung einen gut gespielten Wirbel bei der vergeblichen Suche nach dem vermeintlich verlegten Dokument veranstaltet, („Quod non est in actis, non est in factis“; das heißt: „Was nicht in den Akten steht, ist nicht existent“).

2. FREIWIRTSCHAFTSBEWEGUNG IN DEUTSCHLAND

Durch die zielklare und tatkräftige Initiative Otto Lautenbachs und die selbstlose Mitarbeit eines engeren Freundeskreises, aber ebenso durch die rege Aktivität einer wachsenden Zahl von Ortsgruppen erlebte der Freiwirtschaftsbund in zwei Jahren einen erstaunlichen Aufstieg. Er erweiterte seinen Bereich rasch auf ganz Baden-Württemberg und allmählich auf die ganze amerikanische Besatzungszone und straffte seine Organisation in gut gegliedertem Aufbau von Ortsgruppen, Kreisverbänden und Landesverbänden, wobei zu Baden-Württemberg in der Folge die Landesverbände Hessen, Rheinland-Pfalz und schließlich Bayern kamen. Durch eine Vielzahl gut besuchter Versammlungen, durch Flugschriften und aktuelle Veröffentlichungen, vor allem aber durch direkte Aktionen, welche die brennenden Probleme der Zeit mutig mit freiwirtschaftlichen Lösungsvorschlägen in Angriff nahmen, gewann er zunehmende Beachtung in breiter Öffentlichkeit (vgl. im folgenden III.4).

2.1 Interzonale Koordination

Aber von allem Anfang an suchte Otto Lautenbach auch Fühlung zur freiwirtschaftlichen Entwicklung in den beiden anderen Zonen mit der Hoffnung auf den Zusammenschluß zu einer freiwirtschaftlichen Bewegung Deutschlands. Die Ortsgruppen Schwenningen (Arthur Rapp) in der südfranzösischen Zone und Bad Kreuznach (Friedrich Brobeck) in der nordfranzösischen Zone bildeten die Ausgangspunkte für je eine wachsende Zahl von Ortsgruppen, die sich in diesen beiden Landesverbänden zusammen- und dem in Ludwigsburg gegründeten Freiwirtschaftsbund anschlossen. Noch rascher verlief die Entwicklung in der britischen Zone, allerdings in der abweichenden Organisationsform der Partei. Die erfolgreiche Radikalsoziale Freiheitspartei bildete durch Zusammenschluß mit allen übrigen Freiwirtschaftsgruppen der britischen Zone die *„Freiwirtschaftliche Vereinigung – Radikalsoziale Frei-*

heitspartei" (FV-RSF)[1], geleitet von einem Zentralausschuß, in dem Richard Batz und Peter Thielen die führenden Köpfe waren.

Unmittelbar nach seiner Gründung veranstaltete der Freiwirtschaftsbund *interzonale Besprechungen* in Ludwigsburg am 19.8. und am 5.12.1946, zu denen sich jeweils achtzehn bis zwanzig Gesinnungsfreunde aus den drei westlichen Besatzungszonen einfanden, unter ihnen die offiziellen Delegierten des Freiwirtschaftsbundes aus der amerikanischen und der französischen Zone, während die erschienenen Mitglieder der Freiwirtschaftlichen Vereinigung (auch aus dessen Zentralausschuß) nicht als offizielle Delegierte fungierten. Die lebhafte Aussprache erbrachte einen fruchtbaren Erfahrungs- und Meinungsaustausch. Sie vertiefte die enge Zusammenarbeit der Freunde aus der amerikanischen und der französischen Besatzungszone im gemeinsamen Freiwirtschaftsbund, bewies aber, daß ein Zusammenschluß des süddeutschen Freiwirtschaftsbundes mit der Freiwirtschaftlichen Vereinigung der britischen Zone wegen der vorerst unüberbrückbaren Gegensätze auf absehbare Zeit nicht möglich war. Stattdessen wurde auf der zweiten interzonalen Besprechung wenigstens zur Koordinierung die Gründung eines „überzonalen Ausschusses der Freiwirtschaftsbewegung Deutschlands" beschlossen; im übrigen sollte sich jede der beiden Organisationen bei Werbung, Aktionen und Ortsgruppengründungen auf ihren, durch die Zonengrenzen festgelegten Bereich beschränken.

1) gegründet im Januar 1946 in Neviges bei Wuppertal unter Leitung des Triumvirates Richard Batz, Peter Thielen und Albert Leckebusch; im Jahr 1947 wurde der verkürzte Name „Freiwirtschaftliche Vereinigung" gewählt mit Wahl des 1. Vorsitzenden Richard Batz, 2. Vorsitzenden Peter Thielen.

Tatsächlich führte die vereinbarungsgemäß von der Freiwirtschaftlichen Vereinigung veranstaltete dritte interzonale Besprechung in Köln am 23.3.1947 zur geplanten Konstituierung des überzonalen Ausschusses, aber vorbehaltlich der Ratifizierung durch den bevorstehenden Parteitag der Freiwirtschaftlichen Vereinigung. Dabei zeigte sich, daß die notdürftig überbrückte Kluft zwischen der süd- und norddeutschen Freiwirtschaftsbewegung immer wieder aufs neue aufbrach bis zur endgültigen Trennung im September 1947. Folgerichtig konstituierte der zweite Bundestag 26.-28.9.1947 den „*überzonalen Freiwirtschaftsbund*“ mit entsprechender Erweiterung des Bundesvorstandes. Ebenso erweiterte sich die Freiwirtschaftliche Vereinigung der britischen Zone über ganz Deutschland und später[1)] unter dem Namen: „*Freisoziale Union*“ (FSU).

2.2 Der Freiwirtschaftsbund in der amerikanischen und französischen Zone

War die Einheitlichkeit der Freiwirtschaftsbewegung zwischen Nord und Süd an dem Gegensatz zwischen Partei und Bund, zum Teil wohl auch an der gegensätzlichen Einstellung zur Politik Lautenbachs gescheitert, so stand im Süden der Freiwirtschaftsbund seinerseits unter einer Spannung zwischen 0st und West, das heißt zwischen amerikanischer und französischer Zone in der Frage des einzuschlagenden politischen Weges und damit wiederum an einer von Lautenbach – in diesem Fall bewußt – geschaffenen Grenzlinie. Denn der in Ludwigsburg gegründete, unverkennbar durch Lautenbachs Persönlichkeit geprägte Freiwirtschaftsbund legte das Schwergewicht des politischen Weges auf die persönliche Freiheit, auch die Freiheit des Unternehmertums mit möglichster Unabhängigkeit von staatlichem Dirigismus und sozialstaatlicher Einengung. Daher sprachen seine zielklaren direkten Aktionen besonders die neoliberalen Wirtschaftswissenschaftler

1) und zwar durch Zusammenschluß verschiedener Gruppen auf dem vierten Parteitag in Bielefeld 1950; die zunächst eingeführte Bezeichnung „Frei-sozial“ wurde später in die vereinfachte Schreibweise „Freisozial“ abgeändert.

und die wirtschaftlichen Führungskräfte an. Der in Schwenningen von Arthur Rapp gegründete Freiwirtschaftsbund wandte sich vorwiegend an die Arbeiterschaft mit psychologischer Anpassung an deren grundsätzliche Lebenseinstellung, daß sie nämlich auf Grund bitterer Erfahrungen die Freiheit fürchten[1)] und nach Existenzsicherung verlangen. Daher entwickelte *Arthur Rapp* ein abweichendes freiwirtschaftliches *Wegprogramm*, das er in zwei internen FFF-Denkschriften aus einer scharfsichtigen Analyse der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen und psychologischen Situation begründete[2)]. Er kritisierte die Erfolglosigkeit der traditionellen freiwirtschaftlichen Arbeit durch Männer vom Typus des Pädagogen und des Intellektuellen, die in aller Regel sowohl dem Proletarisierungsprozeß der Massen wie den Existenzgefährdungen der Unternehmer mangels persönlicher Erfahrungen fremd gegenüberstehen, da ihre eigene berufliche Existenz auch in Krisenzeiten voll gesichert ist. Er beklagte, daß der Weg zu den Sozialisten und der Anschluß an die Gewerkschaftsbewegung noch nicht gefunden werden konnte.

Demgemäß entwickelte er in seinen programmatischen Richtlinien folgende Thesen und Vorschläge[3)]:

1. Die Durchsetzung der freiwirtschaftlichen Ziele hängt vom Grad des kollektiven Gemeinschaftsgefühls im Freiwirtschaftlertum und davon ab, ob die Massen in der Lehre Silvio Gesells einen Rettungsanker sehen;

2. Bejahung aller bestehenden sozialpolitischen Einrichtungen, die ein Gefühl der Existenzsicherung vermitteln;

---

1) Daß dieses Problem in modifizierter Form noch heute ebenso aktuell ist, zeigt zum Beispiel Franz Mai („Gibt es einen Dritten Weg?“) in „Fragen der Freiheit“ Heft 110 vom Juli 1974

2) Die folgenden Ausführungen sind weitgehend, die „Thesen und Vorschläge“ wörtlich aus Q_4 (Seite 15) entnommen.

3) Bezüglich These 3 vergleiche vorstehende Fußnote 1; aber bei These 2, 4, 7 erheben sich angesichts gegenwärtiger Sozialisierungstendenzen erhebliche Bedenken. These 1 wendet sich indirekt gegen Lautenbachs persönlichen Führungsanspruch; dagegen bedeutet These 6 keinen Gegensatz zu Lautenbachs Politik („wirtschaftliche Neuordnung“; „Soziale Marktwirtschaft“)

3. Umstellung der Werbung von der Freiheitsbetonung auf eine krisenlose Wirtschaftsordnung;

4. keine schematische Ablehnung planwirtschaftlicher Bestrebungen mehr;

5. die bisher antisozialistische Spitze ist gegen den reaktionären Liberal-Kapitalismus zu kehren;

6. gleichzeitig muß vom Grundsatz des Laissez-faire abgerückt werden;

7. Verzicht auf die individualistische Ideologie zugunsten einer massenpsychologisch wirksamen Sprache.

Diese Argumente fanden bei den Gesinnungsfreunden in der USA-Zone nicht die Beachtung, die einige von ihnen nach Abzug gewisser Überspitzung vielleicht verdient hätten. Die weitere Entwicklung schien dem von Otto Lautenbach eingeschlagenen Weg Recht zu geben – aber das endgültige Urteil der Geschichte wurde durch das unvorhergesehene Schicksal seines jähen Todes vereitelt.

Über die vierte, nämlich die *russische Besatzungszone* bleibt nicht viel zu sagen. Es wurde rasch erkennbar, daß die Freiwirtschaftsbewegung ihre unüberschreitbare Schranke an der östlichen Zonengrenze fand, die bald zum „eisernen Vorhang'' und später zu einer militärisch abgesicherten Staatsgrenze wurde. In der russischen Zone und späteren DDR war unter einem freiheitsfeindlichen Regime natürlich keine freiwirtschaftliche Aktivität möglich. Immerhin konnten gelegentlich Vertreter inoffizieller freiwirtschaftlicher Gruppen des Ostens nach Westdeutschland kommen, zwar noch nicht zu den interzonalen Besprechungen 1946, aber beispielsweise Ostern 1947 zu einer Tagung des schon erwähnten „Menschheitsbundes“ in Bremen. Auf Vorschlag von *Dr. Will Noebe* (Berlin) bekannte sich diese Tagung ebenfalls zum Fernziel einer freiwirtschaftlichen Bewegung Deutschlands und zum Nahziel der Entsendung je eines Delegierten des Menschheitsbundes und der ostzonalen Freiwirte in den geplanten „überzonalen Ausschuß“. Aber die geschichtliche Entwicklung ging unbekümmert über Nah- und Fernziele hinweg.

3. ÜBERGEORDNETE UND ABHÄNGIGE ORGANISATIONEN

3.1 Internationale Freiwirtschaftliche Union (IFU)

Die IFU mit Sitz in Bern hatte sich 1923 ihre organisatorische Form gegeben, die Anfang 1948 in einigen Punkten modifiziert wurde. Ihre Organe sind der mindestens alle drei Jahre zusammentretende internationale freiwirtschaftliche *Kongreß,* der von diesem auf drei Jahre gewählte, aus drei bis fünf Personen bestehende Vorstand und das Sekretariat unter Leitung des vom Kongreß gewählten Sekretärs. Die Mitgliedschaft können erwerben: als*„ordentliche Mitglieder“* selbständige freiwirtschaftliche Organisationen; als „Pioniere “ Personen, die sich in ihrem Land um die Gründung einer solchen Organisation mit Unterstützung der IFU oder einer anderen freiwirtschaftlichen Organisation bemühen; als „Korrespondenten“ Personen, die sich um die Freiwirtschaft verdient gemacht haben und den unmittelbaren Kontakt mit der IFU wünschen.

a) Zweiter internationaler freiwirtschaftlicher Kongreß Pfingsten 1948 in Basel

Es erschienen Vertreter von achtzehn Ländern Europas und aus Übersee; auf Vorschlag des Präsidenten Professor Dr. h. c. Hans Bernoulli erhielten alle neunundsiebzig Kongreßteilnehmer Stimmrecht.

Nach fünf Grundsatzreferaten (Richard Batz, Professor Dr. Johann Ude, Friedrich Salzmann, Fritz Schwarz, Karl Walker) folgten die Berichte über den Stand der freiwirtschaftlichen Organisationen in den verschiedenen Ländern, nämlich:

Land	freiwirtschaftliche Organisation	Berichterstatter
Deutschland	Freiwirtschaftsbund	Otto Lautenbach
Deutschland	Radikalsoziale Freiheitspartei	Richard Krauskopf
Schweiz	Liberalsozialistische Partei	Werner Schmid
Schweiz	Freiwirtschaftliche Bewegung	Karl Mengold

Österreich	Freiwirtschaftliche Sozialisten	Newerkla
Österreich[1)]	Demokratischer Freiheitsbund	Meier
Belgien	freiwirtschaftliche Organisation	Felix Swinne
Frankreich	zwei Gruppen[2)]	Issautier

ferner die Berichte der Pioniere über den Stand der Freiwirtschaftsbewegung und etwaige freiwirtschaftliche Presseorgane in ihren Ländern: England (Berta Heimberg[3)]), Italien (Mariam Keresselidze), Kolumbien (Frau Struder), Schweden (Swen Olhede).

Nach Beratungen und Beschlußfassung über verschiedene programmatische und organisatorische Fragen wählte der Kongreß den Vorstand (Bernoulli, Schwarz, Batz) und den Sekretär (Salzmann als Nachfolger von Schwarz).

Aus den folgenden freiwirtschaftlichen internationalen Kongressen: (dritter) 1951 in Wörgl, (vierter) 1954 in Interlaken und (fünfter) 1957 in Hamburg sei zur Berichterstattung der für die Weiterentwicklung der Freiwirtschaft aufschlußreichste ausgewählt, nämlich:

b) Vierter internationaler freiwirtschaftlicher Kongreß Pfingsten 1954 in Interlaken

Es waren 10 von 11 freiwirtschaftlichen Organisationen durch 16 (statt 17) Delegierte vertreten, nämlich

aus Deutschland: Freiwirtschaftsbund (3), Freisoziale Union (4), Freiwirtschaftsbund Berlin (1), Freisoziale Union Berlin (1), Freisoziale Jugend (1) und Walkers „Neuer Bund“ Berlin (1);

aus der Schweiz: Freiwirtschaftliche Bewegung (1) und Liberalsozialistische Partei (2);

1) beide Organisationen in einer „Freiwirtschaftlichen Union“ zusammengefaßt

2) lose zusammenhängend; organisatorische Zusammenfassung ist geplant

3) als aushilfsweise Berichterstatterin anstelle des nicht erschienenen Vertreters der dortigen Gruppe

aus Österreich: Freiwirtschaftliche Union (1);
aus Schweden: Möschlin (1).

Zusammen mit dem Vorstand (Hans Bernoulli, Fritz Schwarz, Alois Dorfner) und dem Sekretär (Friedrich Salzmann) sowie dem Delegierten der neu in die Internationale Freiwirtschaftliche Union aufgenommenen „Gesellschaft für wirtschaftswissenschaftliche und soziologische Forschung," (Ernst Winkler; vergleiche im folgenden 3.2,b) ergaben sich also 21 Stimmberechtigte. Außer der genannten Gesellschaft wurde dann noch die „Liberal-soziale Hochschulgruppe" Berlin und die „Uprena" Brasilien in die Internationale Freiwirtschaftliche Union aufgenommen.

Die Berichte der meisten dieser freiwirtschaftlichen Organisationen wurden noch ergänzt durch die Berichte von F. A. Hückel über die Freiwirtschaftsgruppe in Brasilien sowie des IFU-Sekretärs Salzmann über das „Economic Research Institute" in Bombay und die, seit dem Tod von Hugo Fack leider rückläufige „Free-Economy-Association" in USA.

Außerdem gab Dr. h. c. *Werner Zimmermann* einen mit Lichtbildern unterbauten Bericht über seine „freiwirtschaftliche Weltreise" durch Israel, Pakistan, Indien, Japan und Nordamerika.

Anlaß zur Diskussion mit kontroversen Meinungen gaben folgende zwei Berichte:

Erstens über die „direkte Aktion" einer „Gesellschaft zur Schaffung von Arbeit und Wohnraum" im Benehmen mit der österreichischen „Freiwirtschaftlichen Union"; dabei wurden die psychologischen Auswirkungen und die taktische Notwendigkeit einer klaren Unterscheidung zwischen solchen *Experimenten* und der freiwirtschaftlichen Organisation erörtert.

Zweitens über das *„Sorgenkind Deutschland"*, nämlich die deutsche Zweigstelle der Internationalen Freiwirtschaftlichen Union (vertreten vom IFU-Vorstandsmitglied Richard Batz), die infolge interner Auseinandersetzungen innerhalb der Freisozialen Union nicht mehr voll funktionsfähig war und daher eine Neu-

regelung erforderte. Die zahlreichen aus der Freisozialen Union ausgetretenen oder ausgeschlossenen Mitglieder, die auch den „Kurs Lautenbach“ nicht bejahen, also auch nicht den Anschluß an den Freiwirtschaftsbund finden könnten, seien nun heimatlos geworden. Der von Dr. Bernhard Hamelbeck formulierte Antrag, die Internationale Freiwirtschaftliche Union möge zwischen diesen isolierten Freiwirten die Verbindung herstellen, mußte als unvereinbar mit den Aufgaben und den Statuten zurückgewiesen werden.

Der weitere Verlauf der Tagung brachte ein Grundsatzreferat des Sekretärs Friedrich Salzmann über die „Voraussetzung des polititschen Erfolges der Freiwirtschaftsbewegung“, sodann die Beratung und Beschlußfassung über verschiedene Anträge und die Klärung einiger aufgeworfener Fragen, zum Beispiel Richtigstellung des von Berta Heimberg[1)] erhobenen Vorwurfes, die englische Übersetzung von Gesells „Natürliche Wirtschaftsordnung“ stelle wegen gewisser Änderungen gegenüber der von Silvio Gesell selbst redigierten dritten Auflage eine Fälschung dar.

Der Kongreß endete mit der Wahl des neuen, nun fünfköpfigen Vorstandes (Fritz Schwarz, Alois Dorfner, Voß, Friedrich Salzmann, Dr. Ernst Winkler), des Präsidenten (Fritz Schwarz als Nachfolger von Professor Hans Bernoulli, der zum Ehrenpräsidenten gewählt wurde) und des Sekretärs Dr. Staehelin als Nachfolger von Friedrich Salzmann).

3.2 Vom Freiwirtschaftsbund gegründete Organisationen

a) Kuratorium der Schule der Freiheit e. V., gegründet Februar 1948

Zweck war die Schaffung einer Begegnungsstätte für Tagungen, Schulungswochen, kulturelle Veranstaltungen, grundsätzliche Dis-

1) seit den Anfängen der Freiwirtschaftsbewegung als besonders engagierte Hüterin der „reinen Lehre“ bekannt; vergleiche 11.2.

kussionen über die entscheidenden Fragen aus allen Lebensgebieten. Sie sollte allen Organisationen und Verbänden offen stehen, die sich gegen Zwang und Tyrannei, für persönliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit einsetzen. Die Leitung bestand aus dem Präsidenten Otto Lautenbach und einem Senat mit sieben Mitgliedern (fünf Bundesfreunde, ein Gesinnungsfreund und Professor Dr. Franz Morche, Hamburg) in weitgehender Personalunion mit dem Freiwirtschaftsbund; außerdem wurde ein Stifterkreis und ein Fördererkreis der Schule der Freiheit gebildet. Vorerst und behelfsweise stand eine noch bescheidene, aber entwicklungsfähige Heimstatt im Hotel Adler, Heidelberg-Ziegelhausen (in schöner Lage am Neckar gelegen) zur Verfügung bis zum Erwerb eines geeigneten Objektes, über das Verhandlungen geführt wurden. Leider zerschlugen sich diese aus technischen und finanziellen Gründen, so daß das gut geplante Unternehmen in seinen bescheidenen Anfängen stecken blieb.

b) Gesellschaft für wirtschaftswissenschaftliche und soziologische Forschung

Die vom Bundestag 1946 geschaffene „Kommission für wirtschaftswissenschaftliche und soziologische Forschung“ wurde im November 1950 zu einer „Gesellschaft“ gleichen Namens ausgebaut. Der Vorstand setzte sich aus drei Bundesfreunden (Dr. Paul Diehl, Professor Dr. Olga von Plotho, Dr. Ernst Winkler) und drei Gesinnungsfreunden (Professor Dr. Hans Bernoulli, Hans Brobeck, Karl Walker) zusammen. Über die Arbeitstagungen der Gesellschaft erschienen folgende Berichte:

Bericht 1. „Das Begehren zur Sicherung der Deutschen Mark im Lichte wissenschaftlicher Kritik“; Protokoll der Diskussion am 16.11.1950 in Heidelberg-Ziegelhausen (vergleiche 111.4.4,a).

Bericht 2. Ernst Winkler, „John Maynard Keynes und Silvio Gesell“, Vortrag am 10.2.1951 im Internationalen Presseklub Heidelberg.

Bericht 3. „Kaufkraftsicherung von Löhnen, Ersparnissen, Kapitalbildung und Währung“; Protokoll der Arbeitstagung am 5./6.6.1952 in Heidelberg.

Außerdem war die Herausgabe einer Buchreihe in Vorbereitung, von der die folgenden drei Bände erschienen:

Band 1. Ernst Winkler, „Theorie der Natürlichen Wirtschaftsordnung“,

Band 2. Karl Walker, „Das Buchgeld“

Band 6. Karl Walker, „Zur Technik der Umlaufsicherung des Geldes “.

4. POLITISCHE AKTIONEN FÜR DIE NEUORDNUNG DEUTSCHLANDS

4.1 Werbung in Wort und Schrift

In fünf konzentrischen Kreisen wirkten die regelmäßig erscheinenden Schriften des Freiwirtschaftsbundes zur Festigung der geschaffenen Bindungen nach innen und zur Schaffung neuer Beziehungen nach außen:

Die *„Verbindungsbriefe“* pflegten mit Empfehlungen und Ratschlägen von oben, mit Erfahrungsberichten und Anregungen von unten den notwendigen Informationsaustausch zwischen Bundesvorstand und Bundesgeschäftsstelle einerseits, den Ortsgruppen, Kreisverbänden und Initiativgruppen andererseits. Die *„Rundbriefe“* bildeten das interne Mitteilungsblatt für alle Mitglieder des Bundes. Die 1949 herausgegebene Zeitung *„Freiwirtschaftliche Post“* schuf und festigte den Kontakt mit einem weiter gestreuten Leserkreis.

Eine Serie von *Flugschriften* erregte öffentliche Aufmerksamkeit und warb neue Interessenten; sie behandelte folgende grundsätzliche Themen:

Nummer 1. Der Jugend eine freie Zukunft;
Nummer 2. Bodenreform – aber gründlich;
Nummer 3. und 4. Währungs- und Finanzordnung;
Nummer 5. Währungsordnung – aber richtig;
Nummer 6. Planwirtschaft – die Sklaverei des zwanzigsten Jahrhunderts

Das Flugblatt Nummer 1 war bei einer Auflage von dreißigtausend Stück so rasch vergriffen, daß sogleich noch eine zweite Auflage in derselben Höhe nötig wurde.

Die größte Reichweite an öffentlicher Wirksamkeit, wenn auch nur in einem beschränkten, aber wissenschaftlich und wirtschaftlich kompetenten Leserkreis, erzielte die Halbmonatsschrift *„Blätter der Freiheit“*, die in sechs Jahrgängen 1949 – 1954 erschien, vom vierten Jahrgang ab in solide gebundenen Heften. In Zusammenarbeit mit zahlreichen Gesinnungsfreunden aus Deutschland und der Schweiz (Hans Bernoulli, Wolfgang Frickhöffer, Johannes Schumann, Fritz Schwarz, Heinz-Hartmut Vogel, Ernst Winkler) und mit wiederholten Beiträgen namhafter Wirtschaftswissenschaftler (Franz Böhm, Ludwig Erhard, Fritz Hellwig, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow) behandelte sie grundlegende Fragen der Wirtschaftstheorie und aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik und erwarb sich damit zunehmende Beachtung. Die Zusammenarbeit zwischen Otto Lautenbach und Ludwig Erhard (dem späteren Wirtschaftsminister und dann Bundeskanzler) wurde vertieft durch die gemeinsame Herausgabe der Zeitschrift: „Währung und Wirtschaft“.

Für das Schrifttum des Freiwirtschaftsbundes stellte zunächst Bundesfreund *Kurt Sellin* (Heidelberg) in selbstloser Weise die Lizenz seines bereits im Dezember 1946 gegründeten *Freiheitsverlages* zur Verfügung, in dem auch freiwirtschaftliche Bücher erschienen, zum Beispiel im März 1947: Irving Fisher, „Feste Währung, Illusion und Wirklichkeit“; im Mai 1949: Paul Diehl, „Deutschland ist tot – es lebe Deutschland“. Ab Juli 1949 konnte der von Otto Lautenbach gegründete *Vita-Verlag* (Heidelberg-Ziegelhausen) das Schrifttum des Freiwirtschaftsbundes sowie der „Gesellschaft für wirtschaftswissenschaftliche und soziologische Forschung“ (vergleiche 3.2,b) übernehmen.

Neben die Dauerwirkung der Werbung durch Schriften trat der weiter gestreute Augenblickserfolg der Werbung durch das Wort. Die meisten Ortsgruppen bestritten regelmäßige wöchentliche Mitgliederversammlungen mit Gästen und gelegentliche öffentliche

Versammlungen teils mit eigenen, teils mit auswärtigen freiwirtschaftlichen Rednern. Im Zug der direkten Aktionen (vgl. im folgenden 4.3 und 4.4) unternahmen im Auftrag des Bundes Otto Lautenbach, Ernst Winkler, Walter Großmann, Wilhelm Merks, Paul Heinrich Diehl, Gustav Recke und andere (geordnet nach der Anzahl der Vorträge) ausgedehnte Vortragsreisen, von denen (in Ermangelung einer Gesamtübersicht) nur als Beispiel zur Beurteilung der Größenordung die fünf Vortragsreisen von Ernst Winkler in der Zeit von September 1947 bis August 1948 erwähnt seien; sie führten durch Württemberg, Rheinland, Hessen, Franken und die britische Zone mit insgesamt vierzig Vorträgen über acht Themen (zum Beispiel: Währungsbereinigung, das Gebot der Stunde – Entscheidung für Deutschland – Was will der Freiwirtschaftsbund? – Neuordnung und Erneuerung – Lastenausgleich in aufbauender Wirtschaftspolitik). Außer diesen zahlreichen kleineren Versammlungen mit Besucherzahlen zwischen 50 und 300 (meist 100 bis 150) fanden bei besonderen Anlässen, besonders im Zusammenhang mit Bundestagungen, auch größere öffentliche Kundgebungen statt, zum Beispiel anläßlich des ersten Bundestages am Sonntag 29.9.1946 Vormittag im Schauspielhaus Stuttgart über das Thema: „Unserer Jugend eine freie Zukunft“ (Redner Paul Heinrich Diehl und Otto Lautenbach), musikalisch umrahmt durch die Ouvertüre zu Fidelio von Beethoven – oder anläßlich der darauf folgenden Bundesratstagung am Pfingstsonntag 25.5.1947 im Königssaal des Heidelberger Schlosses über das Thema: „Wende der deutschen Not“ (mit denselben beiden Rednern), musikalisch umrahmt von Egmont-Ouvertüre und Fünfte Symphonie von Beethoven.

Außerdem hielten einige Bundesfreunde Einzelvorträge und Semesterkurse an Volkshochschulen (insbesondere Otto Lautenbach und Ernst Winkler an den Volkshochschulen in Stuttgart und München) sowie zahlreiche Gelegenheitsvorträge bei Berufsverbänden, wirtschaftspolitischen Vereinigungen und Literarischen Gesellschaften.

4.2 Eingaben und Denkschriften

Das schon erwähnte „Sofortprogramm zur wirtschaftlichen und finanziellen Überwindung der Kriegsfolgen“ aus dem Jahr 1944 (vgl. auch 11.3) erwies nun in der fast ausweglosen Notlage nach der Katastrophe seine Aktualität. Der Freiwirtschaftsbund war die erste und fast einzige Instanz, die sofort mit konkreten und wohldurchdachten Vorschlägen an die Öffentlichkeit trat.

a) Eingabe zur Verfassung am 5.8.1946

Die erste Aktion des neugegründeten Freiwirtschaftsbundes war eine Eingabe an die Regierungen und verfassungsgebenden Versammlungen der drei Länder der amerikanischen Besatzungszone. Sie wurde in Form eines persönlichen Briefes allen Ministerpräsidenten und Ministern von Württemberg-Baden, Großhessen und Bayern sowie allen Präsidenten und Abgeordneten der drei verfassungsgebenden Landesversammlungen zugestellt, außerdem zur Kenntnisnahme den Finanzbehörden, Parteien und Industrie- und Handelskammern. Ihr Inhalt war die Forderung auf Einbau der *Währungsregelung* in die Verfassung mit Text-Vorschlag und Begründung. Die zahlreich eingegangenen Antworten, insbesondere von den Finanzministerien der Länder und den Vorsitzenden der Verfassungsausschüsse bekundeten zum überwiegenden Teil Zustimmung, die teils in kühler Sachlichkeit, teils in warmer Sympathie ausgesprochen wurde. Aber nur etwa die Hälfte von ihnen erklärte die Bereitschaft zu tatkräftiger Unterstützung, während die andere Hälfte in müder Resignation darauf verwies, daß die Militärregierungen sich ja doch diese Verfassungsfrage selbst vorbehalten hätten und daß es für einen solchen Vorschlag zur Verfassung auch schon zu spät sei.

b) bis d) Denkschriften

Eine wesentlich stärkere Wirkung erzielte der Freiwirtschaftsbund mit seinen drei Denkschriften vom Januar 1947, August 1947 und Oktober 1948. Sie wurden allen für die wirtschaftspolitische Neuordnung in Deutschland zuständigen Stellen zugesandt, nämlich dem alliierten Kontrollrat (entfiel für die letzte dieser Denkschriften); den Militärgouverneuren der vier Besatzungszonen; den Regierungen und Abgeordneten aller Länder; den führenden Finanzinstituten, soweit sie bereits konstituiert waren (nämlich den Stadt- und Kreissparkassen und Finanzämtern im Januar 1947, den Landeszentralbanken im August 1947, der Bank deutscher Länder und der alliierten Bankenkommission im Oktober 1948); ferner den Industrie- und Handelskammern, den Gewerkschaften und Parteien sowie einer großen Zahl führender Frauen und Männer des öffentlichen Lebens.

Diese Denkschriften berücksichtigten in der Analyse der augenblicklichen Situation die größeren wirtschaftswissenschaftlichen und -politischen Zusammenhänge; die vorgeschlagenen Maßnahmen waren somit nicht nur auf die punktuelle Lösung der drängenden Probleme (Wiederaufbau, Währungsbereinigung, Lastenausgleich, Wohnungsnot usw.) gerichtet, sondern auf grundsätzliche Reformen zwecks Herstellung einer im Vergleich zu Vorkriegszeiten stabileren und gerechteren funktionsfähigen Wirtschaftsordnung. Daher fanden sie bei fast allen angeschriebenen Stellen größte Beachtung und ein meist positives Echo und lieferten die aktuellen Themen für mehrere hundert über das ganze westliche Deutschland gestreute Versammlungen und Reden, die stets ein zahlreiches und sehr interessiertes, weil unmittelbar betroffenes Publikum fanden. Fast alle Zeitungen berichteten über die rege Aktivität, einige große Tageszeitungen in längeren, meist positiv gehaltenen Artikeln. Die Auswirkung zeigte sich

unter anderem in laufenden weiteren Bestellungen von Denkschriften und in einer Fülle von Zuschriften, die mit den sehr bescheidenen personellen Kräften des Bundes leider nicht bewältigt werden konnte.

Damit erreichte der Freiwirtschaftsbund zugleich eine sehr breite und nachhaltige Werbewirkung. Vor allem aber legitimierte er sich als ernst zu nehmender Verhandlungspartner gegenüber maßgebenden Organisationen und Institutionen; dieser Respekt beruhte einerseits auf der wissenschaftlich und realpolitisch seriösen Argumentation der Denkschriften, andererseits auf dem Anschein eines beträchtlichen öffentlichen oder gar machtpolitischen Gewichtes des Freiwirtschaftsbundes, da die starke öffentliche Resonanz und die großen, anhaltenden Besucherzahlen der zahlreichen Versammlungen beinahe den Eindruck einer beginnenden Massenbewegung erweckten und über die tatsächliche, vergleichsweise bescheidene Mitgliederzahl hinwegtäuschten.

Nachfolgend soll jede dieser drei wichtigsten Denkschriften (mit Verzicht auf weniger wirksame Denkschriften, zum Beispiel über den Marshall-Plan[1)]) durch eine gedrängte Inhaltsübersicht charakterisiert werden.

1) Anfang 1948 an Präsident Truman und Außenminister Marshall sowie an die sechzehn am Marshall-Plan beteiligten Staaten in deutscher und englischer Sprache eingereicht.

b) „Die Warenmark als Brücke zur Währungsordnung“, 21.1.1947

Der Titel ist eine taktisch motivierte Umschreibung für eine zunächst und notgedrungen noch primitive Einführung der Indexwährung. Die Denkschrift schildert zunächst (I) die „Sachverhalte in der deutschen Wirtschaft“ (Sachkapitalmangel, unzureichende Rohstoff- und Halbzeug-Vorräte, aber demgegenüber Geldfülle und aufgeblähter Geldumlauf), leitet hieraus (II) die „Folgen und Folgerungen“ ab, definiert sodann (III) „die Warenmark“ als eine Währungseinheit in fester Relation zum Preis eines ausgewählten Warenkorbes und beschreibt schließlich (IV) die positiven „Wirkungen“ auf Ersparnisbildung, Wegfall der Warenhortung, Arbeitswille, Währungsstabilität und Wirtschaftskreislauf.

c) „Wirtschaftliche Neuordnung“ August 1947

Nach einer orientierenden „Vorbemerkung“ (A) schildert die Denkschrift (B) „die entscheidenden Sachverhalte der deutschen Wirtschaft“ in einer gegenüber der vorgenannten Denkschrift (Punkt I) vertieften Analyse, entwickelt sodann (C) die vorgeschlagenen „Maßnahmen“ (I. Währungsbereinigung, II. Finanzordnung, III. Angriff auf die Wohnungsnot, IV. Bodenverwaltung, V. Außenwirtschaft) und beschäftigt sich abschließend (D) mit den „Wirkungen“ sowie (E) mit der „Durchführung“ der dargelegten Maßnahmen, die faktisch nichts anderes bedeuten als die Anwendung des freiwirtschaftlichen Zielprogramms auf die aktuelle Situation, vor allem auf die drängende Frage der Währungsbereinigung im Zusammenhang mit Lastenausgleich und ähnlichen sozialen Problemen.

Diese Denkschrift wurde von der deutschen Regierung dem Alliierten Kontrollrat zusammen mit zwei weiteren deutschen Vorschlägen zur Währungsbereinigung vorgelegt, aber sie alle wurden zugunsten des alliierten Währungsplanes und zu Ungunsten einer echten Neuordnung zurückgewiesen.

d) „Die neue soziale Ordnung“ Oktober 1948

Die Vorbemerkung (A) beruft sich auf den Auftrag der Alliierten: „Mit der Einführung der D-Mark am 20. Juni 1948 und mit den sie begleitenden Gesetzen ist gleichzeitig den deutschen Stellen der Auftrag erteilt worden, bis Ende des Jahres 1948 die erforderlichen Gesetze zur sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung Deutschlands zu erlassen.“ Dabei erwähnt die Vorbemerkung, daß die in dieser Denkschrift dargelegten Vorschläge aus dem unter dem Naziregime illegal erarbeiteten „Sofortprogramm“ von 1944 (vgl. II.3) entwickelt wurden. Der Abschnitt (B) „Aktive Währungs- und Wirtschaftspolitik“ behandelt (I) zum Problem „Währungsreform“ die „Irrtümer und Mängel bei der Geldumstellung“ vom 20.6.1948, ihre teilweise mögliche Neutralisierung durch eine richtige „Währungspolitik“ und die Forderung einer „gesetzlichen Währungssicherung“. Im nächsten Abschnitt (B,II) entwickelt die Denkschrift die für eine „freie Wettbewerbsordnung“ entscheidenden Grundsätze und greift sodann in Abschnitt (C) das heiße Eisen des noch immer ausstehenden „gerechten Lastenausgleichs“ mit gründlich durchdachten Vorschlägen an, die zugleich der Funktionsfähigkeit der Wirtschaft Rechnung tragen. Schließlich folgen zur Vervollständigung und Sicherung der neuen sozialen Ordnung noch Vorschläge zu den vier weiteren Aufgabenbereichen (D) „Finanzreform mit radikalem Steuerabbau“, (E) „Überwindung der Wohnungsnot“, (F) „Einleitung einer Bodenrechtsreform“ und (G) „Freihandel“.

Im Jahr 1948 wurden die Weichen für die wirtschaftliche und politische Weiterentwicklung in Deutschland und weitgehend auch in der übrigen Welt gestellt. Daher konnte der Freiwirtschaftsbund mit dieser Denkschrift und auch mit weiteren ähnlichen Aktionen (zum Beispiel mit der Denkschrift: „Marshallplan und Indexwährung“) keinen relevanten Einfluß mehr gewinnen und fand deshalb auch nicht mehr die frühere starke Beachtung in der Öffentlichkeit.

4.3 Weitere Initiativen

Die politische Aktivität des Freiwirtschaftsbundes verlief in Anpassung an die Phasen im Wiederaufbau Deutschlands, nämlich in den Jahren 1946 bis 1948: Beseitigung der Trümmer einer zerbrochenen Ordnung und Überwindung der unmittelbaren Folgen dieses Zusammenbruches, ab Ende 1948: Aufbau einer neuen und besseren Wirtschafts- und Sozialordnung. Die Entwicklung des Freiwirtschaftsbundes war im Laufe dieser ersten Jahre 1946 bis 1948 durch Festigung der organisatorischen Stuktur, Klärung der geistigen Grundlagen und Erarbeitung des politischen Wegprogramms soweit abgeschlossen, daß die Bundestage kaum noch mit solchen internen Problemen der eigenen Gestaltung belastet waren und die frei gewordenen Kräfte sich in erhöhtem Maß nach außen zur Mitwirkung an der Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unseres Landes wenden konnten.

a) Manifest der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit (15. Oktober 1948, gedruckt September 1949)

Dieses von Otto Lautenbach verfaßte Manifest wurde hundert Jahre nach dem kommunistischen Manifest am 15. Oktober 1948 auf einer Kundgebung in der Universität Heidelberg im Rahmen des Bundestags des Freiwirtschaftsbundes verkündet. Es sollte zur Entscheidung aufrufen „für den lebendigen Menschen und seine persönliche Freiheit, gegen den lebensfeindlichen Kollektivismus und seinen Terror“.

Deshalb geht das Manifest vom Menschen aus, insbesondere von seinem wesenhaften Bezug zu Boden und Arbeitsteilung und von dessen Verfälschung in der historischen Entwicklung bis zur Gegenwart. Diese Feststellungen werden vertieft und konkretisiert durch einen groß angelegten Überblick über die geschichtliche Entwicklung in Deutschland, England, Amerika und einigen weiteren westlichen Ländern einerseits, in der Sowjet-Union andererseits, auf dem Hintergrund der bewegenden wirtschaftlichen Kräfte und ihrer gesellschaftspolitischen Auswirkungen. Zwischen dem Mißbrauch kommunistischer Überzeugung und der Entartung

des zu Ende gehenden Liberalkapitalismus stellt sich uns gebieterisch die Aufgabe einer neuen sozialen Ordnung. Die aufgezeigten freiwirtschaftlichen Grundsätze für ihre realpolitische Verwirklichung schaffen die Voraussetzungen für die „Welt von Morgen".

b) Grundlegung der „Sozialen Markwirtschaft"

Die folgenden Bundestage entwickelten sich immer mehr zu einem öffentlich anerkannten Forum der Erarbeitung und Darstellung wissenschaftlich fundierter und politisch realisierbarer Grundsätze für die werdende wirtschaftlich-gesellschaftliche Ordnung, die vor allem von der neoliberalen Wirtschaftswissenschaft konzipiert und vom späteren Wirtschaftsminister und Bundeskanzler *Professor Dr. Ludwig Erhard* unter dem Namen *„Soziale Marktwirtschaft"* zum Programm erhoben wurde. Das gestiegene Ansehen des Freiwirtschaftsbundes und insbesondere die von Otto Lautenbach persönlich angeknüpften Beziehungen ermöglichten eine zunehmende Kooperation zwischen Freiwirtschaft und Neoliberalismus im Sinn des Gebens und Nehmens: Die Freiwirtschaft erhielt von ihrem Partner verbesserte wissenschaftliche Fundierung und erhöhtes öffentliches Ansehen, sie lieferte ihm dafür – mehr unbemerkt und uneingestanden – entscheidende Impulse und Ideen mit dem Erfolg einer langsam, aber sicher einsetzenden Wandlung.

Diese Kooperation dokumentierte sich für die Öffentlichkeit auf verschiedenen Tagungen, insbesondere auf den beiden Bundestagen 1951 und 1952, die jeweils ein bestimmtes, zukunftweisendes Gesamt-Thema in den Vorträgen und Diskussionsbeiträgen der Freiwirtschaftler (insbesondere Otto Lautenbach, Wolfgang Frickhöffer, Werner Schmid, Ernst Winkler) und ihrer prominenten Gäste (Professor Alexander Rüstow, Professor Dr. jur. Franz Böhm, Dr. Fritz Hellwig, Professor Dr. jur. Georg Strickrodt) behandelten. Die veröffentlichten Tagungsprotokolle unter dem Titel: *„Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft"* 1951, *„Das Programm der Freiheit"* 1952 und die erläuternden, unter

das gleiche Motto gestellten Flugschriften hatten das doppelte Ziel, zur wirtschaftspolitischen Initiative aufzurufen und die Kraft des Freiwirtschaftsbundes als Träger dieser Initiative zu stärken.

4.4 Diskussionen und Verhandlungen

Eine Reihe von Diskussionen und Verhandlungen mit wirtschaftswissenschaftlich kompetenten Gremien und entscheidungsbefugten Instanzen bestätigte, daß der Freiwirtschaftsbund durch Umfang und Art seiner Aktivitäten und Dokumentationen als Diskussions- und Verhandlungspartner ernst genommen wurde. Nachfolgend seien zwei besonders wichtige und charakteristische Beispiele kurz dargestellt.

a) Diskussion über das „Begehren zur Sicherung der Deutschen Mark“ am 16.11.1950 in der Stiftsmühle zu Heidelberg; Bericht Nr. 1 der „Gesellschaft für wirtschaftswissenschaftliche und soziologische Forschung“ (vgl. 3.2,b); Protokoll nach Tonbandaufnahme.

Veranstalter: die genannte Gesellschaft, die vom Freiwirtschaftsbund gegründet und mit ihm durch Personalunion eng verbunden war;

Leiter: Erich Preiser, Professor an der Universität Heidelberg;

Einleitendes Referat: Otto Lautenbach;

Diskussionsteilnehmer neben sechs Mitgliedern des Freiwirtschaftsbundes: Prof. Dr. Rolf Fricke, Technische Hochschule Karlsruhe; Dr. Brandt, Wirtschaftshochschule Mannheim; Hochschul-Assistenten und -Dozenten Dr. Wilhelm Krelle und Wolfgang Stützel; Dr. Feldmann, Bundesfinanzministerium Bonn; Dr. Volkmar Muthesius, Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen und weitere sechs sachverständige Gäste.

Die Diskussion zeigte, wie viel Boden die freiwirtschaftliche Wirtschaftslehre bereits in Kreisen der offiziellen Wissenschaft gewonnen hatte. Während Silvio Gesell seiner Zeit wegen seiner Ablehnung der Goldwährung noch von der Fachwelt verlacht wurde, gab es in dieser Diskussionsrunde keinen ernsthaften Einwand mehr gegen die Forderung der Geldmengenregulierung im Sinn

der Indexwährung, allerdings noch kontroverse Meinungen zum Problem der Umlaufsicherung. Nach gründlicher Diskussion anerkannte zwar die Mehrheit der eingeladenen prominenten Gäste die Zweckmäßigkeit und Wünschbarkeit dieser währungspolitischen Maßnahme, bezweifelte aber noch ihre reibungslose technische Durchführbarkeit und ihre positiven Auswirkungen auf die gesamte Wirtschafts- und Sozialordnung, wenigstens in dem von der Freiwirtschaftslehre behaupteten Ausmaß.

b) Besprechungen mit dem Direktorium der Bank Deutscher Länder am 1.11.1952 (9.45–11.55 Uhr) und am 8.12.1952 (11.15–15.00 Uhr).

Die erste Besprechung verlief zwischen den beiden paritätisch vertretenen Parteien, nämlich vier Freiwirtschaftlern (Otto Lautenbach, Walter Großmann, Walter Hoch, Dr. Ernst Winkler) und vier Vertretern der „Bank Deutscher Länder“ (Dr. Wolf und Dr. Benning vom Direktorium der BdL samt Dr. Gleske als Referent von Dr. Wolf, ferner Dr. W. Schmidt vom Zentralbankrat). Sie befaßte sich zunächst grundsätzlich mit dem freiwirtschaftlichen Vorschlag zur Stabilisierung der Währung mittels Indexwährung und Umlaufsicherung des Geldes. In der zweiten Besprechung wurde die Vertretung der Bank Deutscher Länder (bei Austausch von Dr. Benning gegen Dr. Andrae) noch durch die Teilnahme von Dr. Otmar Emminger verstärkt und das Thema auf eine genauere Prüfung der vorgeschlagenen technischen Mittel eingeengt.

Das Ergebnis eines harten und zähen Ringens formulierten Lautenbach (FWB) und Dr. Wolf (BdL) gemeinsam in folgenden sechs Punkten:

1. Die Bank deutscher Länder anerkennt zwar nicht die vom Freiwirtschaftsbund behauptete Einzigartigkeit und absolut zuverlässige Wirksamkeit rein monetärer Mittel der Wirtschaftsführung, wohl aber deren zentrale und ausschlaggebende Bedeutung, und empfindet die diesbezügliche Wirksamkeit des Freiwirtschaftsbundes als Hilfe für ihre eigene Zielsetzung.

2. Die Bank deutscher Länder stimmt nicht nur theoretisch, sondern in ihrer tatsächlich verfolgten praktischen Politik mit der Forderung des Freiwirtschaftsbundes nach Stabilisierung der Kaufkraft überein, für deren Beurteilung sie neben anderen Mitteln insbesondere auch die verschiedenen, regelmäßig zu berechnenden Indexzahlen anerkennt. Doch kann sie dieses Ziel nur im Rahmen ihrer Möglichkeiten verfolgen und nur soweit, als es nicht in Widerspruch zu übergeordneten wirtschaftspolitischen Zielen (zum Beispiel der Vollbeschäftigung) gerät.

3. Die Bank deutscher Länder anerkennt, daß zur Sicherung dieses währungspolitischen Zieles neben der Regulierung der Geldmenge auch die Beherrschung der Umlaufgeschwindigkeit eine entscheidende Bedeutung besitzt.

4. Doch glaubt sie, daß die Einführung der vom Freiwirtschaftsbund vorgeschlagenen technischen Mittel auf die größten politischen und rechtlichen Schwierigkeiten stoßen würde, wobei es sich nicht nur, wie die Vertreter des Freiwirtschaftsbundes sagen, um Gesetzesänderungen, sondern um Verfassungsänderungen handeln würde.

5. Vor allem aber bezweifelt die Bank deutscher Länder entschieden die praktische technische Durchführbarkeit und wirtschaftspolitische Wirksamkeit dieser vom Freiwirtschaftsbund vorgesehenen Mittel. Sie hält demgegenüber ihre eigenen, mit Erfolg angewandten Mittel für wirkungsvoller, wenn auch nicht für absolut zuverlässig.

6. Demgegenüber behaupten die Vertreter des Freiwirtschaftsbundes, daß die von ihnen vorgeschlagenen Mittel der Regulierung der Geldmenge und der Sicherung der Umlaufgeschwindigkeit nicht nur technisch durchführbar, sondern auch wirtschaftspolitisch in zuverlässiger Weise wirksam seien, um durch Sicherung der Kaufkraftstabilität des Geldes das wirtschaftliche Gleichgewicht zu wahren und die Wirtschaftsentwicklung bis zu jenem optimalen Gleichgewicht auf Vollbeschäftigungsniveau zu ermöglichen, welches die in Punkt 2 genannte Diskrepanz der Zielsetzung überwindet.

Dabei halten die von der Bank Deutscher Länder vorgebrachten kritischen Einwände einer sorgfältigen Prüfung nicht stand und haben durch die Erfahrungen der nachfolgenden Jahre auch in den Augen der Öffentlichkeit sehr an Überzeugungskraft verloren.

Zu Punkt 1 und 5 ist zu bemerken, daß der Freiwirtschaftsbund keinesfalls „rein monetäre Mittel“ im üblichen Sinn des Monetarismus empfiehlt, also situationsbedingte Eingriffe zwecks wesentlicher Korrekturen oder gar Umkehrung der jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklungs-Trends. Man kann wahrhaftig auch nicht sagen, daß die eigenen Mittel von der Bank Deutscher Länder und später von der Bundesnotenbank etwa „mit Erfolg angewandt“ worden seien, da sie erstens regelmäßig zu spät wirksam wurden und das Gegenteil des dann Notwendigen, also insgesamt ein unaufhörliches schädliches Schwanken der Wirtschaftsabläufe bewirkten und da zweitens die unzulässige Verquickung der Zins- und Kredit-Politik mit der Geldmengenregulierung den Kapitalmarkt und damit auch Investition und Produktion in einer Weise manipulierte, die fast immer den wahren wirtschaftlichen Bedürfnissen zuwider lief. Stattdessen erstrebt die freiwirtschaftliche Konzeption eine stetige Entwicklung der Wirtschaft nach ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten und Bedürfnissen, die nicht durch eine hektische und falsche Geldpolitik in Form von „monetären Maßnahmen“ gestört werden darf, sondern durch eine der Kaufkraftstabilität verpflichtete stetige Feinregulierung des Geldumlaufes ermöglicht (nicht etwa manipuliert) werden soll.

Zu Punkt 2 muß der beschränkte Spielraum der derzeitigen Währungspolitik zugegeben werden. Die Gründe liegen erstens im unvollständigen Instrumentarium der Geldmengenregulierung ohne Einfluß auf die Umlaufgeschwindigkeit, vor allem aber zweitens in der Verpflichtung auf „übergeordnete politische Ziele“, das heißt, daß die Währungsverwaltung „im Rahmen ihrer Möglichkeiten“ die Politik der Regierung zu unterstützen hat – auch im Fall eines teilweisen Widerspruches zu ihrer eigentlich einzigen Aufgabe der Währungssicherung.

Schließlich ist in Punkt 4 die Berufung auf „die größten politischen und rechtlichen Schwierigkeiten“ nur eine lahme Ausflucht; auch die Verfassungsmäßigkeit des vom Freiwirtschaftsbund vorgeschlagenen, für eine vollkommene Währungssicherung unentbehrlichen Instrumentariums könnte notfalls vor dem Verfassungsgericht mit überzeugenden Gründen bewiesen werden.

IV. RINGEN UM DIE VOLLENDUNG DER „SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT“

Nach dem totalen Zusammenbruch war das deutsche Volk bereit und willens nicht nur zum Neuaufbau der Ordnung, sondern zum Aufbau einer grundsätzlich neuen Ordnung aus der Einsicht oder zumindest dem unbestimmten Gefühl, daß die alte Ordnung schon vor dem Regime des Nationalsozialismus entscheidende Strukturfehler hatte. Hieraus erklärt sich die außerordentlich starke Resonanz auf die freiwirtschaftlichen Appelle und Vorschläge für „Neuordnung“ und „Neue Ordnung“.

Aber das deutsche Volk war vorerst nicht Subjekt, sondern nur Objekt von Entscheidungen. Daher trafen die direkten Aktionen des Freiwirtschaftsbundes, insbesondere seine Eingaben und Denkschriften vor der Durchführung der Währungsumstellung vom 20.6.1948 bei den deutschen Stellen auf die resignierte Auskunft, die Alliierten hätten sich die wesentlichen Entscheidungen selbst vorbehalten und es sei für alle diese Vorschläge zu spät – *nach* diesem kritischen Termin auf eine bereits eingeleitete Entwicklung mit zum Teil falscher Weichenstellung. Trotzdem ließ Otto Lautenbach in der Fortsetzung des eingeschlagenen politischen Weges sich keinen Augenblick entmutigen oder irre machen. Er entwickelte im Namen des Freiwirtschaftsbundes weitere wichtige Initiativen zur Ausgestaltung und besseren Fundierung der *„Sozialen Marktwirtschaft“* mit taktisch geschickter Anknüpfung an das Neoliberale Wirtschaftsmodell.

1. ZWECKBÜNDNIS MIT DEN NEOLIBERALEN

Die 1951 eingeleitete und 1952 gefestigte Kooperation zwischen Freiwirtschaftlern und Neoliberalen wurde für die folgenden beiden Jahre institutionalisiert und vertieft zwecks gegenseitiger Unterstützung und zum beiderseitigen Nutzen. Leider wurde diese fruchtbare Zusammenarbeit in weiten Kreisen der Wirtschaftswissenschaft nicht mit dem nötigen Verständnis oder überhaupt nicht zur Kenntnis genommen, in weiten Kreisen der Freiwirtschaft nur mit Mißtrauen und Unverständnis beobachtet. Ihr plötzliches Ende mit dem Tod Otto Lautenbachs im Juli 1954 hatte schwerwiegende Folgen nicht nur für einen Rückschlag in der geschichtlichen Entwicklung der Freiwirtschaftsbewegung, sondern auch für die zwanzigjährige Fehlentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und die hieraus entstandenen Krisen von heute.

Diese seine persönliche Überzeugung will der Verfasser in den folgenden Ausführungen begründen und nach Möglichkeit dokumentarisch belegen. Voraussetzung für das Verständnis ist allerdings zunächst die Klärung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den beiden Positionen Freiwirtschaft und Neoliberalismus.

Das gelingt am besten durch Rückgriff auf den Vater der neoliberalen Schule, *Walter Eucken*, dessen sich anbahnende persönliche Beziehung zu Otto Lautenbach leider, bevor sie die erhofften Früchte tragen konnte, durch Euckens viel zu frühen Tod abgebrochen wurde. In seinem nachgelassenen Werk „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ (1952) entwickelte er die Prinzipien zur Verwirklichung einer „Wettbewerbsordnung“, die in gleicher Weise dem Postulat der Freiheit und einer größtmöglichen sozialen Gerechtigkeit genügen soll.

Sie ruht nach Walter Eucken auf folgenden drei ordnungspolitischen Grundpfeilern:

A. Die sieben „konstituierenden Prinzipien“:

1. als „wirtschaftsverfassungsrechtliches Grundprinzip“ die Herstellung eines „funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz“;

2. das „Primat der Währung“ für die Wettbewerbsordnung und zur Sicherung einer „gewissen Stabilität des Geldwertes“;

3. „Öffnung von Angebot und Nachfrage“ als notwendige Voraussetzung „zur Konstituierung der Wettbewerbsordnung“;

4. „Privateigentum an Produktionsmitteln als Voraussetzung der Wettbewerbsordnung“ und „Wettbewerbsordnung als Voraussetzung dafür, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht zu wirtschaftlichen und sozialen Mißständen führt“ („Kontrolle durch Konkurrenz“);

5. „Gewährleistung der Vertragsfreiheit, um die Wettbewerbsordnung zu konstituieren“ und zugleich ihre Einschränkung durch Verweigerung des Rechtes, „Verträge zu schließen, welche die Vertragsfreiheit beschränken oder beseitigen“;

6. Haftungsprinzip: „Wer für Pläne und Handlungen der Unternehmen (Betriebe) und Haushalte verantwortlich ist, haftet“;

7. „Konstanz der Wirtschaftspolitik (langfristige Festlegung von Steuern, Handelsverträgen, Währungseinheiten usw.)“.

B. Die drei „regulativen Prinzipien“

1. Monopolkontrolle zu dem Zweck, die Entstehung von Monopolen und Konzernen zu verhindern und die bestehenden aufzulösen, soweit sie vermeidbar sind, oder wenigstens kontrollierend zu steuern, soweit sie unvermeidbar sind.

2. Korrektur der Einkommensverteilung (durch Steuerprogression), soweit sie durch sozial bedingten Mangel gleicher Startchancen verzerrt ist.

3. Sozialpolitik (zum Beispiel nötigenfalls Begrenzung der Planungsfreiheit der Betriebe, Festsetzung von Mindestlöhnen) zum Schutz gegen Raubbau, soweit dieses Ziel durch Konkurrenzmechanismus und Rentabilitätsprinzip nicht erreichbar ist.

C. Die humanitäre Ergänzung

durch „widergelagerte Gesellschaftspolitik“:

Das zu Egoismus und Konkurrenzkampf berechtigende Individualprinzip muß mit dem verpflichtenden Sozialprinzip verknüpft werden; insbesondere muß der Entstehung einer anonymen Massengesellschaft durch Dezentralisierung entgegengewirkt werden.

Die vorstehenden Grundprinzipien wurden in aller Ausführlichkeit zitiert, um ein Urteil darüber zu ermöglichen, 1. wie *nahe* Euckens *Konzept* einer „Wettbewerbswirtschaft“ dem freiwirtschaftlichen Modell einer „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ kommt, 2. wie *weit* sich die *faktische*, wirtschaftswunderliche Entwicklung der „Sozialen Marktwirtschaft“ von Euckens Konzept und umso mehr vom freiwirtschaftlichen Modell entfernt hat.

Die Freiwirtschaftler bejahen vorbehaltlos die von Eucken formulierten „konstituierenden Prinzipien“ und stimmen mit ihm auch in der Feststellung überein, daß sie zur Konstituierung einer freien, sozial gerechten, voll funktionsfähigen Marktwirtschaft noch nicht ausreichen. Aber sie ziehen aus dieser Feststellung eine andere Konsequenz. Eucken will diese doch recht grundsätzlichen Mängel durch „regulative Prinzipien“ und eine „widergelagerte Gesellschaftspolitik“ ausgleichen, also gewisse Einschränkungen der freien Marktwirtschaft zugunsten einer teilweisen Zentralwirtschaft durch staatliche Planung oder sogar dirigistische Eingriffe zulassen. Die Freiwirte fordern dagegen die vollständige Konstituierung der „Wettbewerbswirtschaft“ durch Vervollständigung der „konstituierenden Prinzipien“, weil sie bei Eucken die beiden nach ihrer Überzeugung grundlegenden Prinzipien vermissen: erstens Konkretisierung des Prinzips A.2 als „lndexwährung mit Umlaufsicherung des Geldes“, zweitens das Prinzip: „soziales Bodenrecht“.

Wie eine tiefer führende theoretische Analyse zeigt, kann unter diesen Voraussetzungen die zentrale Regulierung nach den Prinzipien B und C (vielleicht bis auf einen kleinen Rest für B.1)

durch eine vollständige Selbstregulierung ersetzt werden im Rahmen einer gesetzlichen (am besten verfassungsrechtlich verankerten) Rechtsordnung zur Schaffung der Bedingungen für eine funktionsfähige monopolfreie Marktwirtschaft, die in einer wirtschaftlichen Dauerkonjunktur bei nicht gehemmter Kapitalbildung zu einem leistungsgerechten Einkommen mit verhältnismäßig geringer Streuung führt. Damit wird auch der Widerspruch zwischen einem leistungsgerechten Einkommen (vgl. B.2) und dem sogenannten „Rentabilitätsprinzip“ (vgl. C) beseitigt; denn das „Rentabilitätsprinzip“ bleibt voll wirksam, soweit es als unentbehrliches Effizienzkriterium für den optimalen Einsatz von Kapital, Produktionsmitteln und Arbeitskräften dient und damit das Leistungseinkommen, insbesondere den Unternehmergewinn maximiert; aber es verliert seine Gültigkeit, soweit es als harten Kern die „Rendite“ des „funktionslosen Investors“ (J.M. Keynes) enthält, also eine erpresserische Abschöpfung des Realkapitalertrages und des Leistungseinkommens zugunsten des Leihkapitals auf Grund der „Liquiditätspräferenz“ (J. M. Keynes) garantiert.

2. AKTIONSGEMEINSCHAFT SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT (ASM)

2.1 Zielsetzung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

a) Konstituierung und Tagungen

Mit der Gründung der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“ in Heidelberg am 23.1.1953 schuf Otto Lautenbach den organisatorischen Rahmen für die beschriebene Kooperation mit den Neoliberalen zum doppelten Zweck der gegenseitigen Annäherung und der gemeinsamen politischen Aktion. Natürlich fand diese Zielsetzung auch ihren personellen Niederschlag in der Zusammensetzung der Führungsgremien. Der aus acht Mitgliedern gebildete Vorstand umfaßte neben vier Freiwirtschaftlern (Otto Lautenbach, Walter Hoch, Ernst Winkler, Heinrich Schwab) maßgebende Männer der Wirtschaft (Wilhelm Blum, Direktor der Frank’schen Eisenwerke AG, Adolfshütte), des Rechtswesens

(Rechtsanwälte Alexander Meier-Lenoir, G.W. Kalbfleisch) und des Verbandslebens (Johann Lang, Anwalt des deutschen Genossenschaftsverbandes); unter den neun Mitgliedern des Beirates befanden sich drei Freiwirtschaftler und drei prominente Neoliberale (Professor Franz Böhm, Professor Alexander Rüstow, Dr. Hans llau); zwei weitere führende Neoliberale waren Ehrenmitglieder (Professor Ludwig Erhard, Professor Wilhelm Röpke).

Es ist eine kontinuierliche Linie, die vom Bundestag 1951 mit dem Thema „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft" über den Bundestag 1952 in nahtlosem Übergang zu den beiden ersten Arbeitstagungen am 20./21.5.1953 und 18./19.11.1953 der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft führt. Die vier Protokolle sind nach ihrer äußeren Aufmachung und dem Inhalt der wiedergegebenen Vorträge kaum zu unterscheiden, aber bei näherem Zusehen findet man unter den Namen der Vortragenden eine zunehmende Zahl prominenter Neoliberaler; zu Alexander Rüstow und Fritz Hellwig (1951, 1952) kamen noch Hans Ilau (Mai 1953) und schließlich Ludwig Erhard und Franz Böhm (November 1953).

b) Programmatische Richtlinien

In ihrem „Aufruf zur wirtschaftspolitischen Entscheidung" ging die ASM von der Feststellung aus: „Die Bundesregierung hat 1949 ihr Amt angetreten mit dem bekundeten Ziel, eine soziale Marktwirtschaft zu verwirklichen. Unbestreitbar hat die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung Erfolge erzielt, die beim Amtsantritt kaum für möglich gehalten wurden. Unverkennbar ist jedoch, daß von einer sozialen Markwirtschaft im Sinne einer freien Wettbewerbsordnung noch nicht gesprochen werden kann, weil dieses Ziel nicht mit genügend Energie verfolgt worden ist."

Daher hat sich die ASM zum Ziel gesetzt, „jenseits von Parteien und Interessengruppen für die *Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft* zu arbeiten", und definiert dieses Ziel konkret durch die folgenden Forderungen als *„Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaftsordnung"*:

„Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland ist eine soziale Marktwirtschaft. Sie beruht auf privatem Eigentum und monopolfreiem, ungehindertem Leistungswettbewerb aller Wirtschaftsteilnehmer, um das größtmögliche Sozialprodukt zu erzielen und sozial gerecht nach Leistung zu verteilen. Dazu ist erforderlich:

1. Die Währung der Bundesrepublik ist so zu verwalten, daß ihre Kaufkraftbeständigkeit und ihre Funktionsfähigkeit gewahrt bleiben.

2. Der freie Leistungswettbewerb ist unvereinbar mit monopolistischen Machtgebilden jeder Art, er ist deshalb unter den Schutz des Gesetzes zu stellen. Die natürlichen Monopole sind durch die Rechtsordnung unschädlich zu machen; solange die übrigen Monopole dem Wettbewerb bei freier und stetiger Kapitalbildung nicht erliegen, ist ihre Entstehung durch die Rechtsordnung zu unterbinden.

3. Die Große Steuerreform wird organisch den Bedingungen der sozialen Marktwirtschaft angepaßt; sie muß neutral sein gegenüber Konjunktur und Wettbewerb, sie darf den wirtschaftlichen Ablauf nicht hemmen und muß erstreben, die Steuerpflicht mehr und mehr auf die Ergebnisse der Wirtschaft zu verlagern.

4. Die Märkte für alle Waren und Dienstleistungen (einschließlich Grundstoffe und Wohnungswirtschaft) sind frei und unterstehen ausschließlich der freien Vereinbarung mit freier Preisbildung.

5. Der Kapitalmarkt ist frei, insbesondere dürfen weder Zinssätze noch Kapitalverwendungen vorgeschrieben, begünstigt oder benachteiligt werden. Die Festsetzung des Diskontsatzes der Notenbank bleibt von dieser Vorschrift unberührt.

6. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben findet seine Grenzen vor den wirtschaftlichen Entscheidungen der Unternehmer und darf nicht durch betriebsfremde Funktionäre ausgeübt werden.

7. Die Bundesregierung gewährt in ihrem Bereich und an ihren Grenzen Freizügigkeit für Menschen, Geld, Kapital, Waren und

Dienstleistungen. Die Devisenzwangswirtschaft ist zu beseitigen und der freie Handel zu verkünden. Der Wechselkurs der deutschen Währung ist solange frei zu geben, bis in internationalen Verhandlungen mit der Europäischen Zahlungs-Union (EZU) und dem Internationalen Währungsfond (IWF) ermöglicht wird, die innere mit der äußeren Stabilität zu verbinden."

Es ist leicht zu erkennen, daß diese Forderungen sich sehr gut mit Euckens „konstituierenden" Prinzipien und ziemlich schlecht mit seinen „regulativen" Prinzipien vertragen. Offensichtlich stellt die hier umrissene Vorstellung einer „Sozialen Marktwirtschaft" eine Weiterentwicklung des Eucken-Konzeptes einer „Wettbewerbswirtschaft" dar, und zwar in der zurückhaltend angedeuteten, aber klar erkennbaren Richtung auf das freiwirtschaftliche Modell einer „Natürlichen Wirtschaftsordnung".

In der Forderung 1 wird das Eucken-Prinzip (A.2) vom „Primat der Währung" inhaltlich präzisiert durch die beiden Begriffe „Kaufkraftbeständigkeit" als Äquivalent der Indexwährung und „Funktionsfähigkeit" als Deckwort für Umlaufsicherung. Denn bei Weiterentwicklung der Theorie und wenn möglich bei Übersetzung in die Praxis wird die Frage nach dem für die „Funktionsfähigkeit" notwendigen Mittel akut und unausweichlich.

Mit der Forderung 2 wird das Grundprinzip der Wettbewerbsordnung in der Weise präzisiert, daß erstens durch die Umschreibung als „natürliches Monopol" das Postulat des „sozialen Bodenrechts" eingeführt und zweitens für „die übrigen", also die künstlichen Monopole das regulative Prinzip (B.1) der Monopolkontrolle nur als Übergangslösung anerkannt und im Endergebnis entbehrlich werden soll. In der weiteren Konsequenz werden alle regulativen Prinzipien (B) und die „humanitäre Ergänzung" (C) entbehrlich durch die Selbstregulation einer marktwirtschaftlichen Ordnung im Sinn der freiwirtschaftlichen Modellvorstellung.

In dem vom Vorstand der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft entworfenen Programm ist demnach implizit die ganze Freiwirtschaftslehre enthalten, und zwar in einer Weise, daß sie im Lauf der weiteren theoretischen Entwicklung oder gar prak-

tischen Realisierung mit innerer Notwendigkeit immer klarer heraustreten muß, auch wenn vielleicht die Neoliberalen im Augenblick noch nicht die ganze Tragweite überschauen konnten. Umso bemerkenswerter ist die ausdrückliche Zustimmung, die Wirtschaftsminister Erhard in seinem Telegramm vom 23.1.1953 an die Gründungsversammlung aussprach: „lch brauche wohl nicht eigens zu versichern, daß das von Ihnen in sieben Thesen zusammengefaßte Programm der Freiheit meine Zustimmung findet. Aus diesem Grunde wünsche ich Ihrer Arbeit und Ihren Bestrebungen den verdienten Erfolg."

2.2 Erste Arbeitstagung der ASM am 20./21.5.1953 in Bad Nauheim „Entscheidung für die Freiheit"

a) Referate

Der Kampf für die „Verwirklichung der sozialen Marktwirtschaft" erhielt im Hinblick auf die für 6.9.1953 bevorstehende Bundestagswahl eine politische Note mit der Begründung: „Es ist noch zu wenig in das öffentliche Bewußtsein gedrungen, daß mit der Wirtschaftsordnung auch die Staatsform bestimmt wird. Die Demokratie erfordert als Grundlage unbedingt eine freie Wettbewerbsordnung (soziale Marktwirtschaft)." Demnach bedeutete die erste Arbeitstagung der ASM und ihre Aktivität in den folgenden Monaten auch einen Eingriff in den Wahlkampf mit dem Ziel, die politischen Voraussetzungen für die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft zu erhalten und zu verstärken.

Es wurden folgende Referate gehalten:

Otto Lautenbach: Die Ziele der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

Ernst Winkler: Soziale Marktwirtschaft, Voraussetzung der Demokratie

Werner Schmid: Der Weg zu einem freiheitlichen Europa

Hans Ilau: Marktwirtschaft und sozialer Friede

Johann Lang: Die wirtschaftlichen Ursachen der Vermassung des Menschen und die Notwendigkeit seiner Befreiung

Den Abschluß bildete eine eingehende Diskussion über Grundsatzfragen und ihre faktischen Bezüge zu aktuellen Tagesfragen.

b) Das Referat von Hans Ilau

Für den übergreifenden Zusammenhang der vorliegenden geschichtlichen Notizen ist das Referat von Hans Ilau aus zwei Gründen besonders aufschlußreich. Zum ersten hat er unter den neoliberalen Partnern sich am wenigsten – richtig gesagt: überhaupt nicht – dem freiwirtschaftlichen Standpunkt angenähert und läßt deshalb in seinen Ausführungen – bewußt oder unbewußt – Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen diesen beiden Positionen besonders scharf erkennen. Zum zweiten hat er schon damals in einer scharfsichtigen Analyse der wirtschaftspolitischen Entwicklung die drohenden Gefahren erkannt, die tatsächlich in den nachfolgenden zwei Jahrzehnten bis heute sich in schweren Mißständen und ernsten sozialen Krisen manifestierten. Aus diesen Gründen seien die diesbezüglichen wichtigsten Grundgedanken seines Referates kurz skizziert.

Bei dem erreichten, allgemein gehobenen Lebensstandard – so also stellte Ilau bereits im Mai 1953 fest – ist der soziale Friede „nicht in erster Linie eine Funktion des Seins, sondern eine Funktion des Denkens“, das heißt sozialer Unfriede kann nicht in erster Linie durch die materiellen Lebensverhältnisse verursacht sein, sondern überwiegend durch die Vorstellungen, welche die Menschen über die Wirtschafts- und Sozialordnung und das Maß der in ihr verwirklichten sozialen Gerechtigkeit haben. Daher kann der sozialen Unzufriedenheit auch nicht mit materiellen Mitteln begegnet werden, etwa durch Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung und Steuerprogression, weil ein solcher Scheinerfolg im Endergebnis durch Inflation oder Kostensteigerung in sein Gegenteil verkehrt wird. Denn man kann nicht mehr verbrauchen, als durch Arbeit bei ausreichender Investition produziert wird. Vielmehr nützen hier nur die geistigen Waffen der Aufklärung über die wahren Zusammenhänge und die Wirksamkeit der sozialen Marktwirtschaft.

Das Klassenkampfdenken hat Karl Marx in einer Zeit entwickelt, deren soziales Elend durch ihren Übergangscharakter zwischen Feudalismus und moderner Industrieverfassung lag, wobei aber die wesentlichen Voraussetzungen einer funktionierenden marktwirtschaftlichen Ordnung noch fehlten. Marx hat dem Klassenkampfdenken eine völlig schiefe historische Fundierung gegeben, und auch das „Bürgertum“, das den Liberalismus nur als eine geistige und politische, insbesondere kulturpolitische Erscheinung, nicht als wirtschaftliche Realität ansah und verwirklichte, hat durch seine mit schlechtem Gewissen gekoppelte Einstellung die Klassenkampfideologie verstärkt, die nicht Aussagen über die Wirklichkeit einer liberalen Wettbewerbsordnung beinhaltet, sondern ein Hilfsmittel agitatorischer Demagogie und gewerkschaftlichen Machtkampfes ist.

Aber das Problem drohenden Machtkampfes wird nicht dadurch gelöst, daß man die Austragung von Kämpfen einem geordneten Verfahren zu unterwerfen sucht oder den staatlichen Interventionismus herbeiführt. Die wirtschaftspolitische Auseinandersetzung muß zu einem geistigen, nicht zu einem materiellen Kompromiß führen, das heißt zu einem Kompromiß nicht zwischen verschiedenen Interessen, sondern zwischen verschiedenen Meinungen über die bestmögliche Lösung im Hinblick auf das Ganze. Staatliche Intervention kann immer nur eine Gruppe zu Lasten einer anderen begünstigen, also nie einer Großgruppe, zum Beispiel der gesamten Arbeiterschaft nützen.

Die Tendenz zur Vermachtung entsteht aus dem Streben nach Sicherheit, nämlich auf der einen Seite Sicherung der Unternehmer durch Kartellbildung, auf der anderen Seite Sicherung der Arbeitsplätze durch Mitbestimmung. Aber Sicherheit kann nicht durch statische Konstruktionen, sondern nur durch höchstmögliche Flexibilität und Anpassungsfähigkeit in der Wettbewerbsordnung erreicht werden.

c) Kritische Stellungnahme von freiwirtschaftlicher Seite

Ilaus Analyse findet heute (nach 27 Jahren) eine sehr eindrucksvolle Bestätigung in der neubelebten Klassenkampf-Ideologie, die ihre Grundlage nicht in den materiellen Bedingungen der Arbeiterschaft hat, sondern ausschließlich in neomarxistischen Theoriebildungen intellektueller Jugendlicher – meist Söhnen aus gutsituierten Bürgerfamilien – und die durch geplante „Bewußtseinsveränderung“ in widerstrebende Arbeitergehirne zum Zweck revolutionärer „Systemüberwindung“ eingepflanzt werden soll. Auch die übrigen am Anfang der bundesdeutschen Wohlstandsentwicklung ausgesprochenen Feststellungen und Warnungen haben heute wieder eine besondere Aktualität gewonnen.

Aber bei genauerem Zusehen erkennt man leicht die grundsätzliche Unzulänglichkeit dieser Argumentation, als sei eine freie Marktwirtschaft an sich bereits „sozial“. Es fehlt offensichtlich die klare Unterscheidung zwischen der theoretisch konzipierten und der faktisch bestehenden „sozialen Marktwirtschaft“ oder – zugespitzt formuliert – zwischen sozialer und kapitalistischer Marktwirtschaft. Freilich, bei Verwendung des durch demagogischen Sprachgebrauch belasteten Wortes „kapitalistisch“ ist der Freiwirtschaftler nicht mehr hoffähig im Kreis der Neoliberalen. Er wird als Feind des Kapitals oder der Kapitalisten oder gar der Unternehmer abgestempelt, obwohl doch gerade er für die Bildung von möglichst viel Kapital und einer möglichst großen Zahl von Kapitalbesitzern eintritt und die volkswirtschaftliche Bedeutung von „Profit“ und Unternehmergewinn im Gegensatz zum leistungslosen Einkommen des „funktionslosen Investors“ (John Maynard Keynes), wohl aber zugunsten der „Großgruppe“ aller arbeitenden Menschen anerkennt. Denn unter „Kapitalismus’’ versteht er die Wirtschaftsform, die auf der Knappheit, also Monopolstellung des Kapitals beruht und deshalb vom herrschenden, ausbeutenden Kapital bestimmt wird, während die voll funktionsfähige, nämlich monopolfreie und daher soziale Marktwirtschaft einen großen Reichtum an dienendem, produktivem Kapital voraussetzt.

Diese Kritik stützt sich indirekt auf das, was Ilau nicht sagt, wird aber auch direkt bestätigt durch das, was er gelegentlich beiläufig sagt, zum Beispiel die Bemerkung, daß Konjunkturkrisen nun einmal eine „verhängnisvolle Schwäche der marktwirtschaftlichen Ordnung“ seien – oder die Behauptung: „Eine Gesellschaftsordnung mit voller oder auch nur annähernder Gleichheit der äußerlich gegebenen Startbedingungen ist praktisch undenkbar und gibt es nur als papierne Reißbrettkonstruktion.“ Anstelle der monopolistischen Grundstrukturen einer solchen zu Unrecht als „sozial“ bezeichneten Marktwirtschaft sieht Ilau nur isolierte Erscheinungen von „Marktmacht“, die er inkonsequenter Weise mit dem Mittel „intervenierender Staatsmacht“ bekämpfen will. Eine solche Verschleierung oder Leugnung, ja Tabuisierung oder Ideologisierung des Gegensatzes zwischen sozialer und kapitalistischer Marktwirtschaft wirkte sich verhängnisvoll auf die Weiterentwicklung der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“ aus und noch verhängnisvoller auf die Weiterentwicklung der „Sozialen Marktwirtschaft“ in der Bundesrepublik Deutschland.

2.3. Zweite Arbeitstagung der ASM am 18./19.11.1953 in Bad Godesberg

a) Referate

„Wir fordern von Regierung und Bundestag die Vollendung der Sozialen Marktwirtschaft“. Diese Forderung wurde im einzelnen durch folgende zehn Referate inhaltlich konkretisiert:

	Wir fordern von Regierung und Bundestag:
Johann Lang:	die Vollendung der Sozialen Marktwirtschaft (Begrüßung)
Alexander Rüstow:	die Fundierung der Demokratie durch die Wirtschaftsordnung
Otto Lautenbach:	stabile Währung
Franz Böhm:	den vollständigen Leistungswettbewerb
Günter Schmölders:	die große Steuerreform
Kurt Forberg:	die Befreiung des Kapitalmarktes

Fritz Hellwig:	scharfe Abgrenzung von Staat und Wirtschaft
Friedrich A. Lutz:	die freie Konvertibilität der Währung und die Integration Europas
Hain Ilau:	die soziale Befriedung
Alexander Meier-Lenoir:	die staatliche Verankerung der Wirtschaftsordnung

b) Die Rede von Ludwig Erhard

Anschließend an das Referat von Friedrich A. Lutz sprach Ludwig Erhard ohne vorgegebenes Thema und daher zum selbstgewählten Thema: „Was mir am meisten am Herzen liegt". Zunächst berichtete er ergänzend zu den Ausführungen des Vorredners, mit welcher Argumentation, mit welcher Energie, aber auch mit welchen Widerständen er sich in der europäischen Politik für die *Konvertierbarkeit* der Währungen einsetzt. Zur Charakterisierung dieser Widerstände zitierte er die englische Zeitschrift „Economist", und zwar aus dem Aufsatz: „Der selbstgerechte Herr Doktor" die Feststellung, „daß ich nicht befugt wäre oder es mir als Deutschem jedenfalls schlecht anstehe, anderen Ländern wie zum Beispiel Frankreich und England gute Ratschläge für wohlgefälliges wirtschaftliches Betragen zu erteilen".

Sodann analysierte er das *Kartellproblem*, ausgehend von folgenden Feststellungen: „Es gibt keine freie Marktwirtschaft ohne freie Preise. . . . Der Preis hat, ob er sinkt oder steigt, zweifellos die Funktion, Käufer anzulocken oder Käufer abzustoßen. Wer das leugnen möchte, sprengt die Grundlage jeder marktwirtschaftlichen Ordnung und versündigt sich zugleich noch am Prinzip der wirtschaftlichen Vernunft und des gesunden Menschenverstandes. ... Der wahre Unternehmer muß zur freien Wirtschaft und zum freien Preis auch im Zeichen des Käufermarktes stehen." Die Annahme, „daß der Preis das Ergebnis der Kosten sei, kann in der Marktwirtschaft nicht zutreffen. ... Es ist eine völlig falsche Betrachtungsweise, daß der Unternehmer einen rechtlichen oder gar moralischen Anspruch geltend machen dürfte, im Preis seine Ko-

sten rückvergütet zu erhalten. ... Marktwirtschaft bedeutet, daß der Unternehmer Erträge erzielt, die über, aber auch unter seinen Kosten liegen können. Wenn an solchem Gewinn heute der Staat durch die Besteuerung so überaus stark beteiligt ist, dann empfinden wir das alle als einen Schönheitsfehler, der die Wettbewerbslage und die Freizügigkeit des Unternehmens bedrängt und beengt.“ Zugleich aber wies Erhard mit allem Nachdruck den „völlig falschen Einwand“ zurück, „daß das Kartellverbot gegen die Koalitionsfreiheit verstößt. Wir haben ja zum Beispiel auch noch ein Bürgerliches Gesetzbuch, das vielleicht auch mancher als Hemmnis der menschlichen Freiheit empfindet. ... Wenn im Grundsatz, und zwar als staatspolitisches Prinzip, der freie Wettbewerb konstituiert ist, ... dann kann es daneben nicht noch ein Sonderrecht geben, diese Freiheit im Namen der Freiheit aufzuheben.“

In diesem Zusammenhang berührte der Redner auch kurz das „Problem der *Mitbestimmung*“ und zwar nur mit der Feststellung, daß „der Unternehmer nur so lange seine Daseinsberechtigung erweisen und im gesellschaftlich-wirtschaftlichen Leben nur dann seine Position unerschüttert lassen kann, als er die Funktion eines freien Unternehmers mit allen Chancen und Risiken zu erfüllen bereit ist.“

Erhard begründete, daß die von ihm aufgezeigten, für die Soziale Marktwirtschaft gefährlichen Tendenzen aus dem Streben nach Sicherheit auf Grund erlebter und wieder befürchteter Wirtschaftskrisen entstehen. „Diese ideologische Haltung entspricht der eines Mannes, der aus Sorge, daß es einmal regnen könnte, ständig mit aufgespanntem Regenschirm spazieren geht. ... So lange wir alle aufgespannte Regenschirme mit uns herumtragen, so lange bekommen wir auch die Hände nicht zu wirklicher Arbeit frei.“ Besonders bedenklich ist es, wenn dieses Verlangen nach Sicherheit sich im Streben nach einer „Pseudo-Ordnung“ in Formen wie Berufsordnungen und Gewerbeordnungen äußert, so daß die Volkswirtschaft wieder in „Kästchen für jede Gruppe und jedes Grüppchen“ aufgeteilt wird, oder aber im „Verlangen nach Kollektiveinrichtungen, Umlagekassen, Altersversorgungen und ähnlichen

Dingen mehr. Das alles ist menschlich verständlich, aber ... unter dem Aspekt einer freien Ordnung eine Sünde wider den heiligen Geist. Jede Sicherung, die in der Gruppenbildung versucht wird, schlägt zuletzt in der Richtung einer kollektiven Sicherheit aus. ... Das ist nicht die wahre Sicherheit, sondern führt zur Abhängigkeit vom Kollektiv, zur Abhängigkeit vom Staat. ... Und ich befürchte, daß wir schon auf dem falschen Weg sind. Wir sind nämlich von einer Organisationswut befallen und glauben, daß die Organisation allein schon Ordnung bedeute. In gewissem Sinne läßt zu viel Organisation eher auf Unordnung schließen."

„Ich gebe zu, daß zwei Weltkriege und zwei Inflationen ein Übriges in Richtung einer zunehmenden Lebensangst getan haben; gerade darum aber müssen wir den Weg gehen, der den Menschen wieder aus der Lebensangst befreit, indem wir ihm die Zuversicht und die Möglichkeit geben, aus eigener Kraft zu bestehen. ... Private Eigentumsbildung, das ist die soziale Sicherheit, die wir brauchen."

Diese scheinbar beiläufige Rede des damaligen Wirtschaftsministers Ludwig Erhard hat grundlegende Bedeutung für die Begriffsbestimmung der „Sozialen Marktwirtschaft" und ist heute nach fast 30 Jahren als eine sehr ernste Mahnung zur Besinnung noch aktueller als damals. Für eine geschichtliche Betrachtung im vorliegenden Rahmen ergeben sich aus ihr folgende Feststellungen:

1. Die psychologische Bedeutung der Frage: „Freiheit oder Sicherheit?", die schon bei Gründung des Freiwirtschaftsbundes internes Diskussionsthema war (vgl. III. 2.2), darf nicht übersehen werden, aber die Lösung ist realpolitisch in der Richtung „Sicherheit durch Freiheit" zu suchen.

2. Die von Ludwig Erhard schon 1953 erkannten Gefahren für die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft haben sich in den nachfolgenden Jahren in tatsächlichen Hemmnissen realisiert und zu einer Fehlentwicklung geführt, die das ursprüngliche Konzept unter Beibehaltung des täuschenden Etiketts pervertiert hat.

3. Da diese Marktwirtschaft den ihr wesensgemäß zukommenden sozialen Charakter immer mehr einbüßte, wurde sie durch zunehmenden Ausbau sozialer Maßnahmen, Gesetze und Einrichtungen

ergänzt. Das Endergebnis war statt der von Walter Eucken und von Müller-Armack konzipierten „Sozialen Marktwirtschaft“ eine sozialstaatlich getarnte und verfälschte kapitalistische Marktwirtschaft.

4. Entgegen dieser faktischen Entwicklung erstrebte Ludwig Erhard ursprünglich die Verwirklichung des reinen theoretischen Konzeptes, das aus neoliberalem und freiwirtschaftlichem Ideengut entwickelt wurde.

c) Die Resonanz

Die Tagung mit ihren über 600 Teilnehmern aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft und freien Berufen, Angestellten und Beamten; mit ihrer „Godesberger Erklärung“ als programmatischer Zusammenfassung der im wesentlichen freiwirtschaftlichen Forderungen (vergleiche auch III.4.2 und 4.3); mit den Referaten und Diskussionen prominenter Vertreter der Wissenschaft und des öffentlichen Lebens, insbesondere mit den energischen und aufsehenerregenden Erklärungen des Wirtschaftsministers Professor Ludwig Erhard erzielte eine außerordentlich starke *Resonanz in Presse und Rundfunk* des In- und Auslandes. Aus der fast unüberschaubaren Fülle seien nur einige wenige Stimmen zitiert, welche die Bedeutung dieser Aktion besonders klar formulieren.

Die „Frankfurter Allgemeine“ stellte zum Abschluß ihrer ausführlichen Berichte (in Nr. 270, 271, 272) fest, „daß die Arbeitsgemeinschaft unter Leitung von Otto Lautenbach sich zunächst einmal in den Vordergrund des so wichtigen vorparlamentarischen Raumes gespielt hat. Hier wurde nicht zum Fenster hinaus geredet. Dieser bunt zusammengewürfelten Gruppe von Menschen, die alles andere als ein Unternehmerklub oder ein Häuflein von Theoretikern ist, war es verdammt ernst, und es steht außer Zweifel, daß auch die Öffentlichkeit sie ernst genommen hat. Wenn die Aktionsgemeinschaft für die soziale Marktwirtschaft so etwas wie ein außerparlamentarischer Wachhund bliebe, der, wenn es wirtschaftlich vielleicht einmal zu langsam vorwärts oder in eine nicht ganz

unbedenkliche Richtung geht, laut anfinge zu bellen, so wäre das sicher für alle ein Gewinn."

„Die Zeit" kam in einem vierspaltigen Bericht in Nummer 48 zu dem Schluß: „Der unbestreitbare Erfolg der Tagung spiegelte sich weniger in ‚Rang und Namen' der anwesenden Persönlichkeiten wider, sondern mehr in dem Versuch, eine vorhandene *Denklücke zu schließen* – nämlich die Vollendung der ‚Sozialen Marktwirtschaft' –, dem jetzt die Tat folgen muß."

Der „Industriekurier" berichtete ausführlich (in Nummer 176, 177, 180, 181) über den Verlauf der Tagung und den Widerhall, den insbesondere die Rede Erhards *in Frankreich, in der Londoner City und in Whitehall* gefunden hat, wo sie „als Sensation empfunden worden ist."

Besonders akzentuiert äußerte sich der „Volkswirt" (in Nummer 48): „Daß sich in der ‚Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft' eine – um in Professor Böhms Sprache zu reden – *‚Rotte liberaler Geister'* ... zusammengefunden hat, wußte man längst. Aber nach dieser jüngsten Tagung in Bad Godesberg wird mancher sie gar für ‚gemeingefährlich' halten, so kräftig ist da drein gehauen worden. ... Aber wenn nicht alles täuscht, dann wird diese Debatte im Rheinhotel Dreesen noch allerlei Fortsetzungen erleben. Und ein Wirtschaftsminister wird dabei mitreden, der von sich selbst sagt, er werde in der zweiten Legislaturperiode nicht weicher sein, eher härter, als in der ersten, ein Wirtschaftsminister, der nach seinen eigenen Worten die Gefahr von ‚rechts' aus dem eigenen Lager für größer hält als die Gefahr von ‚links', von der Opposition . "

Die *Prognose* des „Volkswirt" wurde eingeschränkt durch die vorsichtige Klausel: „wenn nicht alles täuscht" und bedarf wie jede Prognose der grundsätzlichen Einschränkung: „wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten". In der Tat entfiel mit dem unvorhergesehenen, viel zu frühen Tod von Otto Lautenbach der stärkste Widerstand gegen die von Erhard befürchtete und vom „Volkswirt" zitierte „Gefahr von rechts".

3. NACH LAUTENBACHS TOD

3.1 Kursänderung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

a) Programmatische Wandlung

Otto Lautenbach hatte am 23.1.1953 die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft gegründet, um die freiwirtschaftliche Grundkonzeption für eine wirtschaftlich-gesellschaftliche Neuordnung der Bundesrepublik Deutschland in weiten Kreisen der Öffentlichkeit bekannt zu machen, um die neoliberale Schule der Wirtschaftswissenschaft langsam, aber sicher mit diesem Ideengut anzureichern und, gemeinsam mit den maßgebenden Neoliberalen, im Bund mit führenden Kräften der Politik und der Wirtschaft diese Grundkonzeption durch „Vollendung" der Sozialen Marktwirtschaft zu verwirklichen. Durch seinen frühen plötzlichen Tod am 18.7.1954 ist dieser wohldurchdachte Plan gescheitert.

Die weitere Geschichte der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft gehört nicht mehr in den Rahmen einer „Geschichte der freiwirtschaftlichen Bewegung". Das zeigt schon ein kurzer Blick auf die Zusammensetzung ihres Vorstandes und auf ihre weiteren Tagungsprotokolle mit den veröffentlichten Reden. Ihr Name müßte in Wahrheit lauten: „Aktionsgemeinschaft freies Unternehmertum"; über das Niveau eines bloßen Unternehmer-Interessenverbandes erhebt sie sich durch die Bereitschaft und Fähigkeit, aktuelle wirtschaftspolitische Fragen in großen theoretischen Zusammenhängen ordnungspolitischen Denkens zu diskutieren, und durch den zielklaren Willen, die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft als Voraussetzung freien Unternehmertums zu erhalten.

Aber das Wort „sozial" zur Charakterisierung dieser Marktwirtschaft wurde für die Aktionsgemeinschaft ebenso wie für die faktische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ein bloßes Etikett, an das naive Gemüter noch glauben mochten, während es den großen Gruppen- und Machtinteressen nur als eine, freilich immer durchsichtiger werdende Tarnung diente. Der von Franz Böhm und Ludwig Erhard geführte Kampf gegen Kartelle und Mo-

nopole versandete in Teil- und Scheinerfolgen, die fast nur noch eine Alibi-Funktion erfüllten, während die von der Freiwirtschaft aufgedeckten und bekämpften Grundmonopole, nämlich Geld- und Bodenmonopol, wie eh und je als unfaßbare anonyme Mächte wirksam blieben; ja ihre bloße Namensnennung bedeutete eine Tabu-Verletzung, die als angeblich unwissenschaftliche Ideologie entschärft wurde.

Soweit die klare Terminologie der Freiwirtschaft dem Außenstehenden, der ihren Sinn noch nicht vollständig verstehen kann, eine Gemeinsamkeit mit Sozialismus und Kommunismus vortäuscht, betrifft sie den Kampf gegen den Kapitalismus. Aber im Gegensatz zu Karl Marx meinen die Freiwirtschaftler nicht den Klassenkampf der Arbeiterschaft gegen die Unternehmer, die bekanntlich nicht mit den „Kapitalisten“ gleichgesetzt werden dürfen, und auch nicht den personalisierten Kampf des arbeitenden, von seinem Arbeitseinkommen lebenden Menschen gegen den Kapitalisten als Ausbeuter fremder Arbeit, sondern den sachlichen Kampf gegen die als „Kapitalismus“ bezeichnete, durch eine Entartung der Kapitalfunktion entstandene Wirtschaftsform. Das Ziel ist eine funktionsfähige und sozial gerechte Marktwirtschaft mit ungestörter Neubildung und Vermehrung des „dienenden“, nämlich der Produktion dienenden Kapitals, während eine die Kapitalvermehrung hemmende Monopolstellung des herrschenden, fremde Arbeit ausbeutenden Kapitals durch die Selbststeuerungssysteme eines funktionsfähigen Geldwesens und eines sozialen Bodenrechts von vorneherein ausgeschlossen ist.

Das geistige Ringen um diese Problematik war in der ASM während der achtzehn Monate bis zum Tode ihrer Gründers Otto Lautenbach latent angelegt und hätte unter dessen geschickter Regie langsam zugunsten der freiwirtschaftlichen Position entschieden werden können (vergleiche zum Beispiel IV.1 mit IV.2.1,b). Die in der ASM vertretenen Positionen erfüllten das ganze Spektrum von der engagiert offenen, zuweilen etwas naiv und agitatorisch anmutenden Kampfhaltung des Vorstandsmitgliedes Ernst Winkler über die klug verklausulierten, aber dennoch völlig eindeutigen Proklamationen des Initiators Otto Lautenbach bis zu der in der Ziel-

setzung, aber noch nicht völlig in Theorie und Methode übereinstimmenden Haltung führender und kämpferischer Neoliberaler wie Franz Böhm und Ludwig Erhard (vergleiche unter anderem IV.2.3,b) und darüber hinaus bis zu dem das kapitalistische Tabu wahrenden Liberalismus eines Hans 1lau (vergleiche IV.2.2,b).

b) Organisatorische Konsequenzen

Nach Lautenbachs Tod wurde der freiwirtschaftliche Einfluß auf die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft auch personell ausgeschaltet oder neutralisiert. Die drei freiwirtschaftlichen Mitglieder des wissenschaftlichen Beirates (Paul Heinrich Diehl, Walter Großmann, Heinz Hartmut Vogel) schieden aus und wurden durch neoliberale Wissenschaftler (Wilhelm Röpke, Hans Otto Wesemann, Günter Schmölders, Hans Carl Nipperday) ersetzt. Von den vier freiwirtschaftlichen Mitgliedern des Vorstandes schied Otto Lautenbach durch seinen Tod und Ernst Winkler auf Veranlassung von Hans Ilau[1)] aus, während Walter Hoch als lnhaber des Druckerei-Verlages der ASM mit Energie und Überzeugung die erfolgreiche neue Linie vertrat und Heinrich Schwab nur noch wenige Jahre bis zu seinem Tode formelles und einflußloses Vorstandsmitglied blieb. Dafür traten drei prominente Neoliberale, nämlich Franz Böhm, Alexander Rüstow und August Dresbach in den Vorstand, ferner der vormalige Geschäftsführer der ASM und gelehrige Lautenbach-Schüler Wolfgang Frickhöffer, der rasch die führende Stellung eroberte und das neue Gesicht der Arbeitsgemeinschaft entscheidend mitprägte. Im Laufe der folgenden Jahre wechselten freilich alle maßgebenden Neoliberalen wieder in den Beirat über, während im Vorstand neben Wolfgang Frickhöffer und Walter Hoch nur noch Vertreter aus der Wirtschaft verblieben.

1) Aus seinem Vortrag, über den in IV.2.2,b berichtet wurde, ergeben sich verständliche Gründe für seine Ablehnung jener antikapitalistischen Polemik in Winklers „Theorie der Natürlichen Wirtschaftsordnung“, die zur Zeit der Abfassung im Jahr 1946 (veröffentlicht 1952) vielleicht propagandistisch wirksam gewesen wäre, aber nun nach Konsolidierung des Wirtschaftssystems im Juli 1954 in der Tat einen ernsthaften taktischen Fehler darstellte.

3.2 25 Jahre „Soziale Marktwirtschaft“

Der Rückzug aus dem Vorstand in den Wissenschaftlichen Beirat der ASM kennzeichnet die Resignation der ehedem so reformfreudigen und kampfeslustigen Neoliberalen angesichts der Entwicklung nicht nur der Aktionsgemeinschaft, sondern vor allem der Sozialen Marktwirtschaft selbst. Diese Resignation fand ihren dokumentarischen Niederschlag im Protokoll der 37. Tagung der ASM vom 25./26.6.1973 unter dem Titel: „25 Jahre voraus“. Aus der langen Reihe der Tagungen Nr. 3 bis 36, die sich ebenso wie der zweite Tag der Tagung Nr. 37 in der beschriebenen Einstellung mit den jeweils aktuellen, für die Unternehmer-Interessen wichtigen Fragen befaßten, hebt sich der erste Tag dieser Jubiläums-Tagung durch folgende drei Vorträge kontrastreich ab:

Ludwig Erhard: Zwischen gestern und morgen
Hans-Otto Wesemann: Vom Nutzen der Erfahrungen
Alfred Müller-Armack: Der Theorie-Gehalt der Sozialen Marktwirtschaft.

Denn im Rückblick auf fünfundzwanzig Jahre „Soziale Marktwirtschaft“ und auf zwanzig Jahre „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“ offenbarte sich fast unverhüllt die tiefe Kluft zwischen dem hoffnungsvollen Konzept von einst und der fast hoffnungslosen Realität von heute.

Ludwig Erhard bekannte sich zu einem theoretischen Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, das sich nach einem Ausspruch von *Alexander Rüstow* an „überwirtschaftlichen Werten einer Wirtschaftsordnung“, vor allem an den Werten der persönlichen Freiheit orientiert. *Alfred Müller-Armack* erklärte „das Besondere dieser Konzeption ..., daß hier nicht nur die unverkennbaren sozialen Vorteile einer Wettbewerbswirtschaft im Vordergrund standen, sondern daß der Versuch gemacht wurde, Marktwirtschaft und soziale Sicherheit zu einer echten Synthese zu bringen, bei der die Kräfte des Marktes den Ausbau der sozialen Sicherung tragen, die soziale Sicherung ihrerseits wieder die Funktionsfähigkeit und das Fortbestehen des Marktes garantiert.“ Die Frage, inwieweit es sich dabei um eine „echte“ oder eine „problematische“ Synthese

handelt, wurde noch brennender bei der zustimmenden Zitierung einer Denkschrift der „Hamburger Volkswirtschaftlichen Gesellschaft“ vom Mai 1948 über die Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft, deren elf Punkte offenkundig Euckens „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ verwässern, indem sie das Schwergewicht von den „konstituierenden“ zu den „regulierenden Prinzipien“ und zur „humanitären Ergänzung“ verlagern.

Aber selbst dieses schon beträchtlich entwertete Konzept wurde, was Müller-Armack zu erwähnen vergißt, durch die Praxis der Erhardschen Wirtschaftspolitik noch weiter korrumpiert. Unter dem Druck der „von rechts aus seinem eigenen Lager drohenden Gefahren“ (vergleiche „Volkswirt“, IV.2.3,c), unter dem Zwang übermächtiger Wirtschaftsinteressen und durch die zeitbedingte Notwendigkeit, zunächst das Wirtschaftswachstum zu forcieren, relativierte *Ludwig Erhard* die von Walter Eucken formulierten drei ordnungspolitischen Grundpfeiler (vergleiche IV.1): Der Grundgedanke der „konstituierenden Prinzipien“ (A), nämlich die vollständige Konkurrenz, galt nur noch als Denkmodell; das Leistungskriterium hatte zu entscheiden, welcher Wettbewerbsgrad als ökonomisch sinnvoll zu gelten hat. Das „regulierende Prinzip“ der Monopolkontrolle (B.1) wurde unter dem Gesichtspunkt maximalen Wachstums mit einer gewissen Skepsis betrachtet. Die beiden anderen „regulierenden Prinzipien“ (B.2: Korrektur der Einkommensverteilung, und B.3: Sozialpolitik) wurden durch das Argument entwertet, daß eine generelle Wohlstandssteigerung über geldwertstabile Expansion im Effekt sozialer sei als gezielte wachstumsgefährdende Einzelmaßnahmen. Schließlich wurde auch die „humanitäre Ergänzung“ (C) als eine mögliche Wachstumsgefahr durch den bloßen „Appell“ an das soziale Verantwortungsbewußtsein aller in einer „formierten Gesellschaft“ ersetzt.

Auf dem Hintergrund dieser Entwicklung wendet sich *Müller-Armack* offensichtlich an die falsche Adresse mit dem Vorwurf: „Der Versuch ist alt, die Soziale Marktwirtschaft, die ein ernsthaftes, wissenschaftlich begründetes und praktisch ausgewiesenes System ist, abzuwerten. Man unterschlug ihre wissenschaftliche Begründung und nahm sie als einen bloßen – freilich erfolgrei-

chen – Wahlslogan an. Erst unlängst wurde sie von maßgeblicher Seite als ein *Feigenblatt für kapitalistische Profitinteressen* bezeichnet.“ Insbesondere ist der Vorwurf schlecht begründet: „Die Jugend – so sagt man – vermisse das Spiel mit Theorien, den Besitz einer intellektuellen Sprache. Sie vermeidet das Wort ‚Soziale Marktwirtschaft' und begnügt sich mit der Metapher ‚Spätkapitalismus'.“

Im Vergleich zu dieser zahmen Kritik mit mißlingenden Versuchen, die Schuldfrage zu verschieben, hat die von *Hans-Otto Wesemann* gehaltete Bußpredigt den Vorzug einer ehrlichen und erfrischenden Offenheit, die ja wohl eine unerläßliche Voraussetzung für den „Nutzen der Erfahrungen“ ist. Daher ist es im Hinblick auf den heute besonders aktuellen Kampf zwischen falschen Angriffen und ebenso falschen Verschleierungsversuchen zweckmäßig, seine Gedanken ausführlicher wiederzugeben.

Die marktwirtschaftliche Ordnung sollte nicht „lediglich einen Instrumentenkasten zur Maximierung des Profites“ liefern, sondern das Ziel war eine „Marktwirtschaft in einer Gesellschaft mit breiter Streuung des Eigentums, standfesten Existenzen und echten Gemeinschaften, ... mit Gegengewichten gegen Wettbewerb und Preismechanik, ... mit einem breiten Gürtel selbständigen Mittelstandes, mit gesundem Verhältnis zwischen Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft und mit vielen anderen Dingen, die zu nennen wären, wenn wir eine gesunde Gesellschaft und eine natürliche Ordnung beschreiben wollen. Mit anderen Worten, das schließliche Schicksal der Marktwirtschaft mit ihrem bewundernswürdigen, völlig unersetzlichen Mechanismus von Angebot und Nachfrage entscheidet sich jenseits von Angebot und Nachfrage“ (zitiert aus dem so benannten Werk von Wilhelm Röpke). Es kommt also nicht nur an „auf die Fähigkeit der Ordnungen, im wirtschaftlichen Sinn ein Maximum an allgemeinem Wohlstand zu produzieren“, sondern auch „auf die Randbedingungen der Wirtschaft, auf das Maß von Freiheitlichkeit, Anpassungsfähigkeit, Flexibilität, Mobilität und all jene Elemente, die einer auf Freiheit des Individuums abgestellten Wirtschaftsordnung innewohnen.“

Aber die faktische Entwicklung brachte „die fatale Angewohnheit, sich in *Lippenbekenntnissen* zur marktwirtschaftlichen Ordnung zu überbieten und auf der anderen Seite mit Hilfe des modernen Pluralismus die Realisierung einer vollständigen Marktwirtschaft und vor allem eines wirksamen Wettbewerbes zu *verhindern*. So gehört es nicht gerade zu den rühmlichen Kapiteln der Vergangenheit, daß es, was den Wettbewerb angeht, nicht zur Schaffung von Bedingungen gekommen ist, wie sie von der Theorie einer Wettbewerbsordnung her geboten sind und wie sie sich dann als erforderlich erweisen, wenn man all die Mißbildungen vermeiden will, die notwendigerweise bei einer Unterversorgung an Wettbewerb eintreten. ... Ich erinnere an die makabre ... *Geschichte des Kartellgesetzes* aus den fünfziger Jahren; ... an den Umstand, daß – merkwürdig genug – es einer unter wesentlicher Beteiligung von Sozialisten geführten Regierung überlassen bleibt, die Jahre hindurch verhinderte Novellierung des Kartellgesetzes zu bewerkstelligen. Ich erinnere daran, daß die Verstöße gegen das vorhandene Kartellgesetz in der Regel von solchen Stellen und Unternehmungen“ gekommen sind, „die gewiß über reichliche und mit hoher Qualität besetzte Rechtsabteilungen verfügen . “

„Nicht der Versuch, eine zu groß werdende Macht durch eine noch größere Macht in Schach zu halten, entspricht der marktwirtschaftlichen Ordnung, sondern die Bemühungen um *Dispersion der Macht*, um Zerstreuung der Macht im richtigen Zeitpunkt. Man muß zugeben, daß diese Aufgabe in der Praxis der Politik nicht gelöst worden ist. Das Kartellgesetz in seinem frühen Zustand erlaubte den Regierungen zwar, gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht einzuschreiten; aber es gab ihnen skurrilerweise nicht die geringste Möglicheit, auf die Entstehung wirtschaftlicher Macht negativ einzuwirken.“

Aus einem Vortrag, den *Alexander Rüstow* ebenfalls auf einer Tagung der ASM gehalten hatte, zitierte Hans-Otto Wesemann zustimmend den Satz: „Es ist unter dem Gesichtspunkt der Staatsstruktur unerträglich, daß man es in einem Land, das demo-

kratische Freiheit auf seine Fahnen geschrieben hat, duldet, daß sich private Machtpositionen nach privatem Belieben bilden, daß mitten in unserem demokratischen Gefilde sozusagen *Raubritterburgen* errichtet werden, die von den vorübergehenden Kaufleuten und Konsumenten Tribute erheben."

3.3 Ende des Freiwirtschaftsbundes

Durch Lautenbachs Politik wurde Gehalt und Leben der freiwirtschaftlichen Idee zunächst im schützenden Gehäuse des Freiwirtschaftsbundes entwickelt und sodann zwecks politischer Bewährung und Wirkung in die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft verpflanzt. Nach seinem Tod lebte die von ihm gegründete Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft ohne diese nun eliminierte Idee kräftig weiter, während der Freiwirtschaftsbund noch einige Monate als leeres Gehäuse und ein weiteres Jahr als bloßer Schatten zurückblieb.

Der Bundestag am 21.11.1954 brachte eine Gedenkfeier für Otto Lautenbach mit einer Würdigung durch Dr. Paul Heinrich Diehl und darnach einen Vortrag von Dr. Ernst Winkler über „Freiheit und Würde des Menschen" mit der von Walter Hoch gegebenen Begründung, daß angesichts der weltpolitischen Entwicklung, nämlich Totalitarismus im Osten und Bürokratismus im Westen, die freiwirtschaftliche Politik ihren Schwerpunkt vom Gedanken der sozialen Gerechtigkeit auf das Postulat der persönlichen Freiheit verlegen soll. Nach geeigneten Neu- und Umbesetzungen des Präsidiums und des Bundesvorstandes suchte die formal wieder funktionsfähig gewordene Führung nach dem schweren Schlag, der den Freiwirtschaftsbund getroffen hatte, durch gemeinsame Beratungen in drei bis vier Vorstandssitzungen sinnvolle Möglichkeiten für die Weiterführung des Bundes und seiner Aktivitäten. Gegen den Vorschlag, Otto Lautenbachs Politik in gleicher Weise konsequent fortzuführen, wandte sich das neugebackene Präsidiumsmitglied Ernst Winkler mit der folgenden Begründung:

„Was für Lautenbach richtig war, muß nicht auch für uns richtig sein. ... Der starke Mann ist am mächtigsten allein; aber für eine Gruppe schwächerer Menschen gilt noch immer der Satz, daß sie stärker werden mit einigem Streben und wachsender Zahl. ... Wir müssen wieder das Sammelbecken freiwirtschaftlicher Kräfte schaffen, aus dem zu gegebener Zeit neue führende Persönlichkeiten hervorgehen und in dem sie Rückhalt finden können. Welche taktische Anwendung dann auf die aktuelle Politik gezogen werden muß, kann heute noch nicht unsere Sorge sein."

Dieser Vorschlag fand nicht die Zustimmung des Bundesvorstandes. Vielmehr stieß er auf die Gegenthese: „Die zentralistische Organisationsform des Bundes hat sich bewährt und muß beibehalten werden." Wenige Monate später stellte Winkler die Gegenfrage: „Wo ist der Bund, wo sind die Bundesmitglieder, die in dieser Form organisiert sind? Der Bundesvorstand verletzt seine Pflicht durch mangelnde Aktivität; er verletzt die Satzung durch Versäumnis der fristgerechten Einberufung des nächsten Bundestages, der unter anderem an Stelle des am 14.2.1956 verstorbenen Bundesfreundes Walter Großmann ein drittes Präsidiumsmitglied zu wählen hätte. Die Mitglieder des Bundes müßten lautstark protestieren; sie müßten den unfähigen Bundesvorstand absetzen – wenn es sie gäbe! Also ist der Bund tot."

Bei dieser Feststellung blieb es.

V. OTTO LAUTENBACH – PERSÖNLICHKEIT UND WERK

Eine persönliche Würdigung Otto Lautenbachs ist zunächst den noch lebenden Freunden, Anhängern und vielleicht auch Gegnern erwünscht und gibt darüber hinaus allen Anhängern der Freiwirtschaftsbewegung zusätzliche, besonders aufschlußreiche Einblicke in eine der entscheidensten Phasen der Freiwirtschafts-Geschichte. Aber sie kann auch für jeden interessierten Leser dieser Schrift anregend und wertvoll sein im Blick auf die bei Betrachtung geschichtlicher Persönlichkeiten sich immer wieder aufdrängenden Fragen, ob Ideen oder Männer Geschichte machen; ob Ideen die Schöpfungen von Männern sind oder ob sie die zu ihrer Verwirklichung fähigen Männer auf den Plan rufen und aus welchem

Otto Lautenbach
(geb. 30.9.1903 in Kaiserslautern;
gest. 18.7.1954 in Bad Nauheim)

Holz solche Männer[1)] geschnitzt sind. Vielleicht ergeben sich aus solchen Erfahrungen und Betrachtungen auch einige Anleitungen, wie erfolgreiche Politik gemacht werden soll oder wie sie nicht gemacht werden kann.

I. Persönliche Würdigung

Von der Parteien Haß und Gunst verwirrt
Schwankt sein Charakterbild in der Geschichte.
Schiller, Prolog zu Wallenstein

Es soll hier eine „persönliche“ Würdigung im doppelten Sinn dieses Wortes versucht werden, nämlich auf Grund des vom Verfasser persönlich erlebten starken Eindruckes von der Persönlichkeit Lautenbachs. Daher möge der Leser verzeihen, daß ich zu diesem

1) Die Frauen mögen verzeihen, daß im Zeitalter der Frauen-Emanzipation hier im Blick auf einen bestimmten Mann noch immer die bekannte, durch unsere Sprache aufgedrängte und durch Tradition festgefahrene Terminologie angewandt wird. Kein einsichtiger Mann kann und wird bestreiten wollen, daß auch Frauen Geschichte gemacht haben und daß sich für sie folgerichtig die gleichen Fragen stellen.

Zweck aus der schon bisher nur unzulänglich gewahrten Anonymität des Verfassers heraustreten muß.

So schwankend Wallensteins Charakterbild in Schillers Urteil, so klar und fest umrissen ist Lautenbachs Charakterbild in meinem Erleben und in meiner Erinnerung. Dennoch drängen sich mir Schillers Verszeilen auf, weil ich im näheren und weiteren Bekanntenkreis Lautenbachs, unter seinen Freunden, Anhängern und Gegnern zu meinem Erstaunen und Befremden höchst verschiedenartige, ja gegensätzliche Charakterbilder antreffen mußte. Ich selbst als enger, freundschaftlich verbundener Mitarbeiter glaube nicht, ein „durch der Parteien Gunst“ einseitig geprägtes Bild zu haben, sondern ein möglichst objektives, wirklichkeitsnahes Bild zeichnen zu können.

Es ist wohl selbstverständlich, daß jeder Mensch mit einigermaßen ausgeprägtem Denken und Wollen Freunde und Feinde hat, also recht verschieden beurteilt wird. Aber für Lautenbach war charakteristisch, daß er nur überzeugte Anhänger und entschiedene Gegner hatte. Kaum jemand konnte ihm gegenüber indifferent bleiben; wie ein starker Magnet hatte er die Kraft, jeden Menschen, der in seinen Bannkreis geriet, entweder anzuziehen oder abzustoßen.

Otto Lautenbach erarbeitete sich in stillem Nachdenken und in eingehenden Beratungen mit seinen engsten Mitarbeitern sehr klare Vorstellungen über den richtigen Weg zur Verwirklichung seiner politischen Ziele und hielt sich dann in der Durchführung unbeeindruckt „von der Parteien Gunst und Haß“ an den einmal gefaßten Plan mit eiserner Konsequenz trotz flexibler Taktik. Eben dadurch erregte er den heftigen Widerstand und schließlich den ohnmächtigen Haß all derer, die diesen Weg nicht zu beurteilen vermochten und für falsch hielten, aber um ihre Meinung nicht gefragt wurden. In Anbetracht der in Teil II geschilderten bunten Zusammensetzung der Freiwirtschaftsanhänger mit Einschluß sehr verschiedener unklarer Phantasten und Eigenbrötler hatte nur ein solches Vorgehen Aussicht auf Erfolg, wie das Gegenbeispiel der verworrenen Freiwirtschafts-Geschichte in den beiden ersten Jahrzehnten eindrucksvoll bestätigt.

Es ist einleuchtend, daß alle Freiwirtschafts-Anhänger, die sich auf solche Weise übergangen, zurückgesetzt und in ihrem Ehrgeiz verletzt fühlten, dieses Vorgehen moralisch diffamierten, und zwar nach den beiden entgegengesetzten Richtungen, daß die eiserne Konsequenz als diktatorischer Anspruch und die flexible Taktik als feige Anpassung verurteilt wurde. Dieses Schicksal teilte Otto Lautenbach in auffallender Weise mit Silvio Gesell, der ebenfalls wegen der Unnachgiebigkeit bei Vertretung der einmal als richtig erkannten Prinzipien für „diktatorisch" und dann wieder wegen mancher zeitbedingt taktischen Entscheidung, vor allem aber wegen seiner Mitwirkung in der roten Räteregierung in München für „anpasserisch" gehalten wurde.

Das solcherart entstandene Mißtrauen gegen Otto Lautenbach wurde genährt und geschürt durch vage Hinweise auf sein Verhalten im Dritten Reich, weil seine – vorstehend in Abschnitt II.3 geschilderte – Geschicklichkeit, seine „Schule der Freiheit" als Herausgeber und Autor durch diese bedrohlichen Jahre durchzuhalten, sich als besonders überzeugendes Beispiel „feiger Anpassung" oder vielleicht gar als Beweis für irgend eine Form von Kooperation mit den Machthabern mißdeuten ließ. Dabei wurde einfach nicht zur Kenntnis genommen, daß diese falschen, meist hinter vorgehaltener Hand kolportierten Anschuldigungen durch zwei sehr klare Tatsachen widerlegt wurden: erstens die gegen Ende des Dritten Reiches durchgeführte konspirative, also lebensgefährliche Vorbereitung zur sofortigen Wiederbelebung der Freiwirtschaftsbewegung nach dem vorhersehbaren Zusammenbruch (vergleiche II.3); zweitens die von der Amerikanischen Militärregierung trotz ihrer mißtrauischen und überperfektionierten Entnazifizierungspraxis gegebene Erlaubnis, von Anfang, also von 1945 an in Wort, Schrift und organisatorischer Tätigkeit völlig unbehindert in der Öffentlichkeit aufzutreten.

Trotz allem blieb Otto Lautenbach mit gleicher Dringlichkeit – sicher nicht mit gleicher Berechtigung – wie Wallenstein der bohrenden, zweifelnden und niemals verstummenden Frage ausgesetzt, ob er die überlegene Kraft seiner Persönlichkeit selbstlos in den Dienst einer übergeordneten Sache oder aber diese in

den Dienst seiner eigenwilligen Machtpolitik stelle. Aber wie Wallenstein setzte er unbeirrt von der Parteien Gunst und Haß seinen als richtig erkannten Weg fort und wie Wallenstein wurde er an der Erreichung seines schon sehr nahe gerückten Zieles durch einen unerwartet plötzlichen Tod gehindert.

Zunächst aber setzte Otto Lautenbach sich durch. Durch seinen Weitblick, durch sein Denken in großen politischen, ja weltpolitischen Zusammenhängen sprengte er den engen, oft sektiererischen Rahmen bisheriger freiwirtschaftlicher Gruppierungen und Organisationen. Er setzte Fernziele, die manchem als Utopie erschienen, und durchschaute als Utopie, was mancher in unreflektierter Naivität erstrebte. Sein untrüglicher politischer Instinkt mehr noch als scharfsinnige Analyse ermöglichte ihm die sichere Unterscheidung zwischen Utopie und realpolitischer Möglichkeit. So unbeirrt er am einmal gesteckten Fernziel festhielt, völlig unbeeindruckt vom heftigen Widerstand seiner Gegner und vom Unverständnis der breiten Mehrheit, so flexibel war er in der Wahl der einzelnen Schritte und der einzusetzenden Mittel auf dem Weg oder notfalls auch Umweg zu diesem Ziel, anpassungsfähig an die jeweils gegebene Situation, zugänglich für Meinungen und Ratschläge im engsten Kreis seiner Mitarbeiter und Freunde.

Sie wären ja wohl die unmittelbar Leidtragenden unter seinem angeblich diktatorischen Verhalten gewesen. Aber das Gegenteil war der Fall. Lautenbach entwickelte seine Pläne für die nächste Zukunft und seine weitausgreifenden Ideen für eine fernere Zukunft mit Vorliebe bei geselligem Beisammensein im kleinen Kreis seiner Freunde und Mitkämpfer, oft bis in späte Nachtstunden heinein. In angeregtem Gespräch, in Rede und Gegenrede nahmen seine Gedanken erst die feste und endgültige Gestalt an. Sehr oft konnte ich persönlich seine freudige und dankbare Zustimmung erleben, wenn es mir gelang, die ersten noch unklaren Ansätze seines Denkens durch exakte Formulierungen zu den letzten Konsequenzen weiter zu führen, die ich als statisch abgeschlossen empfand und er wiederum nur als dynamische Ansatzpunkte seines Weiterdenkens verwertete.

Lautenbachs engster und treuester Mitarbeiter war seine Ehefrau Dr. Hildegard Lautenbach. Sie war nicht nur – meist mit gut durchdachten und entschieden vorgetragenen Vorschlägen – privat im kleinen Kreis an den wöchentlich ein bis dreimal stattfindenden Beratungen und offiziell als Mitglied des Bundesvorstandes des Freiwirtschaftsbundes beteiligt, sondern beriet täglich sehr eingehend mit ihrem Mann alle laufenden Vorkommnisse, Maßnahmen und Pläne. Die wichtigste Tageszeit hierfür war regelmäßig die ausgedehnte Frühstückszeit, die angeregt durch einen wie immer sehr starken Kaffee der Durchsicht der überreichlich eingelaufenen Post und der Beratung ihrer in Wort oder Tat nötigen Beantwortung diente. Darüber hinaus arbeitete Frau Lautenbach mit aufopfernder, ebenso unaufdringlicher wie wirkungsvoller Stetigkeit in der Leitung der Geschäftsstelle, für Bestellung, Verwaltung und Versendung der periodischen Schriften wie der Einzelerscheinungen und nicht zuletzt bei der Vorbereitung der zahlreichen Tagungen, Versammlungen und Sitzungen des für sie im üblichen Sinne sicherlich nicht besonders bequemen Gatten.

Übrigens gönnte Lautenbach allen engeren Mitarbeitern dieselbe Freiheit des Denkens und Handelns, die er für sich in Anspruch nahm, weil es schließlich immer wieder zur Übereinstimmung kam nicht auf Grund eines dominierenden Willens, sondern aus dem gemeinsamen Suchen nach dem besten Weg zum gemeinsamen Ziel. Das konnte besonders ich selbst als sein bevorzugter„Formulierer“ immer wieder aufs neue erleben. Besonders aufschlußreich in dieser Hinsicht waren seine Stellungnahmen zu zwei von mir verfaßten Schriftsätzen, nämlich den „Taktischen Richtlinien für die Bundesarbeit“ und den „Weltanschaulichen Richtlinien“ zwecks Koordinierung der individuell ganz verschiedenartigen weltanschaulichen Unterbauung freiwirtschaftlicher Überzeugung und Propaganda. Den ersten Schriftsatz lobte er auf dem Bundestag als eine mir zu verdankende, besonders wertvolle Leistung, obwohl ich doch nur seine Gedanken als „guter Formulierer“ in Worte gefaßt hatte. Den zweiten, aus eigener Initiative und mit eigener Verantwortung verfaßten Schriftsatz ließ er mich mit bewundernswerter Nachsicht auf dem Bundestag vortragen im ruhigen Vertrauen auf meine bessere Einsicht, als ich beim Auditorium

die sich drohend anbahnende Spaltung spürte, und meine rasche Reaktion, dieses heiße Eisen sofort wieder fallen zu lassen.

Einen weiteren eindrucksvollen Beweis für Lautenbachs Toleranz und Weitsicht durfte ich mit meiner „Theorie der Natürlichen Wirtschaftsordnung“ erleben, die ich 1946 unter dem bescheideneren Titel „Ideale Wirtschaftsordnung“ verfaßt hatte und die ich nun auf Lautenbachs Veranlassung nach kleinen Textänderungen 1952 in seinem Vita Verlag unter dem, mir fast als Anmaßung erscheinenden Titel veröffentlichen durfte. Das war immerhin ein Wagnis, weil das Buch in wissenschaftlichen Kreisen wegen Darstellung der Gesell‘schen Lehre als laienhaft und in freiwirtschaftlichen Kreisen wegen Kritik an Gesells logischem Aufbau als ketzerisch galt – übrigens später auch bei manchen angesehenen Vertretern der „Sozialen Marktwirtschaft“ wegen antikapitalitischer Aussagen als beinahe kommunistisch, jedenfalls (wie eine mir hinterbrachte Äußerung lautete) „noch schlimmer als Rosa Luxemburg“.

Der Realpolitiker Lautenbach war erfolgreich durch eine sehr nüchterne Kalkulation von Mittel und Zweck – auch über die Köpfe all jener Freiwirte hinweg, die in naiver Begeisterung für eine in verläßlicher Lehre aufbewahrte Idee lebten, ja die Sinnerfüllung ihres persönlichen Lebens fanden und daher jede abweichende Haltung eines Freiwirtschaftlers als „Verrat an der Idee“ empfanden. So baute er zunächst einen präzise gegliederten Freiwirtschaftsbund auf und erhöhte durch zentralistische Organisation die Schlagkraft der Führung zum Zweck politischer Aktionen, während an der Basis, in den vielen Kreisverbänden und Ortsgruppen die ursprünglich äußerst rege Eigeninitiative zunehmend geschwächt wurde, bis schließlich weitgehend die Aktivität gelähmt und das Interesse erstickt war trotz der unablässigen Anweisungen und Ratschläge seitens des Bundesvorstandes mit der Zielsetzung, die gemeinsamen Aktionen auch an der Basis mitzutragen und im öffentlichen Bewußtsein zu verankern. Aber das betrachtete Lautenbach nicht als wesentlichen Mangel; denn er hatte sich nun mit dem Freiwirtschaftsbund das taugliche Mittel zur Zusammenarbeit mit den Neoliberalen geschaffen und die zu diesem

Zweck von ihm geschaffene Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft sollte ein ebenso taugliches Mittel zur Verwirklichung der „Sozialen Marktwirtschaft“ in *seinem* Sinne sein, das heißt mit bestmöglicher Annäherung an Gesells Konzept einer „Natürlichen Wirtschaftsordnung“.

Entscheidend war für Lautenbach einzig und allein, ob er den Erfolg schließlich für sich hat auch um den Preis, auf dem Weg zu diesem Erfolg die Mehrheit gegen sich zu haben. Nach meiner persönlichen Überzeugung hat er für diese Überlegung alle Möglichkeiten richtig einkalkuliert mit Ausnahme einer einzigen, aber leider entscheidenden: den eigenen vorzeitigen Tod. In diesem Augenblick zeigte sich allerdings mit erschreckender Deutlichkeit, daß der an der Spitze äußerst lebendige und aktive Freiwirtschaftsbund von unten her bereits abgestorben war.

Was Otto Lautenbach geleistet und geschaffen hat, ist zu einem großen Teil mitbestimmend und weiterwirkend in unser politisches und gesellschaftliches Leben eingegangen, auch wenn nur sehr wenige Menschen – die eigenen Gesinnungsfreunde eingeschlossen – dies erkannt haben. Zum anderen Teil wurde es freilich durch die später offenkundigen Fehlentwicklungen entwertet.

Wäre Lautenbachs Werk nicht vorzeitig durch den Tod unterbrochen worden, so hätte nach Überzeugung des Verfassers sich einiges in unserer Bundesrepublik anders entwickelt. Aber vielleicht werden wir recht bald durch schmerzliche Erfahrungen gezwungen, diese Probleme neu zu durchdenken, und vielleicht kann dann die Erinnerung an das, was Otto Lautenbach erreichte und was er erreichen wollte, uns eine mögliche Fortsetzung des Weges aufzeigen. Die vorliegende Schrift will jedenfalls hierzu nach Möglichkeit ihren bescheidenen Beitrag leisten.

2. Auszüge aus Reden und Schriften

(Überschriften und Zwischenüberschriften sind vom Verfasser eingesetzt)

Der aufmerksame Leser wird hier eine Fülle von Einsichten, Anregungen und Vorschlägen entdecken, die erst zum geringsten Teil

in unsere Wirtschaftstheorie und in die Praxis unserer „Sozialen Marktwirtschaft“ Eingang gefunden haben, jedoch zum überwiegenden Teil sehr akute Probleme betreffen, für die wir noch keine Lösung gefunden oder verkehrte Lösungen gesucht haben.

2.1 Über Freiheit und Bindung (1937)

in: Von der Arbeit der Schule der Freiheit und ihres Verlages (Aufsätze von 14 Autoren; Uchtdorf und Leipzig 1937)

Freiheit

Von Anbeginn strebte der Mensch, das Freiheitsideal für Gemeinschaft und Einzelwesen zu verwirklichen. In den vielfältigsten Formen wechselte die Vorstellung von der Freiheit, immer blieb sie unerreicht, immer blieb sie Sehnsucht, aber immer gab sie dem menschlichen Willen neue Triebkraft.

Die Freiheit des Einzelnen und der Gemeinschaft hat nur dann einen Sinn, wenn sie im Einklang mit den Gesetzen der Natur bleibt, dem Sinn des Lebens dient. Wir haben erlebt, was eine „Freiheit“ zuwege bringt, die nicht aus der Verantwortung dem Leben gegenüber geboren ist. Wir wünschen keine Freiheit, in deren Namen verantwortungsloses Handeln zur Lebensform erhoben wird, sondern die Freiheit im Sinn des Zarathustra: „Frei nennst du dich? Deinen herrschenden Gedanken will ich hören und nicht, daß du einem Joche entronnen bist. ... Frei wovon? Was schiert das Zarathustra! Hell aber soll mir dein Auge künden: Frei wozu?“ Der Kampf um diese Freiheit dient dem Leben, hilft das Rad der Geschichte vorwärts drehen, führt zum Sinn der Erde. (Seite 19 ff.)

Ordnungsformen

Die politische und soziale Ordnung stellt in den hier abgesteckten Grenzen die erste Aufgabe unseres Zeitalters. ...

Ohne Grund und Boden und seine Schätze kann kein Mensch und kein Volk leben. Dieser Sachverhalt ist uns in den letzten Jahren überdeutlich geworden. Die Neuordnung des Bodenrechtes, gelöst von dem römischen Rechtsbegriff, in Anlehnung an die altgermanischen Rechtsformen mit modernen Mitteln, wird die gelockerte

Verbindung des Volkes mit dem Boden wieder herstellen und echten Gemeinschaftsgeist erzeugen. ...

Ohne die Arbeitsteilung vermag kein Volk auf unserer Höhe der Kultur und Zivilisation zu leben. Wir haben erlebt, welchen Niederbruch auf allen Gebieten des Lebens das Versagen des Güter- und Leistungsaustausches, die Unterbindung der Arbeitsteilung in den Jahren der Deflation bewirkt hat. Hier muß die ordnende Hand mit einer bewußten Gestaltung eingreifen und ohne Rücksicht auf die Interessen des Goldes und des Zinses eine dauernde Entfaltung der produktiven Kräfte des Volkes unter Ausschaltung jeglichen arbeits- und mühelosen Einkommens ermöglichen.

Der Grund und Boden mit seinen Schätzen, die Arbeitsteilung mit dem reibungslosen, naturgemäßen Austausch der materiellen und geistigen Leistungen sind die Grundlagen unserer modernen Wirtschaft, die eine vernünftige gesellschaftliche Ordnung finden müssen, wenn die Kultur eine feste Grundlage bekommen soll. Hier ist ein weites Feld für die Betätigung des ordnenden Verstandes und des tatkräftigen Willens. Denn der Widersacher und Widerstände sind viele. (Seite 21 ff.)

Gemeinschaft

Heißt das nicht für den lebenfeindlichen historischen Materialismus eine Lanze brechen? Nein, nein und dreimal nein! Dies ist gewöhnlich die Ausflucht der Interessierten, die ihren eigenen Materialismus hinter kulturellem Gerede verbergen wollen, dort, wo die kulturträchtige Tat notwendig ist. Die menschenwürdigen Fragen beginnnen erst hier den ihnen gebührenden Raum zu umfassen. Die Arbeit an der Höherentwicklung des Einzelnen und der Gemeinschaften kann erst nach der sozialen Neuordnung richtig beginnen. ...

Diese Aufgabe setzt Freie voraus, freie, werkwillige und werkverhaftete Menschen, die nicht *von* allem Möglichen, sondern *zu* dem ihnen Möglichen frei sein müssen. Nur das ist wahre schöpferische Freiheit. Die *allgemeine* Freiheit kann nur darin betehen, daß die Hemmnisse, die von außen der Entwicklung des Einzelnen

in den Weg gelegt werden, fallen, damit sich die Menschen in ihren Gemeinschaften den ihnen innewohnenden Kräften gemäß entwickeln können und damit aus gesellschaftlichen Gründen „nicht mehr zum Schneckengang verurteilt ist, was Adlerflug hätte werden sollen“ (Schiller).

2.2 Die Welt am Kreuzweg (1937)

Uchtdorf und Leipzig 1937

Nicht Krieg noch Gold, sondern Freiheit

Die Welt ist noch lange nicht reif für die Wege der Vernunft; sie wird es auch, wenn wir unseren Erfahrungen trauen, nie auf Konferenzen werden, wohin die Delegierten mit einer riesigen Aktentasche voller Vorbehalten reisen: sie kommen zusammen, um möglichst viel von dem zu erhalten, das besteht. Das Bestehende jedoch erzeugt immer wieder die Schranken, die den Weg der Vernunft versperren. Eine Konferenz, die zu positiven Ergebnissen jenseits der Goldenen Internationale führen soll, fordert, das Bestehende einzureißen, verlangt von denen Opfer, die bisher die Welt beherrschten. Die Welt kann nur durch das bessere Beispiel, durch den Erfolg überzeugt werden. Und dieser will gegen diese Mächte erkämpft sein.

So betrachtet, kann die schwierige Lage Deutschlands als ein Glücksfall angesehen werden: Wir können für uns den Weg der Vernunft beschreiten, ohne andere Völker zu stören oder zu hemmen.

Deutschland lehnt den Krieg zur Lösung der Schwierigkeiten ab, denn der denkbar günstigste Erfolg steht in keinem Verhältnis zu den sicher zu erwartenden Verlusten an Blut und Gut, die auf Jahrzehnte hinaus ihre verheerende Wirkung fortsetzen würden. Außerdem könnte der Krieg nichts Wesentliches ändern, er würde sogar unter allen Umständen eine Stärkung der Kräfte bedeuten, die es zu schwächen, zu vernichten gilt: die Goldene Internationale. ...

Das deutsche Volk wird den Weg der Vernunft für sich gehen, es wird seine, erst im Jahre 1936 zurückerhaltene Währungshoheit

benutzen, um die begonnene Politik, den durchschnittlichen Preisstand stabil zu halten, weiterhin durchzukämpfen. Kommt dann eine Einigung über die Auslandschulden zustande, so kann Deutschland den Wechselkurs der Mark freigeben, die Devisenzwangswirtschaft langsam auflösen und sich in die Weltwirtschaft seiner Kraft und Leistung gemäß eingliedern. ...

Die Welt steht am Kreuzweg zwischen Krieg und Gold. Wir sehen, weil wir schärfere Augen haben als die Nachbeter der Goldenen Internationale und die leichtfertigen gedankenlosen Schwätzer des Tages, an diesem Kreuzwegweiser den dritten kampfbeschwerten Weg der Vernunft zu einer national unabhängigen, nach innen den Wohlstand, nach außen den Frieden gewährleistenden, vom Diktat des Zinses und vom Zwang des Goldes befreiten Wirtschaft. Um diesen zu beschreiten, müssen sich die Energien der politischen Kämpfer mit den Erkenntnissen der fortschrittlichen Wirtschaftsdenker zum Wohle des deutschen Volkes und schließlich zum Wohle der Welt verbinden. (Seite 38 – 40)

2.3 Zielprogramm des Freiwirtschaftsbundes (1942) (vergleiche Schluß von II.3)

Präambel

Wir bauen die freie Welt von Morgen ohne Vorrechte, in der jeder Mensch, gleichgültig, woher er kommt, an den Platz für Leben und Wirken gelangt, der seinen angeborenen und im Lebenskampf erworbenen Fähigkeiten und den damit vollbrachten Leistungen entspricht; eine Welt, in der soziale Gerechtigkeit mit einem Höchstmaß an persönlicher Freiheit verbunden ist.

Wir kämpfen mit allen zweckdienlichen Mitteln für die Verwirklichung unseres innen- und außenpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Programmes im gegebenen geographisch-politischen Bereich.

Wir schaffen damit die unerläßliche Voraussetzung für eine von der äußeren Welt ungehemmte Entwicklung freier, selbstverantwortlicher Menschen, für das natürliche Wachstum einer wahren Gemeinschaft unter ihnen und für die Gestaltung einer natürlichen

Gesellschaftsordnung, die dem Leben dieser freien Menschen und ihren Gemeinschaften nach innen und außen dient.

2.4 Manifest der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit (1948)

Geschrieben 1948 vor der vollen Auswirkung der „Sozialen Marktwirtschaft". Im Auszug abgedruckt in: Beiträge zur Situation der menschlichen Gesellschaft (Kassel 1956). (Vergleiche inhaltliche Charakterisierung in III.4.3a).

Dieses Manifest will eine Entscheidung herbeiführen; eine Entscheidung für den lebendigen Menschen und seine persönliche Freiheit, gegen den lebensfeindlichen Kollektivismus und seinen Terror. Diese Entscheidung heißt heute nicht Ost oder West; denn dort ist der Mensch vollständig geknebelt, entrechtet und entwürdigt, und hier wird er nach dem inneren Gesetz der freien Wirtschaft des Liberalkapitalismus von Stufe zu Stufe in den gleichen Zustand hinabgedrängt. (Seite 123) ...

Kollektivismus wirkt septisch. Wo immer eine auch noch so kleine Dosis dem sozialen Körper zugeführt wird, vergiftet sie, wenn auch langsam und schleichend, die ganze menschliche Lebensordnung. In diesem Zustand zunehmender Vergiftung befindet sich die abendländische Welt. Deshalb heißt die abendländische Entscheidung nicht: Ost oder West, sondern: zerstörender Kollektivismus oder aufbauende Freiheit. Die freie Lebensordnung fällt uns nicht zu. Sie muß erkämpft werden gegen die trägen Herzen, gegen die vernebelten Köpfe und gegen die Macht der Interessen. Für diesen Kampf ruft das Manifest die einzelnen Menschen auf, denn die Entscheidung für die Freiheit fällt in Herz und Gewissen eines jeden von ihnen. Die welterschütternden Ereignisse in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben die Kulturwelt in eine Krise von steigender Wucht getrieben. Sie droht entweder in „viele Untergänge ohne Würde" *(Stefan George)* einzumünden oder in einer bis dahin noch nie dagewesenen Katastrophe ihren vernichtenden Abschluß zu finden. Der naive Glaube des 19. Jahrhunderts an stetigen Fortschritt und aufsteigende Entwicklung ist in den Weltkriegen jäh zusammengebrochen.

Im *Fortschrittsglauben* befangen und von der Entwicklungslehre beherrscht, hat die bürgerliche Welt die klaffenden Risse im Fundament der herrschenden Gesellschaftsordnung übersehen und das deutlich vernehmbare Knistern im Gebälk überhört. Dabei fehlte es nicht an Warnern. *Jakob Burckhardt* hat, gestützt auf vergleichende Geschichtsbetrachtung, seherisch davon gesprochen, im kommenden 20. Jahrhundert werde „die Autorität ihr schreckliches Haupt erheben", und – wurde nicht beachtet. Was aber war *tatsächlich* geschehen? Die herrschende Schicht hat im 19. Jahrhundert das ewige *Kommen und Gehen der Krisen* nicht als die Folge von *Baufehlern der Gesellschaftsordnung* verstanden, sondern als eine vorübergehende Abweichung vom Normalen. Die auftretenden Notstände versuchte sie mit einzelnen sozialpolitischen Maßnahmen zu bekämpfen. Die „Not der Industrie" und die „Not der Landwirtschaft" glaubte sie mit Subventionspolitik und Schutzzöllen überwinden zu können. Die aus der sozialen Spannung hervorgegangenen politischen Schwierigkeiten wollte sie mit demokratischen Kompromissen aus der Welt schaffen. Tatsächlich aber wurde durch solche einzelnen Maßnahmen sozialpolitischer, wirtschaftspolitischer, innen- und außenpolitischer Art der Staat immer mehr verkompliziert, seine Aufgaben weiteten sich aus, die internationalen Beziehungen wurden fortgesetzt gestört, der Ablauf des sozialen und politischen Lebens immer mehr von *einzelnen* Maßnahmen überwuchert, ohne daß auch nur *eine* wesentliche Schwierigkeit hätte gründlich überwunden werden können. Während dieses Vorgangs lösten die stets wachsenden sozialen Spannungen die auf irrige theoretische Ansichten gegründete Arbeiterbewegung aus, die in allen industrialisierten Ländern stark emporwuchs und zu einer akuten Gefahr für die bestehende Ordnung werden mußte. In der Revolution von 1917 in Leningrad ist sie in *einem* großen Lande *scheinbar* an das Ziel ihrer Wünsche gelangt. Diese Entwicklung trieb schließlich in die Weltkriege hinein. Die Weltkriege lösten jedoch nicht die Fragen, sondern vermehrten die Schwierigkeiten und verschärften die sozialen Spannungen, zerschlugen entweder die bestehenden, brüchig gewordenen Ordnungen oder schwäch-

ten sie. In allen Teilen der Welt aber ist auf diesen morschen Grundlagen die Hybris des Staates emporgewuchert und hat den einzelnen Menschen in seiner Entfaltung immer mehr behindert und seine Freiheit beschnitten. In der Sowjetunion und im Dritten Reich Adolf Hitlers ist der Mensch seiner persönlichen Freiheit, und damit seiner Würde, vollständig beraubt worden, er war und ist nur noch ein willenloses Rädchen in einer seelenlosen Apparatur. Aber auch in den Staaten, die immer noch die persönliche Freiheit, die Humanität und die Menschenwürde als Grundlage ihrer Lebensordnung betrachten, bröckeln diese Menschenrechte immer stärker ab. Von den ihrer Natur nach schon fragwürdigen Grundlagen des menschlichen Lebens und Zusammenlebens ist durch die Weltkriege und deren Folgen nur noch wenig übrig geblieben, so daß sich das Leben nicht mehr nach *seinem inneren Gesetz* abspielen kann, sondern nach den Regeln einer *Flut von Gesetzen,* mit denen vergeblich versucht wird, die einzelnen politischen, sozialen, wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Fragen zu beantworten. Damit aber wird der Mensch ein Spielball der Macht und Gewalt von Seinesgleichen in staatlichen und halbstaatlichen Ämtern. Es ist rechtens, daß der Mensch über die Sachen herrsche und nach Belieben mit ihnen verfahre – aber nicht über Seinesgleichen. In den Kriegen selbst hat sich die Menschheit zu Millionen gegenseitig gemordet. Darüber hinaus wurden in verschiedenen Teilen der Welt während und nach den Kriegen Millionen Menschen gewaltsam ihrer Heimat beraubt, in Konzentrationslager gesteckt, weitere Millionen mit diabolischer Systematik ausgerottet. So kam es zur Mißachtung des Menschen, sein Leben steht nicht mehr hoch im Kurs, der einzelne hat seine innere Sicherheit verloren und ist dem Nihilismus ausgeliefert. Selbst dort, wo vorübergehend eine Rückwendung zur Religiosität festgestellt werden kann, beruht sie oft auf hilfloser Schwäche oder gar auf rein formaler Äußerlichkeit. Auch von hier aus ist eine bindende und bildende Kraft für eine neue sachliche Ordnung kaum zu erwarten. So bietet die zivilisierte Welt im Zeitalter der Weltkriege das Bild einer Zerstörung aller Grundlagen, einer vollständigen Auflösung aller Bindungen, und eines blind

in die Zukunft taumelnden Menschen, der ständig von Macht und Gewalt bedroht, ins Nichts hinausgestoßen ist. (Seite 123 – 125) ...

Im rechten Verhältnis zu den unwandelbaren Gesetzen der Natur, zum unendlichen Raum und zur ewigen Zeit betrachtet, bekommen wir den rechten Blick für die niederdrückenden Ereignisse in den letzten paar tausend Jahren, die wir Weltgeschichte nennen. Wir sind noch am Anfang. Die uns zugängliche geschichtliche Erfahrung stützt sich nur auf etwa 250 Generationen, die Menschheit macht in ihren Kinderschuhen die ersten Gehversuche. Innerhalb der unwandelbaren Gesetze der Natur, des unendlichen Raumes und der ewigen Zeit ist dagegen der Mensch das höchstentwickelte Wesen. Er zeichnet sich vor der materiellen Welt, dem Pflanzen- und Tierreich durch die Vernunft aus und durch seine Fähigkeit, in freier Entscheidung Ja und Nein zu sagen und zu tun. Jeder einzelne Mensch ist mit all seinen Fehlern und seinen Vorzügen, seinen Schwächen und seinen Kräften ein einmaliges, unwiederholbares Wesen. Er ist erhoben zum bewußten Gestalter des Lebens und dessen Formen innerhalb der unwandelbaren Gesetze der Natur in Raum und Zeit. Das geschichtliche Werden folgt immer aus menschlichem Planen und Handeln. Der Mensch entwickelt bei diesem Wirken seine Individualität. Seit Anbeginn strebt er dabei nach persönlicher Freiheit, die durch die allgemeine Ordnung, die er sich schafft und in der er lebt, beschränkt wird. So ist es Aufgabe der Politik, die Bindungen, denen der Mensch zwangsweise unterworfen ist, nach den Gesetzen der Vernunft zu regeln, damit dem Leben am besten gedient ist und die einzelnen Menschen und ihre frei gebildeten Gemeinschaften die Höhen des Lebens erreichen können, die ihnen gemäß sind. (Seite 125 – 126)

2.5 Freiwirtschaftliche Politik im gewandelten Kapitalismus (1951)

(abgedruckt im Verbindungsbrief des Freiwirtschaftsbundes, Dezember 1951)

Marktwirtschaft und freiwirtschaftliche Reformen

Wir müssen zur Kenntnis nehmen: *die freiwirtschaftlichen Reformen haben die Marktwirtschaft zur Voraussetzung, weil sie nur*

dort wirksam sein können. Sie bauen auf wirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten auf; *Wirtschaftsgesetze* – so hat es Dr. Winkler einmal formuliert – *gibt es aber nur in der Marktwirtschaft.* Alle Wirtschaftspolitik besteht ja im Grund darin, die Wirtschaftsgesetze an ihrer Auswirkung zu verhindern. So ergibt sich aus der Situation zwingend: das *Problem der Wirtschaftsordnung* müssen wir als erstes in den *Mittelpunkt* unserer Forderungen stellen. Und es ist erstaunlich, welch große Arbeit hier von anderen geleistet worden ist, hauptsächlich im Bereich der Wissenschaft, vor allem bei den Neoliberalen, insbesondere von der Freiburger Schule, zu der unser Gastreferent Professor Rüstow gehört, ebenso Walter Eucken, Leonhard Miksch, Franz Böhm u. a. Diese Gruppe von Nationalökonomen hat es verstanden, das *ordnungspolitische Denken* in den Mittelpunkt zu stellen. Diese Arbeit ist für uns außerordentlich wichtig. (Seite 24)

Geldverwaltung

Gerade das Schulbeispiel der Politik der Bank deutscher Länder in Deutschland seit 1948 zeigt, worauf es ankommt. Die vorübergehende Hortung von recht erheblichen Beträgen hat ihre Ursache nicht darin, daß diese Geldhorter den Zins erpressen wollen, sondern zum Teil sind es Preiserwartungen, zum Teil ist es Angst vor dem Finanzamt, zum Teil mangelndes Vertrauen in die Zukunft des Geldwertes, die den einzelnen dazu bewegt, Geld in der liquidesten Barform zu halten. Das Problem, das der deutschen Währungspolitik gestellt ist, heißt also *Regulierung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes*, um einen stetigen Umlauf des Geldes zu erzielen und damit einen Gleichgewichtsstand der Wirtschaft, der zu einer beständigen Konjunktur führt. Vermutlich wird die Situation so bleiben, solange das gegenwärtige Zwittersystem existiert. Mit dieser Argumentation stoßen wir auch unmittelbar in die aktuellen Fragen hinein, die heute sowohl in der Bank deutscher Länder wie im gesamten Bankwesen die Gemüter beschäftigen. Man ist dort unsicher geworden, und man beginnt, wenn auch zögernd, auf diese Argumentation zu hören. (Seite 28)

Gewandelter Kapitalismus

Wir müssen die Wandlungen des Kapitalismus zur Kenntnis nehmen und daraus die freiwirtschaftliche Politik entwickeln. Unberührt davon bleibt selbstverständlich unsere Grunderkenntnis, daß die Freiwirtschaft ein in sich geschlossenes Programm darstellt und nur geschlossen vertreten werden kann; sie ist unteilbar.

2.6 Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft (1951)

im Bericht über die Vorträge auf dem Bundestag 1951
(vergleiche III.4.3b)

Einführung der sozialen Marktwirtschaft durch die Bundesregierung

Wir kommen zum Kern unserer Tagung, wenn wir über die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands, über die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung sprechen und aus der Analyse der Situation die nötigen Folgerungen ziehen. ...

Vergessen wir nicht, daß die heutige Bundesregierung und die hinter ihr stehenden Parteien ihren Sieg im Wahlkampf 1949 mit der Forderung nach der sozialen Marktwirtschaft errungen haben. Es sind seit 1948 Versuche gemacht worden, eine soziale Marktwirtschaft durchzusetzen. Es gab gegen diese Politik mannigfache Widerstände, Widerstände institutioneller Art, Widerstände der Alliierten, Widerstände vor allem durch die verschiedensten Interessen- und Parteigruppierungen.

Wenn trotz aller dieser Widerstände der geradezu beispiellose Erfolg der deutschen Wirtschaftspolitik seit 1948 konstatiert werden muß, so müssen wir erkennen, daß dieser Erfolg *allein den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft* zu danken ist, denn die Erfolge sind nur dort zum Zuge gekommen, wo diese Grundsätze angewendet wurden. Wir nehmen diese Erfolge heute als selbstverständlich hin und erinnern uns kaum noch an die Verhältnisse vor dem 20. Juni 1948. Wer damals in der Öffentlichkeit stand und in Versammlungen mit guten Gründen gefordert hat, die Bewirtschaftungsmaßnahmen in einer Verbindung mit einer Wäh-

rungsreform vollständig aufzuheben, der erinnert sich wahrscheinlich noch, wie er belächelt wurde. Er wurde belächelt nicht nur von denen, die einsichtslos waren, sondern auch von den Einsichtigen. Ich entsinne mich an Gespräche mit älteren erfahrenen Leuten aus der Wirtschaft, die ihrem Alter und ihrer Erfahrung nach die marktwirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie vor 1914 lagen, genau kannten. Selbst diese waren skeptisch gegenüber der Forderung, die Bewirtschaftung in Verbindung mit einer Währungsreform aufzuheben. Sie sagten, beeindruckt durch die Realität, so einfach gehe das nicht, die Bewirtschaftung müsse bestehen bleiben, oder sie könne höchstens Zug um Zug langsam im Verlauf einiger Jahre abgebaut werden. Heute sehen wir, daß es ging und daß es sehr gut ging. An diesem Ereignis beweist sich das Wort von Goethe, der gesagt hat, der Irrtum behaupte sich in der Wirklichkeit viel stärker als die Wahrheit in der Idee. Wir erleben tagtäglich, wie der realisierte Irrtum eine stärkere Beweiskraft entwickelt als die schönsten und logisch in sich geschlossenen Ideen. In dem einen Fall hält man sich an die eingefahrene Realität, im anderen Falle dagegen ist man gezwungen, seine Fantasie spielen zu lassen, sich etwas vorzustellen und auf das eigene Hirn hin zu denken; und schließlich bleibt noch das Wagnis, darauf zu vertrauen, daß das, was man theoretisch gefunden hat, nun auch praktisch wirklich eintreten muß. Hier liegt auch ein großer Teil der Widerstände, die heute noch gegen die vollkommene Freigabe der Wirtschaft stehen. Solange aber die Wirtschaft nicht vollkommen frei ist von diesen Eingriffen, können wir von sozialer Marktwirtschaft noch nicht sprechen. (Seite 47 f.)

Kapitalmarkt

Wir müssen daraus eines erkennen: eine Beseitigung aller dieser Reglementierungen und Hemmungen macht noch sehr *respektable funktionale Reserven* mobil, die eine weitere wesentliche Erhöhung des Sozialproduktes und damit des Lebensstandards möglich machen. Wenn unsere Forderung verwirklicht wird, die gesamte Wirtschaft von der Reglementierung frei zu machen, wird man wahrscheinlich, ähnlich wie im Juni 1948, überrascht sein, welch große Erfolge eine solche Politik zu erzielen vermag.

Weniger augenfällig, wenn auch nicht weniger wirksam, sind die Störungen für unsere Wirtschaftsentwicklung, die von dem *Kapitalmarkt* ausgehen. Es ist bis jetzt versäumt worden, einen funktionsfähigen Kapitalmarkt herzustellen. Zu einem Teil herrscht hier die Reglementierung, wie zum Beispiel das Zuteilungsverfahren der Marshall-Plan-Gelder. Doch wesentlicher ist, daß wir keine Zinswahrheit haben, sondern daß die Zinssätze künstlich fixiert sind auf einer Höhe, die der wahren Marktlage aufs krasseste widerspricht. Dadurch wird auf der einen Seite die Kapitalverschwendung gefördert, weil der Einzelne, der Kredit erhalten kann, ihn unter allen Umständen nimmt und verwendet, auf der anderen Seite fehlt der Anreiz für den Sparer, Kapital neu zu bilden, weil die fixierten Zinssätze offensichtlich der Marktlage nicht entsprechen. Wir vom Freiwirtschaftsbund brauchen wohl kaum zu sagen, daß wir nicht für *hohe* Zinsen plädieren, sondern wir treten für den *marktgerechten* Zins ein. Es wird auch wenig Sinn haben, die Zinssätze zu *erhöhen* und neu zu *fixieren*, sondern entscheidend ist, daß die Zinssätze *frei gegeben werden* und sich nach der Marktlage einspielen. Nur damit kann der Kapitalmarkt wieder funktionsfähig werden. Ein funktionsfähiger Kapitalmarkt ist für eine Marktwirtschaft ebenso unerläßlich wie die Freiheit im Warenverkehr.

Angesichts dieser Tatsache ist es auch müßig, immer wieder den Vorwurf zu erheben, unsere Marktwirtschaft sei mit dem Schönheitsfehler belastet, daß der Aufbau fast ausschließlich mit der Selbstfinanzierung aus Gewinnen finanziert worden sei. Sicher sind mit der Selbstfinanzierung Fehlinvestitionen in beachtlichem Ausmaß entstanden. Diese Fehlinvestitionen dürfen wir aber nicht den Investoren zur Last legen, sondern sie sind verschuldet durch das Fehlen eines funktionsfähigen Kapitalmarktes.

Wir erheben deshalb als weitere Forderung die vollständige Freigabe des Kapitalmarktes, um dem Sparer den Anreiz zum Sparen zu geben und eine sorgfältige Kapitalverwendung zu erreichen.

Hinzu kommt noch, daß auf die Verhältnisse des Kapitalmarktes auch die verfehlte *Steuerpolitik* hineinwirkt. Es kommt heute

vor, daß Unternehmungen auf der einen Seite in ihrer Bilanz ein Bankguthaben von 5 Millionen DM ausweisen und auf der anderen Seite einen Bankkredit in ebensolcher Höhe, die sich gegenseitig aufheben. Nebenbei gesagt werden von verschiedenen Theoretikern beide Summen zur Geldmenge gezählt, die dann ganz erstaunliche Summen ergibt, die aber praktisch bedeutungslos sind. Man nennt diesen Vorgang Hortung von Liquidität. (Seite 50 f.)

Steuerpolitik

Damit sind wir bei einem weiteren Punkt unseres Programmes angelangt: bei der Steuerpolitik. *Die Steuerpolitik ist heute ein bestimmender und entscheidender Faktor für die wirtschaftlichen Dispositionen geworden.* Wir müssen uns klar machen, daß es wohl kaum noch einen Unternehmer gibt, der nicht bei jedem größeren Geschäft, das er zu tätigen beabsichtigt, zuerst die Frage stellt, wie dieses geplante Geschäft unter steuerpolitischen Gesichtspunkten aussieht. So bestimmt also die Steuerpolitik die Entscheidungen der Unternehmen und nicht die wirtschaftliche Situation. Damit ist eine weitgehende *Verfälschung der Marktwirtschaft* gegeben. Die Steuerpolitik ist wirtschaftspolitisch und konjunkturpolitisch nicht mehr neutral (Seite 51) ...

Wenn eine Steuerreform diesen Namen verdienen soll, dann muß sie 1. eine wesentliche Vereinfachung der Steuerpolitik herbeiführen; und 2. muß sie konjunkturpolitisch neutralisiert werden.

Dies erfordert, die Besteuerung grundsätzlich auf die Ergebnisse der Wirtschaft, auf die Einkommen in ihrer verschiedenen Form zu beschränken, während sämtliche übrige Steuern zu beseitigen sind.

Diese einfachen Grundsätze klingen vielleicht angesichts des ungeheuren Steuerwirrwarrs fantastisch. Man wagt kaum zu glauben mit *einer* Steuer auszukommen, nachdem wir gegenwärtig mit 48 nicht zurecht kommen. Bedauerlicherweise liegt es hier so, daß fast alle Sachverständigen auf diesem Gebiet gleichzeitig auch Interessenten sind, sowohl auf der Seite der Finanzverwaltung, wie auch auf der Seite der Finanzberatung. Die

Furcht, eine Stellung, ein Amt, eine Beschäftigung zu verlieren, trübt das Urteilsvermögen. Wir dürfen aber nicht übersehen, daß der Verwaltungsapparat weit überdimensioniert ist und die Wirtschaft belastet. Dabei handelt es sich nicht allein um den Apparat der Finanzverwaltung, sondern, was zumeist übersehen wird, – daß ihm gegenüber der gleiche Apparat nochmals in der Wirtschaft in Form von Steuerabteilungen und Steuerberatungen besteht, die nochmals recht beachtliche Kosten verursachen.

Die Beschränkung der Steuerpolitik im wesentlichen auf die Einkommensteuer ist schon deshalb möglich, weil ohnedies sämtliche Steuern stets aus dem Einkommen bezahlt werden. Wir sollten auch hier zur Ehrlichkeit zurückkehren und jedem sagen, was er an Steuern zu bezahlen hat. Die indirekten Steuern zum Beispiel belasten ja den Einzelnen und meist den kleinen Mann sehr stark, nur spürt er nicht so deutlich, was er eigentlich zu zahlen hat.

Selbstverständlich muß in diesem Falle auch eine vernünftige Staffelung der Einkommensteuer durchgeführt werden. Es wird sich dann sehr schnell zeigen, daß bei geringerer prozentualer Besteuerung das Steueraufkommen keineswegs zu sinken braucht, sondern sich sogar noch erhöhen kann. Jede Überspannung der Steuerstaffel führt zur Steuerunehrlichkeit aus Gründen der Selbsterhaltung, führt zur künstlichen Kostenproduktion und *unterbindet den Wettbewerb*. Bei den gegenwärtigen Steuersätzen kann ein rationell und sparsam arbeitender Unternehmer einen verschwenderisch arbeitenden nicht niederkonkurrieren, weil die hohen Steuersätze jeden Leistungsvorteil annullieren. (Seite 53 f.)

Institutionelle Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft

Die soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung wird erst dann existent sein, wenn wir ihr die notwendigen *institutionellen Grundlagen geben*. Diese sind

1. ein stabiles und funktionsfähiges Währungssystem;

2. ein unbehinderter Leistungswettbewerb, der die Überwindung der Monopole voraussetzt. (Seite 57)

Währungsstabilität

Die Sicherung der Kaufkraftbeständigkeit der Währung ist aber nur *eine* Seite der Währungsfrage. Die Währung, also unsere DM, ist nicht nur eine Recheneinheit für die täglichen Käufe und Verkäufe, für alle Verträge, die auf DM lauten, wie Lebensversicherungen, Ersparnisse, Bausparverträge, sondern die Währung, das Geld, ist auch gleichzeitig das *Tauschmittel* der Wirtschaft. Alle Umsätze gehen über das Geld. Bei jeder wirtschaftlichen Handlung wird Geld gegen Ware getauscht. In einer groben Verallgemeinerung gesprochen, wird die Gesamtnachfrage in der Wirtschaft durch das Geld und das Gesamtangebot durch die zum Markt kommende Ware repräsentiert. Wenn sich beide die Waage halten, dann ergibt sich logischerweise im Durchschnitt ein stabiler Preisstand. Mit der Geldmengenregulierung hat es also die Notenbank in der Hand, einen stetigen *Gleichgewichtszustand* zwischen Gesamtangebot und Gesamtnachfrage herzustellen. ...

Wenn die Notenbank diese ihre zweite Aufgabe erfüllt, den Gleichgewichtszustand zwischen Gesamtangebot und Gesamtnachfrage herzustellen, so ergibt sich die Identität dieser Forderung mit der ersten nach der Kaufkraftbeständigkeit des Geldes. *Gleichgewichtszustand in der Wirtschaft heißt gleichzeitig stabiler Preisstand.* (Seite 59 f.)

Leistungswettbewerb (gegen Vermachtung der Wirtschaft)

Das zweite Fundament für eine soziale Marktwirtschaft ist die Herstellung eines freien, *ungehinderten Leistungswettbewerbes*. Freier Leistungswettbewerb ist unvereinbar mit Monopolen, mit monopolistischen Gebilden, ist unvereinbar mit dem, was man die *Vermachtung der Wirtschaft* nennt.

Man kann die Marktwirtschaft nur dann eine soziale nennen, wenn es in ihr keine Monopole gibt. Die Überwindung der Monopole ist eine wichtige Aufgabe für die Errichtung der sozialen Marktwirtschaft.

Zunächst müssen wir bei den Monopolen unterscheiden, ob es sich um *natürliche Monopole* handelt oder um solche, die aus der

Wirtschaftsordnung hervorgegangen oder in ihr eingerichtet worden sind.

Unter natürlichen Monopolen verstehen wir hier alle, die sich auf den Besitz von Grund und Boden und von Bodenschätzen stützen. Denn der Grund und Boden ist so groß wie die Erdoberfläche und die Schätze der Erde sind von Natur aus gegeben. Wir können sie nicht vermehren. Infolgedessen wird die Knappheit an Grund und Boden und ihren Schätzen immer wieder Monopole hervorrufen, die wir mit den Mitteln der Wirtschaftspolitik nicht überwinden können. Hier muß die *Rechtsordnung* einsetzen. Es ist ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, daß der Monopolvorsprung in den Besitz der Allgemeinheit übergeführt wird.

Anders steht es mit den Monopolen und monopolartigen Gebilden in der Wirtschaft, die, wie zum Beispiel die Kartelle, als *künstliche Monopole* anzusehen sind. Sie entstehen aus dem Streben nach Macht und dem Streben nach höherem Gewinn. Sie können nur entstehen und können sich nur halten, solange in der Wirtschaft ein *relativer Kapitalmangel* herrscht. In einer sozialen Marktwirtschft auf der Grundlage einer kaufkraftbeständigen und funktionsfähigen Währung wird eine stetige Konjunktur zur stetigen Kapitalbildung führen. Charakteristisch ist für die Monopole, daß sie eine *höhere Rente* abwerfen, als sonst in der Wirtschaft durchschnittlich erzielt wird. Und es ist charakteristisch für die freie Marktwirtschaft, daß der Strom der neugebildeten Kapitalien sich dort hinwendet, wo die höchste Rendite erzielt wird. Es liegt auf der Hand, daß die Kapitalneubildung sich den Branchen zuwendet, die von Monopolen beherrscht sind. Außenseiter werden einbrechen und auf die Dauer werden unter der stetigen Konjunktur die Monopole niederkonkurriert werden Seite 60 f.) . . .

So scheint es geboten, für die Überwindung der Monopole sich nicht nur auf den Automatismus der Marktwirtschaft zu verlassen, sondern mit einer *Antimonopolgesetzgebung* nachzuhelfen. Diese Antimonopolgesetzgebung muß Monopolbildungen grundsätzlich verbieten und unter wirtschaftliches Strafrecht stellen. Wir sind uns selbstverständlich alle darin einig, daß auch die radikalste Mo-

nopolgesetzgebung mit all den Mängeln behaftet ist, die jeder Gesetzgebung eigen sind: sie wird unzulänglich sein und nicht vollständig wirksam werden können. Außerdem wird die Antimonopolgesetzgebung klar und deutlich machen, daß die Regierung gewillt ist, der Marktwirtschaft einen ausgeprägten sozialen Charakter zu verleihen. Das müssen wir gerade zu denjenigen sagen, die auch für die Marktwirtschaft eintreten, sie als soziale plakatieren, aber darunter lediglich verstehen, gelegentlich einige soziale Pflästerchen aufzusetzen, die meistens noch aus der östlichen Apotheke stammen, im übrigen aber alles beim alten lassen wollen, wie es der Liberalismus hervorgebracht hat.

Diese Verfahren haben auch eine eminent wichtige menschliche Seite: soziale Hilfsstellungen und soziale Pflästerchen diffamieren den Menschen, weil sie ihm das Gefühl geben, daß er Almosen bezieht. Dagegen wird die echte soziale Marktwirtschaft dem Menschen die Sicherheit geben, daß er stets Arbeit findet, um für sich und die Seinen aus eigener Kraft sorgen zu können. Dies hebt das Selbstbewußtsein des Menschen und entzieht ihn dem Kollektiv und der Vermassung.

Die soziale Marktwirtschaft, charakterisiert durch eine kaufkraftbeständige und funktionsfähige Währungsordnung und durch unbehinderten Leistungswettbewerb, mobilisiert noch erhebliche funktionale Reserven, die zur Erhöhung des Lebensstandards in Freiheit dienen können. Dies ist keine leichtfertige Vermutung. Denn die halbseitig gelähmte Marktwirtschaft, die wir seit 1948 haben, hat unbestreitbar einen gewaltigen Aufstieg der Wirtschaft herbeigeführt und auch den Lebensstandard beträchtlich gehoben. (Seite 61 f.)

Mitbestimmung

Eine weitere große Gefahr für die soziale Marktwirtschaft besteht in dem Kampf der Gewerkschaften um das *Mitbestimmungsrecht*. Das Mitbestimmungsrecht von betriebsfremden Gewerkschaftsfunktionären leitet das Ende der freien Marktwirtschaft und der Freiheit überhaupt ein; denn es ist eine Vorstufe der Sozialisierung. Der Arbeiterschaft und den Angestellten kann indessen

nicht mit dem Mitbestimmungsrecht geholfen werden, sondern nur in einer aufstrebenden Wirtschaft mit stetig steigenden Löhnen und Einkommen. Man darf keinesfalls den Gewerkschaften in Fragen des Mitbestimmungsrechts Konzessionen machen. Dagegen muß man mit den fortschrittlichen Kräften, die sich auch dort finden, ein Gespräch einleiten, um zu zeigen, daß die soziale Marktwirtschaft gerade für den Arbeiter und Angestellten die gegebene Wirtschaftsform ist. Denn in der sozialen Marktwirtschaft, die keine Monopole kennt, ist der Konsument der Belohnte, weil der freie Wettbewerb dafür sorgt, daß die Preise bis an die Kostengrenze herunterkonkurriert werden, um den Konsument bestmöglich und billig zu bedienen. So ist es auch durchaus nicht überraschend, daß Bundeswirtschaftsminister Erhard gerade aus Kreisen kartell- und monopolfreundlicher Unternehmer aufs schärfste angegriffen wird. Unverständlicher ist, daß ihn auch die Gewerkschaften so scharf angreifen, während doch gerade seine Politik der sozialen Marktwirtschaft für die Arbeiter und Angestellten das bestmögliche aus der Wirtschaft herausholt.

Die Fronten der tatsächlichen Interessen verlaufen ganz anders, als sie sich in der Öffentlichkeit im Kampf der Ideologien abzeichnen. Die sachliche Prüfung der sozialen Marktwirtschaft muß ergeben, daß eine überwiegende Mehrheit des Volkes, einschließlich der Arbeiter und Angestellten, sich für die Marktwirtschaft einsetzen können. (Seite 63 f.)

Verfassungsrechtliche Fundierung der sozialen Marktwirtschaft

Es wird darauf ankommen, und ich glaube, es kommt in allernächster Zeit darauf an, daß die Menschen, die sich verantwortlich fühlen, eine gültige Ordnung unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens zu schaffen, von grundsätzlichem Denken zu grundsätzlichem Handeln vorstoßen. Wenn wir mit einer Politik der Einzelmaßnahmen weiterhin auf der schiefen Ebene bleiben, dann landen wir notwendig dort, wo die Kommunisten schon längst in Moskau angekommen sind. Professor Rüstow hat in seinem Vortrag sehr deutlich klargemacht, daß eine Demokratie nur zu halten ist, wenn sie mit einer ihr entsprechenden

Wirtschaftsordnung, mit der sozialen Marktwirtschaft, verbunden ist. Wenn wir in einer Demokratie die Planwirtschaft einführen, dann wird jede Demokratie notwendig zum totalen Staat. Deshalb muß die soziale *Marktwirtschaft verfassungsrechtlichen Charakter* bekommen, wenn die übrigen Bestimmungen der Verfassung, insbesondere über die Menschenrechte, mehr sein sollen als Papier.

2.7 Geldwertstabilität und Kapitalmarktreform (1952)

Das Programm der Freiheit, Bericht über die Vorträge auf dem Bundestag 1952. (Vergleiche III.4.3b).

Währungspolitik (Aufgabe der Notenbank)

Jedenfalls steht fest, daß eine Währungspolitik, die auf einen etwa gleich bleibenden Preisstand – über dessen Definition man sich noch unterhalten kann – ausgerichtet ist, ein dynamisches Gleichgewicht in der Wirtschaft bewahren und die Geldwertstabilität sichern kann. Überdies wird eine solche Politik sehr zur Beruhigung der bisher noch stark wechselnden Kaufkraftströme beitragen, die sich in den vergangenen Jahren so störend bemerkbar machten.

Es wäre indessen verfehlt, von dieser Politik zu erwarten, daß damit unter allen Umständen ein dynamisches Gleichgewicht gesichert werden kann. Wiederum hat Dr. Winkler in seinem Referat deutlich geklärt, daß eine Währungspolitik mit dem Ziel des Gleichgewichts und der Kaufkraftbeständigkeit niemals die Sicherheit einschließt, daß die von der Geldschöpfung abhängigen Nachfrage*möglichkeiten* auch stets *wirksame Nachfrage* sein werden. Wir haben in den letzten Jahren, 1949 zum Beispiel und gegenwärtig, beobachten können, daß Geldvermehrung allein nicht ausreicht, depressive Züge der Wirtschaft zu überwinden, wenn das vorhandene Geld nicht als Nachfrage auftritt, sondern in Horten verschwindet, die Liquiditätsvorliebe das Gleichgewicht stört. Wenn wir diese Lücke schließen und die durch das Geld repräsentierte Nachfrage nach Waren immer als wirksame Nachfrage sehen wollen, dann ist es unerläßlich, auch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes unter die Herrschaft

der Notenbank zu bekommen, was unseres Erachtens mit der von uns vorgeschlagenen Umlaufsicherung des Geldes zuverlässig erreicht werden kann. Erst dann wird die Notenbank in der Lage sein, unter allen Umständen Gleichgewichtstörungen mit beinahe sofortiger Wirkung zu beseitigen.

Meine Damen und Herren, es wurde uns schon oft entgegengehalten, mit diesen Methoden wäre es eine einfache Sache, eine Notenbank zu leiten. Der Präsident käme Montag morgens ins Büro, betrachte sich den Preisindex und würde je nach dessen Bewegung die Anweisung ausgeben, Geld einzuziehen oder neues Geld herauszugeben. Er könne dann vom Amt verschwinden und erst am nächsten Montag brauche er wieder aufzutauchen. So liegen die Dinge natürlich nicht. Die Notenbankleitung wird weiterhin alle Wirtschaftsvorgänge mit größter Sorgfalt und auf breitesten Grundlagen beobachten müssen, so wie es die Bank deutscher Länder ja auch heute schon tut. Die ausgezeichneten Monatsberichte der Bank deutscher Länder zeigen an, welch umfassende und fruchtbare Arbeit zur Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsbeurteilung dort geleistet wird. So sehr wir im allgemeinen im gesamten Bereich der Regierung und Behörden den Abbau fordern, so sehr müssen wir davor warnen, diese Grundsätze hier anzuwenden. Gerade die Wirtschaftsbeobachtung kann nicht weit genug ausgebaut werden, damit die Notenbank, auf zuverlässige Informationen gestützt, ihre Maßnahmen so rasch und so beweglich wie nur möglich zu treffen vermag, denn schließlich ist die Notenbank in der Marktwirtschaft die Stelle, von der aus zentral die Wirtschaft in ihrem Gesamtverlauf gelenkt werden kann und gelenkt werden soll.

Die Aufgabe der Notenbankleitung ist heute viel schwieriger als in der Zeit der Goldwährung. Unter der Goldwährung liefen die Dinge automatisch, weil die gesamte Geldversorgung durch Goldankauf und Goldverkauf bestimmt wurde, wozu die Notenbank zu festen Preisen verpflichtet war. Eine aktive Währungspolitik im modernen Sinne hat es unter der Goldwährung überhaupt nicht gegeben. Heute dagegen ist die Währung auf jeden Fall eine manipulierte Währung. Weil dem so ist, dürfen wir aber der

Notenbank auch keinen Freibrief ausstellen, wie es bei dem Entwurf für ein Bundesbankgesetz vorgesehen ist. In dem Entwurf heißt es, die Notenbank habe die Aufgabe, die „allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu beachten und im Rahmen ihrer Aufgaben zu unterstützen." Die Notenbank würde demnach verpflichtet, jede Art von Politik jeder Bundesregierung zu unterstützen, mit der geringfügigen Einschränkung, die „im Rahmen ihrer Aufgaben" steckt. Ist zum Beispiel das Ziel der Wirtschaftspolitik eine Vollbeschäftigung um jeden Preis, so wird die Inflationspolitik zur Pflicht der Notenbank. Mit der im Entwurf zum Bundesnotenbankgesetz gewählten Formulierung könnte tatsächlich jede Inflation und jede Deflation in vollkommener Legalität betrieben werden. In dieser Form dürfen im künftigen Bundesbankgesetz die Aufgaben der Notenbank nicht umschrieben werden. Gerade das Bestreben nach der Unabhängigkeit der Notenbank von der Regierung darf nicht dahin erweitert werden, daß eine Unabhängigkeit vom Gesetz entlastet, also die Währungspolitik willkürlich von der jeweiligen Notenbankleitung bestimmt werden kann. Neben diesen zwingenden währungspolitischen und wirtschaftspolitischen Gründen sprechen aber auch allgemein politische Gründe dafür, im Notenbankgesetz die Währungsstabilität zu verankern, weil eben, um mich nochmals auf Walter Eucken zu berufen, der Währungsordnung der Primat in der Marktwirtschaft zukommt. (Seite 86 – 88)

Kapitalmarkt

Es kommt darauf an, in erster Linie die traditionellen Mittel der Offenmarktpolitik und Diskontpolitik wieder herzustellen und das Instrumentarium um die Umlaufsicherung des Geldes zu erweitern, damit das Ziel der Kaufkraftbeständigkeit und des dynamischen Gleichgewichts erreicht werden kann.

Wir haben bereits festgestellt, daß eine Währungspolitik nach diesen Grundsätzen erst möglich sein wird, wenn auch ein *freier Kapitalmarkt* vorhanden ist. Davon kann bis jetzt noch keine Rede sein. Aber auch auf diesem Gebiet hat die Entwicklung seit dem Währungsschnitt eine Überraschung gebracht. Vermutlich

hätte vor dem 20. Juni 1948 niemand gewagt, die Prognose zu stellen, daß innerhalb von 4 Jahren in Westdeutschland bei einigermaßen stabiler Währung 50 Mrd. DM neues Kapital gebildet werden könnten und gleichzeitig noch der Lebensstandard, auch der breiten Masse (mit Ausnahme der Deklassierten) über den Stand der Vorkriegsjahre hinaus gehoben werden könnte. (Seite 89 f.)

Es wäre an der Zeit, mit *einem Schritt die Freiheit des Kapitalmarktes herzustellen*. Das erste Erfordernis hierfür heißt *Zinswahrheit*, so daß sich der Zins nach Angebot und Nachfrage frei auf dem Markt bildet. Von diesem Augenblick an erhält jeder, vom kleinen Sparer bis zum großen Betrieb, Einblick in die verschiedenen Möglichkeiten, die ihm geboten sind, über die er sich dann zu entscheiden vermag. Auf der anderen Seite führt die Zinswahrheit zu der Lenkung des Kapitalstromes an die Stelle, wo er am dringendsten gebraucht wird, weil sich dies in den entsprechenden Sätzen ausdrückt. Kaitalfehlleitungen größeren Stils würden vermieden.

Wir sind, wie Sie aus dem Vortrag von Dr. Winkler entnehmen konnten, keine Freunde von hohen Zinsen, und wir plädieren nicht dafür, den Zinssatz heraufzusetzen, ebensowenig dafür, ihn herunterzusetzen. Vielmehr soll der *marktgerechte* Zins hergestellt werden, indem Angebot und Nachfrage auf dem Kapitalmarkt frei spielen können.

Zur Zinswahrheit gehört auch die Beseitigung aller Steuerbegünstigungen für die Kapitalbildung. Stattdessen wäre eine generelle Steuersenkung, verbunden mit einer Steuervereinfachung zu empfehlen, weil hierdurch eine gerechte Förderung der wirtschaftlichen Tätigkeit aller unter gleichen Bedingungen geschaffen würde. (Seite 92)

Geldwertstabilität

Die zweite Bedingung für einen funktionsfähigen Kapitalmarkt ist die *Stabilität des Geldwertes*. Die potentiellen Anleger müssen die Sicherheit haben, daß ihre Anlage, die auf D-Mark lautet, auch in Zukunft in ihrer Kaufkraft erhalten bleibt. Damit kommen wir

wieder zurück zur Währungspolitik. Es liegt auf der Hand, daß die Bank Deutscher Länder bei einem freien Kapitalmarkt viel sicherer die Kaufkraft der D-Markt verteidigen kann, wenn ein freier und funktionsfähiger Kapitalmarkt vorhanden ist, weil dieser sie in die Lage versetzt, die Offenmarktpolitik und die Diskontpolitik wirksam anzuwenden.

Die Währungsordnung ist, das möchte ich mit allem Nachdruck wiederholen, nicht etwa eine Ausstattung der sozialen Marktwirtschaft mit irgend einem Detail, sondern ein wesentliches Fundament des Ganzen. Ich muß aber auch darauf hinweisen, daß die Währungsordnung nicht isoliert betrachtet werden kann, sondern im Zusammenhang steht mit der wirtschaftlichen Gesamtordnung. Dazu ein Beispiel: Wenn Stalin heute die vollendetste Währungsordnung in der Sowjetunion einführen würde, gelangte sie nie zur Wirkung, weil die übrigen Einrichtungen der sowjetischen Wirtschaftsordnung dies gar nicht zuließen. Deshalb müssen wir die Währungsordnung im Zusammenhang mit einer sozialen Marktwirtschaft betrachten, die konsequent als Wettbewerbsordnung aufgebaut werden muß. Wir werden heute noch Gelegenheit haben, die großen Zusammenhänge mit all ihren politischen Konsequenzen darzustellen. Es war hier meine Aufgabe zu zeigen, daß Geldwertstabilisierung in Verbindung mit einem freien Kapitalmarkt eine wesentliche Grundlage dieser sozialen Marktwirtschaft darstellt.

2.8 Die politische Verwirklichung (1952)

Das Programm der Freiheit, Bericht über die Vorträge auf dem Bundestag 1952; dazu Auszüge aus Lautenbachs Schlußwort.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben Ihnen das *Programm der Freiheit in Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaft* vorgelegt. Sie werden mit mir übereinstimmen, daß es verhältnismäßig leicht erscheint, solche Thesen aufzustellen. Sie werden uns aber auch nach dem Verlauf dieser Tagung bestätigen können, daß wir es uns mit dem Programm der Freiheit nicht leicht machen, sondern die einzelnen Punkte erarbeiteten nach der Auseinandersetzung mit den konkreten Tatbeständen auf den verschiedenen Gebieten unserer Wirtschaftsordnung.

Die Zeit drängt. Wir befinden uns heute schon im Zeitdruck, wenn wir daran denken wollen, das geschlossene Programm einer sozialen Marktwirtschaft mit Aussicht auf Erfolg so in die breite Öffentlichkeit zu tragen, daß es ein ins Gewicht fallender Beitrag zu den Entscheidungen des Jahres 1953 werden kann.

Die Bundesregierung hat 1949 ihr Amt angetreten mit dem *Bekenntnis*, die soziale Marktwirtschaft zu verwirklichen. Es muß ausgesprochen werden, daß sich damals wohl alle darüber klar waren – und dies wurde in Wort und Schrift bekundet –, daß soziale Marktwirtschaft etwas anderes sein müsse als der liberale Kapitalismus alten Stils. Man war sich klar darüber, daß etwas Neues geschaffen werden müsse, weil der liberale Kapitalismus alten Stils nicht mehr restaurierbar ist. Nicht etwa deshalb, weil dem politische Schwierigkeiten entgegenstehen, sondern weil dies der Weg zurück auf einer Bahn wäre, die wir in mehreren Jahrzehnten mit allen schmerzlichen Erfahrungen durchlaufen haben. Niemand, der die Entwicklung der Dinge im 19. und 20. Jahrhundert aufmerksam beobachtet hat, kann übersehen haben, daß die Störungen und Spannungen, die zu der Auseinandersetzung mit dem Marxismus, ja, mit zu der Geburt des Marxismus als politische Kraft geführt haben, aus Baufehlern der liberalkapitalistischen Wirtschaftsordnung entstanden sind. Ein Zurück zum liberalen Kapitalismus ließe also diese Störungen und diese Spannungen nur noch viel stärker werden, und es erscheint heute ausgeschlossen, daß unser soziales Gefüge solche Auseinandersetzungen überhaupt noch ertrüge. Wirtschaftskrisen mit Massenarbeitslosigkeit sind heute undenkbar ohne eine soziale Explosion oder einen politischen Kurzschluß als unmittelbare Folge. Die Ursachen der Störungen und Spannungen im liberalen Kapitalismus wurden schon frühzeitig erkannt. Kurz nach der Jahrhundertwende hat *Gesell* die *Freiwirtschaftslehre* begründet, ohne besondere Beachtung zu finden. Später haben die *Neo-Liberalen*, insbesondere die *Freiburger Schule*[1)], die Prinzipien der *Wettbewerbsordnung* er-

1) das heißt: ordoliberale Schule: Walter Eucken

arbeitet, und dafür eine starke Resonanz gefunden. Sowohl die freiwirtschaftliche wie auch die Freiburger Schule lehnen beide den liberalen Kapitalismus alten Stils ab. Schon das Wort Neo-Liberalismus sagt, daß hier etwas Neues oder zumindest eine Erneuerung gewollt ist. Die Krönung dieser Versuche in der Theorie und in der Idee dürfen wir in dem Werk *Walter Euckens* und seiner Freunde sehen.

Wir können vom *Freiwirtschaftsbund* aus feststellen, daß sich unsere Forderungen mit denen der *Freiburger Schule* nahtlos verbinden lassen, daß jede der beiden Schulen von der anderen viel gewinnen kann: in den ordnungspolitischen Prinzipien wir von Eucken und in der Abrundung der Marktwirtschaft im einzelnen die Freiburger Schule von uns.

Mit der sozialen Marktwirtschaft, die die Bundesregierung schaffen wollte, handelt es sich also um etwas Neues. Wenn wir nun heute aus dem Jahre 1952 auf 1949 zurückblicken, dann stellen wir zwar fest, daß ein ans Wunder grenzender wirtschaftlicher Aufstieg stattfand, daß Erfolge eintraten, die man vorher nicht für möglich hielt; aber wenn wir genauer untersuchen, wo diese Erfolge erzielt wurden, dann müssen wir feststellen, daß dies auf all den Gebieten geschah, wo die Prinzipien der Freiheit zum Zuge kamen. Betrachten wir dagegen die Störungen und Hemmungen dieses Aufstiegs, dann stellen wir fest, daß sie überall dort zutage treten, wo diese Prinzipien nicht zum Zuge kamen oder wo Einrichtungen und Eingriffe des Staates diesen Prinzipien entgegenstanden. (Seite 153 f.)

Eine dem Menschen dienende Wirtschaftsordnung

(aus dem Schlußwort)

Wollen wir zu einer freien Welt gelangen, dann müssen wir die soziale Marktwirtschaft nach innen errichten und nach außen durch die gleichen Prinzipien der Freiheit ergänzen. Dann wird sich sehr schnell zeigen, daß Europa keine quantité négligeable ist, sondern eine lebendige Kraft, die sich durchaus mit den USA vergleichen kann. 275 Millionen Menschen mit durchschnittlich guter Intelligenz, mit Fleiß und Erfindungsgabe, Bodenschätzen, mit dem

denkbar günstigsten Standort für eine große Industrie, einem ausgezeichneten Verkehrsnetz, alles wertvolle Kräfte und Mittel, die heute noch zu einem Teil brach liegen, national, weil sie unter der wirtschaftlichen Bürokratie stöhnen, und international, weil sie aufgespalten sind in kleine nationalwirtschaftliche Märkte mit Autarkiebestrebungen und Protektionismus. Diese Panzer müssen wir aufsprengen und Europa wird einer wirtschaftlichen Blüte entgegengehen, wie sie bisher in diesem Raum noch nicht bekannt war.

Über all diesen wirtschaftlichen Fragen dürfen wir aber nicht vergessen, daß es am Ende immer um den Menschen geht, der heute mehr und mehr – und das nicht nur in der östlichen Welt – in bürokratische Apparaturen verstrickt wird. Er kann sich nicht mehr so entwickeln, wie es seinen Anlagen nach möglich wäre. Denken wir doch zum Beispiel nur daran, welcher Mißbrauch auch in den sogenannten freien Ländern des Westens mit der Intelligenz der Menschen getrieben wird. Welcher Verschleiß produktiver Kräfte beispielsweise in den behördlichen Apparaturen, die nicht nur nutzlos sondern schädlich sind, welcher Verschleiß an Kraft in der Finanzverwaltung, der Finanzberatung und in den Steuerabteilungen der Betriebe. Man rechne sich einmal aus, wozu die Intelligenzschicht unseres Volkes heute zum größten Teil mißbraucht wird, mit welchen Aufgaben sie sich herumschlägt, Aufgaben, die nicht menschenwürdig und nicht der Qualität und der Intelligenz dieser Menschen angemessen sind. Mit dem Niederreißen der innerwirtschaftlichen und außerwirtschaftlichen Schranken werden wir schließlich auch den Menschen zu sich selbst befreien, den Menschen, auf den all unsere Tätigkeit schließlich gerichtet ist. Lassen Sie mich schließen mit einem Wort Friedrich Nietzsches aus seinem Zarathustra: „Dort, wo der Staat aufhört, da beginnt erst der Mensch, der nicht überflüssig ist, da beginnt das Lied des Notwendigen, die einmalige und unersetzliche Weise.“ (Seite 167 f.)

2.9 Die Ziele der Aktionsgemeinschaft
Soziale Marktwirtschaft (1953)

Entscheidung für die Freiheit, Bericht über die erste Arbeitstagung.
(vergleiche IV.2.2.)

Ziel und Weg

Ich will vorwegnehmen, daß die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft unabhängig von Parteien und von Interessengruppen arbeitet. Sie will als eine überparteiliche Gruppe dafür arbeiten, daß das, was wir unter einer vollendeten sozialen Marktwirtschaft verstehen, in der Öffentlichkeit begriffen und in der politischen Praxis verwirklicht wird. Sie will auch dem „kleinen Mann auf der Straße“ klar machen, daß es nicht etwa die Wirtschaftsordnung der Großunternehmer, die Wirtschaftsordnung irgendeines Standes ist, sondern Grundlage unseres wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens.

Obgleich die gegenwärtige Wirtschaftsordnung als soziale Marktwirtschaft bezeichnet wird, wissen wir, daß zu ihrer Vollendung noch große Schwierigkeiten zu überwinden sind. Dies sei vor allem denen gesagt, die glauben, wir seien bereits am Ziel, und man könne alles so weiterlaufen lassen, wie es heute läuft. (Seite 7 f.) . . .

Das Anliegen der sozialistischen Bewegung im 19. Jahrhundert war berechtigt. Es war der auf falschem Weg begangene und mißlungene Versuch, durch Überwindung der Monopole und Beseitigung der Krisen die Armut der Massen in einen allgemeinen Wohlstand zu verwandeln. Die sozialistische Bewegung folgte den Theorien von *Karl Marx*, den falschen Theorien wohlgemerkt, woraus man auch heute noch den Schluß ziehen kann, wie ungeheuer wirksam eine Theorie sein kann, wie eine falsche Theorie schließlich das Leben und seine Formen bestimmt. Das Gefährliche an der falschen Theorie des Marxismus war, daß seine Rezeptur, Vergesellschaftung der Produktionsmittel, auf die Arbeiter so eindringlich wirkte, daß nach den Gründen dieser Rezeptur gar nicht mehr gefragt wurde. Mit der Zeit hat sich diese Rezeptur verselbständigt, ist zum Selbstzweck geworden, Vergesellschaftung

der Produktionsmittel, Planwirtschaft, Zentralverwaltungswirtschaft, Überführung in Gemeineigentum, alles verschiedene Bezeichnungen für ein und dieselbe marxistische Sache.

Heute fragt niemand mehr nach einer theoretischen Begründung, die Rezeptur ist zum Ziel selbst geworden. Das war nicht immer so. Ich kann hier den unverdächtigen Zeugen *Karl Kautsky*, den führenden Sozialisten aufrufen, der im Jahre 1919 geschrieben hat: *„Nicht der Sozialismus ist unser Endziel, sondern dies besteht in der Aufhebung jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung. Würde uns nachgewiesen, daß etwa die Befreiung des Proletariats und der Menschheit überhaupt auf der Grundlage des Privateigentums der Produktionsmittel allein und am zweckmäßigsten zu erreichen sei, so müßten wir den Sozialismus über Bord werfen, ohne unser Endziel im geringsten aufzuheben, ja, wir müßten es tun, gerade im Interesse dieses Endzieles.“*

So hat ein Sozialist gesprochen, dem es auf das Ziel ankam, durch Beseitigung der Vermachtung der Wirtschaft den allgemeinen Wohlstand herbeizuführen, nicht aber auf die Rezeptur.

Wer vor dem 20. Juni wagte, zu behaupten, eine funktionsfähige Währung mit stabilem Geldwert in Verbindung mit Befreiung der Wirtschaft würde verhältnismäßig rasch die Wunden des Krieges heilen und einen wirtschaftlichen Aufstieg hervorrufen, wurde meist mitleidig belächelt; und doch hat kaum einer vorauszusagen gewagt, was *tatsächlich* seit 1948 in der Bundesrepublik an unbestreitbarem Erfolg eingetreten ist: Steigerung von Produktion und Lebensstandard, Erhöhung des Reallohnes selbst gegenüber der Vorkriegszeit; und dies trotz aller Hemmungen von innen und außen.

Und doch dürfen wir auf den Lorbeeren dieses Erfolges nicht ausruhen, denn unsere *gegenwärtige Wirtschaftsordnung ist noch sehr weit von dem entfernt, was wir unter einer sozialen Marktwirtschaft verstehen und verwirklicht wissen wollen*. Noch immer bleibt eine gewaltige *Aufräumungsarbeit* in der Bundesrepublik zu leisten, weil unsere Wirtschaftsordnung mit einer Unzahl von Einrichtungen durchsetzt ist, die nicht in die Landschaft der sozialen Marktwirtschaft passen. (Seite 11)

Die gegenwärtige Wirtschaftsordnung in Deutschland

Meine Damen und Herren, wenn Sie auf diese Weise die gesamte Wirtschaftsordnung in Westdeutschland betrachten mit ihren Resten der Zwangswirtschaft, dem unfreien Kapitalmarkt und der sozialisierten Wohnungswirtschaft, dann sehen Sie eine Wirtschaftsordnung, die noch lange nicht den Ehrennamen soziale Marktwirtschaft verdient. Allerdings hat im letzten Jahr nach dem unbestreitbaren Erfolg der Wirtschaftspolitik das Wort von der sozialen Marktwirtschaft eine solche Zugkraft ausgeübt, daß auch die SPD auf ihrem Dortmunder Parteitag mit einem reichlich schillernden Programm sich zur Marktwirtschaft bekannte. Ein halbes Jahr nach der Verkündung dieses sozialdemokratischen marktwirtschaftlichen Programms muß ich hier ein schweres Schuldbekenntnis ablegen: ich glaube, ich habe damals als erster dieses SPD-Wirtschaftsprogramm als „Marktwirtschaft von links“ bezeichnet und habe dies selbstverständlich ironisch gemeint. Nun wird auch „Marktwirtschaft von links“ von der SPD ernsthaft in ihrer Propaganda benutzt. Wenn wir schon bei der Prägung von Schlagworten sind, könnten wir der Marktwirtschaft von links ein neues entgegensetzen und den gegenwärtigen Zustand unserer Wirtschaftsordnung als „Sozialismus von rechts“ bezeichnen. Nun gibt es nicht nur in der Wirtschaftspolitik, sondern auch in der Wirtschaftswissenschaft prominente Leute, die das unübersichtliche, mangelhaft funktionierende und komplizierte System beibehalten wollen, weil sie glauben, reine Formen könnten weder nach der einen noch nach der anderen Seite durchgesetzt werden. So gesehen sind die Mischformen, wie sie von der SPD als Marktwirtschaft von links propagiert werden, und wie sie von rechts aus als der Weisheit letzter Schluß angesehen werden, nicht allzu stark voneinander unterschieden. Solche Mischformen, ob sie nun von links oder von rechts kommen, können jedoch keine gesunde Entwicklung garantieren; diese Mischformen sind unhaltbar, denn aus der Natur der Sache heraus tendieren sie schließlich zu der Zentralverwaltungswirtschaft. Diese Mischformen können ihre Unhaltbarkeit auch nicht mit

den schönsten Namen verdecken, denn sie führen nach einem Wort von Erhard zu einem „wohltemperierten Kuddelmuddel“. (Seite 20 f.)

Wirtschaftsdemokratie?

Der Deutsche Gewerkschaftsbund strebt das Mitbestimmungsrecht unter dem Schlagwort der zwanziger Jahre, dem Schlagwort von der *Wirtschaftsdemokratie* an. Man will demokratische Grundsätze, wie sie zum Beispiel im Parlament angewandt werden, auf den Betrieb übertragen. Das sind natürlich ganz verschiedene Dinge, denn man kann in einem Betrieb nicht alle Beteiligten darüber abstimmen lassen, was nun produziert, wie kalkuliert und wie verkauft werden soll.

Das Schlagwort von der Wirtschaftsdemokratie verfälscht übrigens die Begriffe. Die soziale Marktwirtschaft, die mit vollständig freiem Wettbewerb in einem stetigen Gleichgewicht gehalten wird, ist echte Wirtschaftsdemokratie, weil sie jedem das seine nach Leistung gibt und schließlich auch die Produktion, ihr Umfang und ihre Richtung von *den Verbrauchern bestimmt* wird. Wenn Demokratie Volksherrschaft heißt, so ist ihr bester Ausdruck jene Volksabstimmung, die jeden Tag morgens um 8 Uhr beginnt, wenn die Kaufleute ihre Läden öffnen, die Hausfrauen und alle übrigen Käufer das erwerben, was sie wünschen. Alle diese letzten Käufe der Konsumenten bestimmen die große Nachfrage nach einer jeden Ware. Sie erteilen einen *Produktionsbefehl* über den Einzelhandel zum Großhandel bis zurück zur Urproduktion. Wenn für eine bestimmte Ware bei dieser täglichen Volksabstimmung die Nachfrage fehlt, so wird die Produktion eben eingeschränkt, weil kein Unternehmer etwas produziert, was nicht verkauft werden kann. Steigt die Nachfrage nach einer besonderen Ware, so wird die Produktion erhöht, weil sie abgesetzt werden kann. Dieser Produktionsbefehl der Verbraucher wird sehr rasch und zuverlässig von der gesamten Wirtschaft befolgt, jedenfalls zuverlässiger als es selbst in der raffiniertesten Planwirtschaft möglich wäre. Denn Befolgung dieses Befehls heißt Gewinn, seine Mißachtung bedeutet Verlust.

Hiermit kommen wir noch zu der falschen Optik der wirtschaftlichen Dinge. Wenn von Wirtschaft gesprochen wird, dann verbindet sich damit sofort der Gedanke an die Großbetriebe, die als Repräsentanten der Wirtschaft angesehen werden, und die Inhaber und Leiter solcher Betriebe, vornehmlich in der Urproduktion, kommen sich manchmal wahrscheinlich auch so vor, als ob ihre Existenz mit dem Begriff der Wirtschaft identisch sei. Wir können es aber betrachten wie wir wollen, das entscheidende in der Wirtschaft ist immer noch der Verkauf an den letzten Konsumenten. Dort fallen die letzten wirtschaftlichen Entscheidungen. Mindestens die Hälfte unseres gesamten Sozialproduktes wird durch die Millionen Hausfrauen mit ihrer Vielzahl kleiner Einkäufe erworben, und von hier aus bestimmt sich in der Wirtschaft der Gang der Dinge. (Seite 22 f.)

Wirtschaftsordnung oder Interessenkampf?

Meine Damen und Herren, ein anderer scheinbarer Gegensatz in der Wirtschaft ist der von Produzent und Konsument. Dabei ist jeder Produzent zugleich auch Konsument, und fast alle Konsumenten sind in der Produktion tätig. Sie sind aufeinander angewiesen, und die Bedingungen des Produzenten und Konsumenten sind voneinander abhängig. Der Arbeiter produziert in der Fabrik und aus den Erlösen auf dem Markt wird er vom Unternehmer bezahlt. So stehen die Preise in engem Zusammenhang mit den Löhnen und Gehältern. Hohe Löhne und niedrige Preise als Ideal lassen sich nur soweit verwirklichen, als es die wirtschaftlichen Bedingungen zulassen. Zwischen Lohn und Preis stehen der Unternehmer, der Großhandel und der Einzelhandel; deren Anteil am Sozialprodukt wird in der sozialen Marktwirtschaft bestimmt von den Bedingungen des Markts, und diese Bedingungen sind für den Konsumenten und für den Lohnempfänger dann am günstigsten, wenn der *vollständige Wettbewerb in der Erzeugung und im Handel verwirklicht ist*. Daraus ergibt sich der *soziale Charakter der Marktwirtschaft,* streng gebunden an die Realitäten.

Ein ebenso scheinbarer Gegensatz ist der zwischen Arbeiter und Unternehmer. Sie gehören zusammen, ihre Interessen laufen pa-

rallel mit denen der übrigen Berufsgruppen, mit denen der Ärzte und anderer freier Berufe und auch der Hausfrau. Sie gehören zusammen in eine Einheitsfront, die den Kampf gegen den Staat führen muß, der heute weit über die Grenzen seiner legitimen Tätigkeit hinausgreift und für alle in der Wirtschaft Tätigen das verfügbare Sozialprodukt beschneidet. Damit ist nicht der Kampf gegen den Staat als Staat gemeint, sondern der Kampf gegen die Übergriffe des Staates, dort wo er die Grenzen seiner Tätigkeit überschreitet, wo er in den Wirtschaftsprozeß eingreift, lenkend oder unternehmend. Wir müssen den *staatsfreien Raum so weit wie möglich ausdehnen*, damit der Mensch sich wirtschaftlich nach seinen Kräften entwickeln kann.

Meine Damen und Herren, wir haben ein vollständiges Programm zur konsequenten Verwirklichung der sozialen Marktwirtschaft vorgelegt, und wir streben an, dieses Programm durchzusetzen. Wir wissen natürlich, daß ein geschlossenes Programm dieser Art nicht perfektioniert in der Praxis verwirklicht werden kann, aber wir wollen, um ein Wort von *Wilhelm Röpke* zu gebrauchen, nicht schon in unserem Programm den Diskont abziehen, den die Praxis sowieso erheben wird. Wir müssen ein klares Leitbild von der Wirtschaftsordnung der sozialen Marktwirtschaft haben, wenn wir so nahe als dies möglich ist die soziale Marktwirtschaft realisieren wollen.

In diesem Zusammenhang müssen wir auf den in der letzten Woche erschienenen Geschäftsbericht des Bundesverbandes der Industrie hinweisen, worin Stellung bezogen wird gegen die Leute, die unter der sturmfreien Schreibtischlampe konsequente Programme verfassen. Der BdI meint, diese Theoretiker wären in der Übergangszeit ganz nützlich gewesen, aber jetzt müßten die Praktiker das Wort haben. Diese Angriffe zielen also auf unsere Aktionsgemeinschaft, insbesondere auf unsere Freunde, die eine soziale Marktwirtschaft mit Konsequenz durchsetzen wollen, die jene Vorarbeit geleistet haben, auf Grund deren das möglich war, was am 20. Juni 1948 und danach geschah. Wir halten solche Äußerungen für außerordentlich gefährlich, und zwar gerade für diejenigen, die im BdI zusammengefaßt sind, denn sie werden es sein,

die in erster Linie eines Tages die Zeche mit ihrer Existenz bezahlen werden, wenn wir nicht mit Konsequenz zu einer möglichst reinen Form der sozialen Marktwirtschaft gelangen, wenn wir den „Sozialismus von rechts“ weiter aufrechterhalten und der Sozialismus von links anmarschiert. Wenn also die Mischformen unserer Wirtschaftsordnung bestehen bleiben, dann können wir nicht mehr zu einer Ordnung gelangen, die nach den wirtschaftlichen Gesetzen selbsttätig funktioniert und in der die private Initiative entscheidet, dann kommen wir so oder so zum Funktionärsstaat. Kommen wir nicht mehr zu einer aus sich heraus funktionierenden Ordnung mit vollständigem Wettbewerb und steter Entwicklung nach oben, dann werden wir uns weiter in Einzelmaßnahmen verlieren, von denen jede eine zwei andere nach sich zieht. (Seite 24 – 26) ...

Meine Damen und Herren, in diesen Zusammenhang gehören auch die Bestrebungen unserer gegenwärtigen Wirtschaftspolitiker, die für engbegrenzte Interessen in eigens dazu gegründeten Verbänden kämpfen. Sie glauben, mit Einzelmaßnahmen Interessen kleiner Gruppen schützen und wahren zu können und vergessen dabei, daß sie dabei sind, mit den „pressure groups“ die Ordnung zu zerstören. In welche Widersprüche sie sich dabei verwickeln, dafür nur ein Beispiel: die Makler haben vor etwa 10 Tagen auf ihrer Tagung die erfreuliche Resolution gefaßt, die Wohnungszwangswirtschaft aufzuheben und in der Wohnungswirtschaft die Freiheit herzustellen. Auf der gleichen Tagung haben sie jedoch die andere Resolution gefaßt, ihren Maklerberuf zu schützen, indem der freie Zugang zu ihm gesperrt werden soll. Man fordert also Freiheit dort, wo man sich betätigen will, will aber unangenehme Konkurrenz von diesem Wettbewerb ausschließen. Seit die Handwerksordnung zum Beispiel durch den Bundestag ging, meldet sich der Einzelhandel und andere Gruppen, jede will für sich die Freiheit reservieren, den anderen aber die Freiheit in ihrem Bereich verwehren.

Wenn alle Gruppen auf diese Weise ihre Interessen vertreten und genügend gefügige Parlamentarier finden, dann kann keine zügige Wirtschaftspolitik großen Stils betrieben werden, und auch die Demokratie ist bald am Ende. (Seite 26 f.) . . .

So gesehen grenzt es an ein Wunder, daß es bis jetzt nur einige Pannen, aber noch keine Katastrophe gab. Dieses Glück ist dem Umstand zu verdanken, daß die Kräfte der Freiheit sich als so stark erwiesen, daß sie selbst mit diesen dirigistischen Störungen einigermaßen fertig geworden sind. Es ist leider im Laufe der vier Jahre nicht erfüllt worden, was in organisatorischer Hinsicht für unsere Wirtschaftspolitik versprochen war. (Seite 27 f.)

Europäische Integration

Davon, in welche Wirtschaftsordnung wir hineingeraten, hängt unser gesamtes wirtschaftliches und politische Schicksal ab. Dies umso mehr, weil wir schließlich in der Bundesrepublik nicht allein stehen, sondern mit der übrigen Welt verbunden sind und uns auf dem Wege befinden, eine europäische wirtschaftliche Integration durchzusetzen. Diese europäische Integration wird nur Erfolg haben, wenn sie in Freiheit geschieht. ...

Wir müssen den gleichen Mut finden, mit dem der erste Schritt in die Freiheit 1948/49 getan worden ist und der in der Realität eine so überzeugende Bestätigung gefunden hat. Dieser Weg wird nicht leicht sein, viele Widerstände müssen noch überwunden werden, aber wir müssen ihn gehen. Gerade das Ergebnis der kommenden Wahlen wird entscheiden, in welcher Richtung unsere Wirtschaftsordnung entwickelt werden soll. In diesem Kampf wollen wir unsere Kräfte einsetzen, und wir haben Sie deshalb aufgerufen, mit uns zusammenzuarbeiten, damit die soziale Marktwirtschaft verwirklicht wird als Weg zum sozialen Frieden, zu Wohlstand und zum Aufbau einer friedlichen Welt. (Seite 28 f.)

Fundstellen der Mottos:

Walter Eucken
Grundsätze der Wirtschaftspolitik (Hauptwerk des Ordoliberalismus), 1952, Anhang 1. und 2.

Silvio Gesell
Die Natürliche Wirtschaftsordnung (Hauptwerk der Freiwirtschaft), 1918, 1. Abschnitt des Vorworts zur 3. Auflage

Nachwort

Fritz Andres

Mit dem hier abgedruckten Bericht von Dr. Ernst Winkler zur Geschichte der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) wird zugleich ein Teil der Vorgeschichte des Seminars für freiheitliche Ordnung beschrieben.[1] Dessen Gründer – mit Winkler und mit Lautenbach befreundet – waren von Anfang an auch bei der ASM beteiligt – so Dr. Heinz-Hartmut Vogel als Mitglied des Beirats (siehe Seite 76). Das Ende des freiwirtschaftlichen Einflusses in der ASM nach dem Tode Otto Lautenbachs war für sie eine große Enttäuschung, denn sie sahen vorher, daß der Ordoliberalismus allein mit seinen Mitteln seine Ziele nicht dauerhaft erreichen konnte. Vollbeschäftigung, Vergleichmäßigung der Einkommen, Überwindung von Ausbeutung, ja die machtfreie Ausgestaltung des Wettbewerbsgeschehens selbst waren ohne eine Geld- und Bodenreform nicht dauerhaft zu gewährleisten. Das weitere Schicksal der ASM hat gezeigt, wie berechtigt die damaligen Befürchtungen waren.

Die Enttäuschung über diese Entwicklung gab einen der Anstöße zur Gründung des Seminars für freiheitliche Ordnung, in dem weiterhin versucht werden sollte und wird, ordoliberale Gedanken und geld- und bodenreformerische Einsichten füreinander fruchtbar zu machen und so die zunächst einmal gescheiterte und äußerlich beendete Zusammenarbeit innerhalb einer neuen Vereinigung fortzuführen. Hinzu kam das Bestreben, die Ideen des Ordoliberalismus und der Freiwirtschaft mit der Idee der Dreigliederung des sozialen Organismus von Rudolf Steiner zu verbinden, wozu nur die Gründung einer eigenen Initiative die Möglichkeit bot.

Die neuen Aktivitäten begannen 1957 mit der Herausgabe der *Fragen der Freiheit* – seit 1959 mit dem *Seminar für freiheitliche Ordnung* als Herausgeber, das sich 1961 als gleichnamiger Verein konstituierte. Seitdem bemüht sich das Seminar für freiheitliche Ordnung, bei voller Würdigung der besonderen Beiträge der verschiedenen Ideenströme zugleich das Gemeinsame herauszuarbeiten, und sieht in jedem einen Beitrag zum großen Werk der Erschaffung einer menschenwürdigen Gesellschaftsordnung.

[1] Siehe dazu auch *Fragen der Freiheit* Heft 185, in dem die Entstehungsgeschichte des Seminars für freiheitliche Ordnung und seine Entwicklung bis zum Jahre 1987 aus Anlaß des ersten Generationswechsels im Vorstand des Seminars dokumentiert wurde.

Die Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst. Für nicht-verlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers.

Gesamtinhaltsverzeichnis der in »Fragen der Freiheit« erschienenen Beiträge kann angefordert werden.

Vierteljahresschrift »Fragen der Freiheit«
Herausgeber: Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.
Begründet durch Diether Vogel †, Heinz-Hartmut Vogel †, Lothar Vogel †

Redaktion: Fritz Andres % Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.,
Badstr. 35, D-73087 Boll, Telefon (0 71 64) 3573
Fax (0 71 64) 70 34, E-mail info@sffo.de
Internet www.sffo.de

Preis: Jahresabonnement Euro 25,—, sfr. 40,—
Jahresabonnement für Schüler, Studenten und Auszubildende: Euro 15,—, sfr. 25,— (einschließlich Versandkosten)

Einzelhefte: Euro 5,—, sfr. 8,— (zuzügl. Versandkosten)

Wer die steuerlich als gemeinnützig anerkannte Arbeit des Seminars für freiheitliche Ordnung e. V. als *förderndes Mitglied* mit einem Mindestbeitrag von Euro 60,—, sfr. 100,— pro Jahr unterstützt, wird über die Arbeitsergebnisse durch die regelmäßige, *unentgeltliche* Lieferung der »Fragen der Freiheit« informiert.

Sammelmappen: jeweils für 1 Jahr Euro 5,—, srf. 8,—
zuzügl. Versandkosten. Abonnement möglich

Bank: Kreissparkasse Göppingen Nr. 20011, BLZ 610 500 00
Raiffeisenbank Boll Nr. 482 999 004, BLZ 600 697 66

Postbank: Frankfurt am Main 26 14 04-602, BLZ 500 100 60
Schweiz: Postscheckamt Bern 30-30 731/9

ISSN 0015-928 X
Satz: Mediendesign Späth GmbH, 73102 Birenbach
Druck: Druckerei Müller, 73102 Birenbach
Printed in Germany